PROTOKOLL

Kleiner Parteitag
der CDU Deutschlands

Bildungsvorsprung

20. November 2000
Stuttgart

CDU

Kleiner Parteitag der

Christlich Demokratischen

Union Deutschlands

20. November 2000

Messe Congresscentrum A

Stuttgart

Niederschrift

Herausgeber:
Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Verlag und Gesamtherstellung:
Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2,
53359 Rheinbach

INHALT Seite

Eröffnung und Begrüßung:
Dr. Angela Merkel
Vorsitzende der CDU Deutschlands 5

Wahl des Tagungspräsidiums 6

Beschlussfassung über die Tagesordnung 6

Bestätigung der Antragskommission 6

Wahl der Mandatsprüfungskommission 7

Wahl der Stimmzählkommission 7

Wahl der Mandatsprüfungskommission des
14. Parteitages der CDU Deutschlands 7

Grußworte 7

Grußwort der Oberbürgermeisters der
Landeshauptstadt Stuttgart 8

Grußwort des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes
Baden-Württemberg 10

Berichte 16

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands 16

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Bundestagsfraktion 27

Bericht der Mandatsprüfungskommission 36

Aussprache zu den Berichten 36

Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
Nach § 31 Absatz 3 Statut der CDU 37

Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des
Bundesvorstandes „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ 44

Wahl der Delegierten zum XIV. EVP-Kongress 87

Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands 88

ANHANG

Beschlussprotokoll 91

Beschluss „Aufbruch in die lernende Gesellschaft" 142

Namensverzeichnis 162

Eröffnung und Begrüßung

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Delegierte! Ich eröffne den Kleinen Parteitag der CDU. Ich begrüße Sie ganz herzlich hier in Stuttgart zu unserem Kleinen Parteitag unter dem Motto „Bildungsvorsprung für Deutschland". Herzlich willkommen!

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich den Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, unseren Parteifreund Dr. Wolfgang Schuster. Herzlich willkommen in Ihrer eigenen Stadt!

(Beifall)

Nicht minder herzlich begrüße ich den Ministerpräsidenten des großen und erfolgreichen Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel. Herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Liebe Freunde, wie immer haben wir besondere Gäste: den Generalkonsul vom Britischen Generalkonsulat, Neil Paterson, herzlich willkommen;

(Beifall)

den Rektor der Universität Mannheim, Professor Dr. Peter Frankenberg, ebenfalls herzlich willkommen;

(Beifall)

Professor Dr. Antonius Hansel von der Universität Rostock; Volker Stich, Vorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg; Volker Kauder, Generalsekretär der hiesigen Landespartei – er bekommt einen Extraapplaus -;

(Beifall)

Dr. Kurt Lauk, neu gewählter Bundesvorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU, herzlich willkommen;

(Beifall)

Marlies Mosiek-Urbahn, Staatsministerin für Soziales aus Hessen, herzlich willkommen;

(Beifall)

Dr. Matthias Rößler, Staatsminister für Kultus aus Sachsen,

(Beifall)

und Klaus von Trotha, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst aus Baden-Württemberg.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich begrüße auch alle anderen Gäste, von denen wir heute viele haben, insbesondere aus den Bereichen der Bildungspolitik, um die es heute hier geht. Ich begrüße

ebenso die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen und hoffe, dass sie interessant und positiv über uns und über den heutigen Tag berichten.

(Beifall)

Wir kommen nun zu PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Den Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums finden Sie in Ihren Unterlagen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, gebe bitte sein Zeichen mit der Stimmkarte. – Manche haben rote, manche grüne Stimmkarten.

(Zurufe)

– Rot-Grün muss weg. – Wer nicht mit dem Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. – Wer enthält sich der Stimme? – Das Tagungspräsidium ist einstimmig gewählt. Ich beglückwünsche Erwin Teufel zum Vorsitz des Tagungspräsidiums und bitte alle Mitglieder des Tagungspräsidiums, hier nach oben zu kommen. Um ganz korrekt zu sein: Es kommt auch jemand hier nach oben, der kein Mitglied des Tagungspräsidiums ist, der uns aber um so herzlicher willkommen ist, nämlich Friedrich Merz, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Liebe Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich – zugleich im Namen der Mitglieder des Tagungspräsidiums – für Ihr Vertrauen. Wir werden uns bemühen, diesen Kleinen Parteitag zügig und effizient zu leiten. Wir bitten Sie alle, uns dabei zu unterstützen.

Ich rufe PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorgesehene Tagesordnung ist Ihnen mit der schriftlichen Einladung fristgemäß zugegangen. Sie liegt in der aktualisierten Form in Ihren Tagungsunterlagen. Wer der Tagesordnung in dieser Form zustimmen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. – Die Gegenprobe! – Wer enthält sich der Stimme? – Soweit ich es überschauen kann, ist die Tagesordnung damit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu weiteren satzungsgerechten Regularien. Ich rufe PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG auf:

BESTÄTIGUNG DER VOM BUNDESVORSTAND BESTELLTEN ANTRAGSKOMMISSION

Die Liste mit den Vorschlägen liegt ebenfalls in Ihren Tagungsunterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen für den Kleinen Parteitag eine Mandatsprüfungskommission vor. Die Namensliste mit den vorgeschlagenen Personen finden Sie ebenfalls in Ihrer Tagungsmappe. Ich möchte Sie fragen, ob Sie mit diesem Vorschlag des Bundesvorstandes einverstanden sind. Wenn das der Fall ist, dann bringen Sie dies bitte mit Ihrer Stimmkarte zum Ausdruck. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Auch dies ist so beschlossen. Die Mandatsprüfungskommission ist damit gewählt.

Ich rufe PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Den Vorschlag des Bundesvorstandes für die zu wählende Stimmzählkommission finden Sie ebenfalls in Ihren Unterlagen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die Stimmzählkommission ist gewählt.

Ich rufe PUNKT 7 DER TAGESORDNUNG auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION DES 14. PARTEITAGES DER CDU DEUTSCHLANDS

Laut § 10 unserer Geschäftsordnung hat der Bundesausschuss die Mandatsprüfungskommission für den nächsten Bundesparteitag zu wählen. Die Liste mit den entsprechenden Vorschlägen finden Sie wiederum in Ihren Unterlagen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Die Mandatsprüfungskommission für den 14. Parteitag ist damit gewählt.

Ich gebe die Leitung der Tagung an unseren Freund Christian Wulff weiter.

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit für einige unvermeidliche organisatorische und zeitliche Hinweise.

Wir möchten Ihnen vorschlagen, dass der Antragsschluss für Anträge zum Antrag des Bundesvorstandes sowie für Initiativanträge auf 11.30 Uhr festgesetzt wird. Darüber müsste beschlossen werden. Wer von Ihnen mit dem Antragsschluss um 11.30 Uhr einverstanden ist, gebe bitte ein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist damit so beschlossen. Das Büro der Antragskommission wird Ihnen behilflich sein, wenn Sie einen Sachantrag stellen wollen. Er muss nach § 27 unserer Geschäftsordnung von mindestens sechs stimmberechtigten Delegierten des Bundesausschusses ordnungsgemäß unterzeichnet sein.

Für Wortmeldungen benutzen Sie bitte die Wortmeldezettel, die Sie in Ihren Mappen finden. Geben Sie bei Wortmeldungen bitte auch das Thema an, zu dem Sie sprechen möchten. Bitte geben Sie die Wortmeldezettel dann hier unten am Podium ab. Das Tagungspräsidium wird diese Wortmeldungen im Laufe des Tages dann bei den jeweiligen Punkten berücksichtigen.

Wir kommen nunmehr zu PUNKT 8 DER TAGESORDNUNG:

GRUSSWORTE

Ich rufe PUNKT 8.1 DER TAGESORDNUNG auf:

GRUSSWORT DES OBERBÜRGERMEISTERS DER LANDESHAUPTSTADT STUTTGART, DR. WOLFGANG SCHUSTER

Ich begrüße den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, nochmals herzlich und freue mich, dass er zu uns sprechen wird.

Dr. Wolfgang Schuster (mit Beifall begrüßt): Ein recht schönen guten Morgen und herzlich willkommen in Stuttgart! Wir freuen uns, dass wir in Stuttgart heute Premiere feiern können. Dies ist nämlich der erste Kleine Parteitag der CDU, der in Stuttgart stattfindet. Ich gestehe offen: Wir hätten auch einen Großen Parteitag genommen. Ich darf mich bei Ihnen, Frau Dr. Merkel, dafür bedanken. Ich begrüße die Herren Ministerpräsidenten herzlich, vor allem natürlich unseren Ministerpräsidenten Erwin Teufel, ich begrüße ebenso herzlich die Abgeordneten, Delegierten und Parteifreunde. Ich glaube, der Beifall für Erwin Teufel ist verdient.

(Beifall)

Ich freue mich vor allem, dass das Thema „Bildung" hier in Stuttgart behandelt wird. Bildung ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit und Bildungsvorsprung ist der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit. Gerade wir in Stuttgart, einer internationalen Stadt, erleben mehr denn je, was Globalisierung bedeutet: Wettbewerb der Unternehmen, aber auch Wettbewerb der Großstadtregionen um Investitionen, Arbeitsplätze und Zukunftschancen.

Wir sind mit einem Exportanteil von über 50 Prozent derzeit die Exportstadt und

-region Nummer eins in Deutschland. Insoweit sind wir, wenn Sie so wollen, auch Profiteure der Euroschwäche. Umgekehrt heißt das aber, dass wir vom Export auch abhängig sind. Wir haben 1993/94 einen Einbruch erlebt, der uns innerhalb von zwei Jahren 40 000 Arbeitsplätze gekostet hat.

Globalisierung bedeutet offene Grenzen für Produkte, Dienstleistungen, Finanzströme, Informationen und für wissenschaftliche Zusammenarbeit. Diese offenen Grenzen können vor Menschen sinnvollerweise und logischerweise nicht Halt machen. Das gilt besonders für Stuttgart, eine Stadt, in der Menschen aus 160 Nationen leben, 25 Prozent davon ohne deutschen Pass. In unseren Schulen sind es 35 Prozent der Schüler und im Kindergarten sind es 40 Prozent der Kinder, die keinen deutschen Pass haben. Wir leben hier gut und friedlich miteinander. Deshalb ist natürlich auch eine aktive Integrationspolitik aus humanitären, sozialen, aber letztlich auch aus wirtschaftlichen Gründen notwendig. Stuttgart ist deshalb eine ausländerfreundliche Stadt und wird dies auch bleiben.

(Beifall)

Unser Wohlstand hier ist hart erarbeitet. Wir sind ein Land ohne Rohstoffe. Unsere Böden taugen immerhin dazu, einen halbwegs ordentlichen Wein zu produzieren. Schade, dass Sie so wenig Zeit haben. Vielleicht können wir eine schöne Weinprobe beim Großen Parteitag noch nachholen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass wir bis zur zweiten Phase der Industrialisierung ein armes Land gewesen sind. So wie wir heute eine Einwanderungsstadt sind, waren wir bis in die 30er-Jahre eine Auswanderungsstadt und ein Auswanderungsland. Unter diesem historischen Aspekt sollten wir die Diskussion über eine zukunftsorientierte Ausländerpolitik führen.

Dabei ist natürlich die Bildungspolitik ganz wichtig. Bildung fängt im Kindergarten als wesentlichem Ort des sozialen Lernens – dies sage ich gerade angesichts der hohen Ausländerquoten, der vielen Ein-Kind-Familien und der vielen unvollständigen Familien – an und schließt auch eine wohnortnahe Grundschule ein, die wir jetzt Dank eines Förderprogramms zu einer verlässlichen Grundschule im Sinne einer Halbtagsschule entwickeln können. Insoweit herzlichen Dank, liebe Frau Dr. Schavan.

(Beifall)

Nicht zuletzt bemühen wir uns im Sinne der Internationalität in Modellen hier in Stuttgart, Englisch als Fremdsprache bereits in der Grundschule spielerisch erlernen zu lassen. Auch das ist ein neuer, wichtiger Ansatz. Ich will jetzt nicht quasi durch alle Schularten gehen und die Themen Computerausstattung, Computeronline, Schulsozialarbeit, Vernetzung der Schulen vor Ort ansprechen. Dafür reicht die Zeit leider nicht, obwohl es spannend wäre, über diese Themen aus verschiedenen Blickwinkeln zu diskutieren, auch aus dem Blickwinkel derer, die vor Ort an der Front in der Verantwortung stehen. In eine solche Diskussion wäre auch die Frage eines lebenslangen Lernens durch Entwicklung von Stadtbüchereien als Orten des selbstbestimmten Lernens einzubeziehen.

Ich will nur noch einen Aspekt herausstellen, weil wir uns bei den Hochschulen und Universitäten unmittelbar im verschärften internationalen Wettbewerb befinden. Die Amerikaner haben es geschafft, ihre Standards, die angloamerikanischen Standards, sowohl bei der Struktur als auch bei den Abschlüssen durchzusetzen, und zwar mit der Folge, dass junge Begabte – ob nun aus Asien, Südamerika oder von anderen Kontinenten – zum Studium in die USA und nicht mehr wie früher nach Deutschland oder in andere europäische Länder gehen. Deshalb muss es erstens unser Ziel sein, dass wir unseren Studenten auf dem globaler werdenden Arbeitsmarkt durch entsprechende Bildungsangebote bessere Chancen geben. Zweitens muss es unser Ziel sein, dass junge Leute aus aller Welt wieder verstärkt nach Deutschland zum Studium kommen. Für mich ist dies eine ganz wesentliche langfristige Strategie zur Absicherung des Exportstandortes Deutschland.

Natürlich müssen wir entsprechende Angebote machen. Land, Stadt und Wirtschaft haben deshalb zum einen eine internationale Universität gegründet. Zum anderen haben wir die Zahl der englischsprachigen Studiengänge an unseren Universitäten massiv erhöht. Es gibt aber noch zwei weitere Unterschiede, die auf diesem Parteitag im CDU-Programm deutlich werden. Erstens haben wir eine andere Bildungstradition als die USA. In der europäischen Tradition ist Bildung eben ein Kulturgut und nicht nur ein verkäufliches Produkt oder eine Ware. Zweitens dürfen Bildungschancen nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht werden. Beides ist Grundüberzeugung unserer Partei.

(Beifall)

Im Zeitalter der Medien und damit der Superlative will ich hier nur noch wenige von Letzteren anführen. Man muss die eigene Stadt ja immer loben, wenn man die Chance dazu hat. Stuttgart ist die Stadt der Innovation oder, wie wir schwäbisch sagen würden, der Tüftler. Wir haben die meisten Patentanmeldungen, natürlich Dank einer Forschungs- und Infrastruktur, die vorbildlich ist. Auch dafür sind wir dem Land außerordentlich dankbar. Als die Stadt Stuttgart – der Stutengarten im Parkkessel – sich im 18. und 19. Jahrhundert als württembergische Residenz entwickelt hat, haben die Pferde irgendwann es nicht mehr geschafft, auf den Hügel hochzukommen. Daraufhin hat Daimler überlegt, was zu tun ist. Er hat dann schlicht in eine Pferdekutsche einen Motor eingebaut. So kam es zu dem ersten Automobil mit drei Pferdestärken. Heute ist Stuttgart das europäische Kompetenzzentrum für Mobilität. Wir sind sehr stark im IT-Bereich. Es gibt bei uns derzeit eine große Gründerwelle. Um an der Spitze zu bleiben – das haben wir in der Strukturkrise 1993/94 erlebt -, muss man sich aber enorm anstrengen. Deshalb bin ich dem Land für die Zukunftsoffensive, die jetzt gestartet wird, sehr dankbar. Das wird einen Schub in Sachen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit für Baden-Württemberg und für Stuttgart geben. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Um den dialektischen Ansatz von Hegel verständlich zu machen, hat es Robert Bosch so formuliert: Wer aufhört, besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein. – Das betrifft die Unternehmen genauso wie eine Stadt, ein Land oder eine Partei. Wir haben uns in aller schwäbischen Bescheidenheit jedenfalls zum Ziel gesetzt, to be simply the best. Deshalb brauchen wir den Bildungsvorsprung für Stuttgart, für unser Land, für Deutschland. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und alles Gute. Nochmals herzlich willkommen in Stuttgart!

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schuster, wir sind immer gern hier in Stuttgart. Die CDU Deutschlands tagt gern in Stuttgart, der Landeshauptstadt Baden-Württembergs. Wir danken Ihnen für Ihr Grußwort und die Weltoffenheit, die Aufgeschlossenheit und die Gastfreundschaft Ihrer Stadt.

Wir kommen nun zu PUNKT 8.2 DER TAGESORDNUNG:

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES CDU-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG; MINISTERPRÄSIDENT ERWIN TEUFEL

Jetzt spricht zu uns der Ministerpräsident des erfolgreichen Bundeslandes Baden-Württemberg, unser Freund Erwin Teufel, der zugleich Landesvorsitzender der CDU Baden-Württembergs ist.

Erwin Teufel (mit Beifall begrüßt): Liebe Angela Merkel! Lieber Friedrich Merz! Verehrte Gäste! Liebe Delegierte und liebe Freunde! Herzlich willkommen in Baden-Württemberg! Ich sage Ihnen diesen Gruß für die Landesregierung, aber auch für die Landes-CDU und ganz persönlich. Wir freuen uns, dass dieser Kleine Parteitag zu einem so zentralen Thema, dem zentralen Thema von Landespolitik, in unserer Landeshauptstadt Stuttgart stattfindet.

Ich darf Sie alle herzlich begrüßen, die Kolleginnen und Kollegen Delegierten und Freunde, die Abgeordneten aus allen Parlamenten und die Kollegen aus den Landesregierungen. Ich begrüße auch alle Gäste, die zu diesem Bundesparteitag nach Stuttgart gekommen sind, und ebenso alle Damen und Herren Journalisten sehr herzlich.

Gestatten Sie mir, dass ich vier Persönlichkeiten namentlich erwähne. Wir begrüßen ganz herzlich die Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Liebe Frau Merkel, die CDU Baden-Württembergs hat Sie gewählt und wir haben das keine Stunde bereut.

(Beifall)

Sie haben in den letzten Monaten das Schiff der CDU Deutschlands durch schwierige Fahrwasser hervorragend gesteuert.

Ich begrüße ganz herzlich Friedrich Merz, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Lieber Friedrich Merz, dass die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg hinter Ihnen steht, spüren Sie jeden Tag. Ich möchte Ihnen heute sagen: Die ganze CDU Baden-Württembergs steht hinter Ihnen, und zwar hundertprozentig.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich unseren Freund Wolfgang Schäuble.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Wir stehen zu ihm. Er hat sich um die CDU in Deutschland über viele Jahre, ganz besonders aber in dem schwierigen und für die Union so erfolgreichen Jahr 1999 große Verdienste erworben.

Ich begrüße ganz herzlich Christoph Böhr als lieben Nachbarn.

(Beifall)

Ich gratuliere ihm zu seinem herausragenden Ergebnis bei der Wahl zum Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahl.

(Beifall)

Wir haben am 25. März 2001 in beiden Ländern, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, Landtagswahlen. Ich wünsche dir, lieber Christoph, von Herzen viel Erfolg und ich freue mich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nach dem 25. März mit dem neuen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Bildungsvorsprung für Deutschland – das wollen wir erreichen. Im Augenblick haben die unionsgeführten Länder und nur die unionsgeführten Länder einen Bildungsvorsprung in Deutschland.

(Beifall)

Das möchte ich Ihnen gerne am Beispiel Baden-Württembergs aufzeigen.

An uns ist die Strukturkrise der 90er-Jahre nicht spurlos vorbeigegangen, eine Strukturkrise, die auf der einen Seite durch die Globalisierung, auf der anderen Seite durch die Informations- und Kommunikationstechnik bis hin zur Digitalisierung und zum Internet hervorgerufen wurde. Sie hat zunächst die Uhrenindustrie erfasst, dann die Textilindustrie, dann die Unterhaltungselektronik, dann die Schmuckindustrie, dann die optische Industrie. Mitte der 90er-Jahre hat sie die Kernbranchen unseres Landes erfasst, den Maschinenbau, den Fahrzeugbau, die Automobilindustrie, Tausende von Zulieferbetrieben und die Elektrotechnik. In dreieinhalb Jahren sind in Baden-Württemberg in einer einzigen Branche, der Metall verarbeitenden Industrie, 320 000 Arbeitsplätze verloren gegangen.

Deshalb war und ist die Frage aller Fragen: Wo werden die neuen Arbeitsplätze entstehen und wie werden die neuen Arbeitsplätze entstehen?

(Zustimmung)

Ich habe als Fazit aus dieser Krise, die wir überwunden haben – der strukturelle Wandel ist hingegen in vielen Branchen noch im Gange -, mehrere Schlüsse gezogen. Erstens: Wir können mit immer weniger Menschen immer mehr Güter und Dienstleistungen herstellen. Deswegen bleibt Beschäftigung eine zentrale Aufgabe. Zweitens: Wir sind ein Hochlohnland und können gar nicht wollen, dass wir die Löhne eines Niedriglohnlandes bekommen. Wenn wir ein Hochlohnland sind, sind wir mit den Billiglohnländern der Welt nicht mehr konkurrenzfähig. Unsere einzige Chance ist, dass wir besser sind als andere, dass wir einen Vorsprung, ein Quäntchen Vorsprung vor anderen haben. Drittens: Diesen Vorsprung bekommen wir nur, halten wir nur, wenn wir einen Bildungsvorsprung haben.

(Beifall)

Bildung und Wissen sind die entscheidenden Produktionsfaktoren von morgen. Die OECD sagt, heute schon seien 60 Prozent des Kapitals Humankapital. Wir setzen auf die Köpfe der Menschen. Wir müssen in die Ressource „Geist", in die junge Generation investieren. Wir müssen aber auch zu lebenslangem Lernen motivieren. Das versuchen wir in Baden-Württemberg zu realisieren.

Weil der Mensch für mich nicht beim Abitur, sondern sehr viel früher beginnt – weil die Prägephase bis zum dritten Lebensjahr ganz entscheidend für die Entwicklung eines Menschen ist; das ist keine altbackene CDU-Auffassung, sondern modernste empirische Erkenntnis -, helfen wir den Eltern. Kinder haben einen Anspruch auf ihre Eltern.

(Beifall)

Deswegen ist Familienpolitik für uns von entscheidender Bedeutung. Deswegen haben wir für

jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr in unserem Land einen Kindergartenplatz. Deswegen helfen wir den Müttern bei der Betreuung ihrer Kinder, ihrer Kleinkinder, ihrer Kinder im Kindergartenalter, aber auch ihrer Kinder im Grundschul- und Schulalter.

Wir setzen auf die Grundschule. Sie soll die Grundfertigkeiten – Schreiben, Rechnen und Lesen – vermitteln. Sie soll aber auch Fremdsprachenkompetenz vermitteln. Deswegen beginnen wir in Baden-Württemberg als erstem deutschen Land mit dem Fremdsprachenunterricht in der ersten Grundschulklasse.

(Vereinzelt Beifall)

Wir treiben aber die Spezialisierung nicht bis in die Grundschule hinein. Später in der Berufsausbildung ist sie ganz und gar unumgänglich. Zuerst müssen aber die Fundamente gelegt werden. Es ist verhältnismäßig einfach, aus einem gebildeten Menschen später einen Spezialisten zu machen, aber verhältnismäßig schwierig, aus einem Spezialisten einen gebildeten Menschen zu machen.

(Beifall)

Wir halten am dreigliedrigen Schulsystem fest. Der Tatsache, dass es in diesem Land seit seinem Bestehen, seit 47 Jahren, nur CDU-Kultusminister und CDU-Kultusministerinnen gegeben hat, verdanken wir es, dass es in diesem Land keine einzige Gesamtschule gibt.

(Beifall)

Wir setzen auf die Hauptschule. Sie ist die Hauptzugangsschule zum dualen System. Wir haben die Werkrealschule mit mittlerem Bildungsabschluss an der Hauptschule eingeführt. Wir setzen auf die Realschule. Wir setzen im Gymnasium auf Studierfähigkeit und haben deshalb ein Zentralabitur. Nach einer Reform der gymnasialen Oberstufe gibt es einen verbindlichen Fächerkanon. In unserem Land konnte man noch nie mit Sport und Musik als Hauptfächern Abitur machen.

(Beifall)

Da wir mehr Kinder in die Schulen bekommen haben, haben wir auch mehr Lehrerstellen geschaffen. Wir hatten in den 90er-Jahren die gleichen finanziellen Schwierigkeiten wie andere. Während man in Niedersachsen und anderswo die durch Pensionierung frei werdenden Lehrerstellen zur Hälfte nicht mehr besetzt hat, haben wir in den letzten Jahren 5 000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Zum 1. September dieses Jahres sind an den baden-württembergischen Schulen 5 000 junge Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt worden.

(Beifall)

Es kommt auch auf die Berufsschulen an. Wo immer ich hinkomme, sagt man mir: Ihr in Deutschland habt das beste Berufsbildungssystem der Welt. – Das verdanken wir zunächst einmal den Ausbildungsbetrieben. Wir haben dem Handwerk, dem Handel und den freien Berufen zu danken. Sie sind die Ausbilder der Nation. Wir haben unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen für hervorragende Berufsschulen zu danken. Wir setzen auf die berufliche Qualifikation und auf das duale Ausbildungssystem. In der letzten Woche hat die Landesvor-

sitzende der SPD Baden-Württembergs gesagt, in Baden-Württemberg gäbe es im Schulbereich zu viele Baustellen. Ich glaube, ein größeres Kompliment für unsere Kultusministerin Annette Schavan hätte sie uns gar nicht machen können.

(Beifall)

In einer Welt der Veränderung kann doch in den Schulen nicht alles beim Alten bleiben. Wo Baustellen sichtbar sind, da ist Veränderung, da ist Leben, da findet etwas statt. In einem Jahr sind aus diesen Baustellen neue, fertige Gebäude geworden. Da wir in Baden-Württemberg nicht Luftschlösser bauen, können Sie davon ausgehen, dass überall, wo eine Baustelle ist, auch schon das Fundament richtig gelegt worden ist.

Es kommt darauf an, dass wir Studienplätze anbieten. Wir haben in Baden-Württemberg vor 25 Jahren die Berufsakademien erfunden. Inzwischen sind über 60 000 Abiturientinnen und Abiturienten durch Berufsakademien gegangen: Ausbildung: drei Jahre, Abschluss: Diplom, gleichwertig einer Fachhochschulausbildung. Mittlerweile sind zwei der Vorstandsvorsitzenden der zehn größten baden-württembergischen Unternehmen aus Berufsakademien hervorgegangen. Wir sind das Land der Fachhochschulen. Wir haben eine Hochschulreform durchgeführt. Wir sprechen nicht nur davon, sondern Klaus von Trotha, unser Wissenschaftsminister, hat sie realisiert. Die guten Erfahrungen, die wir an den Fachhochschulen mit ständigen Zwischenprüfungen gemacht haben, haben wir jetzt auf die Universitäten übertragen. Nach zwei Semestern gibt es jeweils eine Zwischenprüfung, damit nicht einer zehn Semester studiert, bis er merkt, dass er im falschen Fach studiert.

(Beifall)

Wir haben jeden Spielraum ausgenutzt, den uns die ZVS lässt, und vergeben möglichst viele Studienplätze vonseiten unserer Universitäten – Stichwort „Selbstauswahlrecht". Wir haben eine Haushaltsautonomie eingeführt. Wir haben die Universitätskliniken verselbstständigt. Wir haben Studiengebühren eingeführt. Ich möchte aber den RCDS und viele andere auch beruhigen, indem ich ihnen unser System erkläre: In Baden-Württemberg ist das Grundstudium von acht Semestern kostenlos. Ein Semester für die Prüfungsvorbereitung ist ebenfalls kostenlos. Vier Semester werden noch hinzugeschlagen – ebenfalls kostenlos. Ab dem 14. Semester zahlt man in Baden-Württemberg inzwischen aber 1 000 DM Studiengebühr pro Semester.

(Beifall)

Nun möchte ich Ihnen sagen, dass an unseren Universitäten ein Wunder geschehen ist. Von einem Semester zum nächsten hat die Zahl der Studenten an unseren Universitäten um 18 000 abgenommen. Es waren aber nur Langzeitstudenten, die uns verlassen haben. Die Zahl der Studenten im ersten Semester hat zugenommen. Die Langzeitstudenten haben sich entschlossen, nach 20 Semestern aufzuhören, oder sie sind in andere deutsche Länder gezogen, in denen sie keine Studiengebühr bezahlen müssen. Dagegen habe ich auch nichts, denn sie haben Plätze für junge Studenten frei gemacht, die bei uns auf einen Studienplatz gewartet haben.

(Beifall)

Nun zum Stichwort Hochschulreform und Forschung. Es kommt auf die Forschung an. Jede Mark, die für die Forschung heute ausgegeben wird, ist eine Mark für die Arbeitsplatzsicherung von morgen. In Nordrhein-Westfalen werden 1,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Forschung ausgegeben. In der Bundesrepublik Deutschland sind es 2,4 Prozent, in Bayern 2,8 Prozent, in Baden-Württemberg – mit Verlaub – 3,8 Prozent.

(Beifall)

Wir säen nicht nur, wir können bereits ernten. Im letzten Jahr hat die EU zum ersten Mal eine Statistik über Hochtechnologiearbeitsplätze herausgegeben. Unter 250 untersuchten Regionen Europas liegt Baden-Württemberg bei Hochtechnologiearbeitsplätzen an erster Stelle. Diese Politik wollen wir fortsetzen.

Deshalb haben wir Vermögen verkauft oder, besser gesagt, Vermögen umgeschichtet in den Bildungsbereich, wo es noch besser angelegt ist. Weil wir im ordentlichen Landeshaushalt zwar die gleichen Finanzprobleme haben wie Sie, weil wir aber nicht nur sparen dürfen, sondern eben auch in die Zukunftschancen der jungen Generation investieren müssen, haben wir in der letzten Legislaturperiode für eine Milliarde DM zwei Versicherungen verkauft und diese eine Milliarde DM ausschließlich in Zukunftsprojekte für die junge Generation eingesetzt. Wir haben in dieser Legislaturperiode für eine Milliarde DM die Landesentwicklungsgesellschaft verkauft und das Geld ausschließlich für Schulen, berufliche Bildung, überbetriebliche Bildung, Hochschulen, Forschung, Existenzgründungen und Zukunftschancen der jungen Generation eingesetzt. Jetzt haben wir unsere Anteile an der Energie Baden-Württemberg verkauft. Wir setzen das Geld im Rahmen einer dritten Zukunftsoffensive für die junge Generation – wir haben es gerade platziert – ausschließlich für die junge Generation ein.

Wir müssen jetzt die Grundlagen dafür legen, dass unser Land im Jahre 2010 wettbewerbsfähig ist. Bildung ist die Voraussetzung für Arbeitsplätze. Bildung ist mehr als Wissen und Wissen ist mehr als Information. Informationen stehen heute in Hülle und Fülle zur Verfügung. Es bedarf aber nicht nur des Fachwissens, sondern es bedarf auch des Orientierungswissens und auch des Gewissens, denn es kommt auch auf ethische Orientierung an, wenn wir Zukunft gewinnen wollen.

(Beifall)

Verehrte Gäste, meine Damen und Herren, liebe Freunde, einen Bildungsvorsprung für Deutschland wollen wir erreichen. Einen Bildungsvorsprung in Deutschland haben wir in Baden-Württemberg erreicht. Weil wir einen Bildungsvorsprung in unserem Lande haben, werden wir auch einen Stimmenvorsprung am 25. März nächsten Jahres erreichen. Ich versichere Ihnen, auch der nächste Kultusminister in diesem Land wird der CDU angehören. Eines der wichtigen Wahlziele der CDU Baden-Württembergs für den 25. März wird sein, dieses Land vor Schaden, nämlich vor sozialdemokratischer Bildungspolitik zu bewahren.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Land hat eine gute Zukunft, nicht zuletzt, sondern zuerst durch seine Bildungspolitik.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Erwin Teufel, die CDU Deutschlands wird Sie tatkräftig dabei unterstützen, am 25. März nächsten Jahres den wahrlich verdienten Erfolg einzufahren. Sie sind ja eine der seltenen, viel zu seltenen Mischungen – Symbiosen – aus absoluter Glaubwürdigkeit und ganz großer Integrität einerseits und größtem, sagenhaftem Erfolg in der Politik andererseits. Baden-Württemberg nimmt – das muss man als Nicht-Baden-Württemberger neidvoll anerkennen – in fast allen wichtigen Bereichen Platz eins – unter Einschluss Bayerns – ein. Ich zitiere hier nur Statistiken. Wenn man das über mehr als vier Jahrzehnte erreicht hat, ist das etwas, was verteidigt gehört. Wenn Sie uns versprechen, dass der nächste Kultusminister – Sie hatten am Schluss die männliche Form gewählt – auch eine Frau sein kann und trotzdem von der CDU sein kann, dann kann ich das hier auch im Namen von Annette Schavan unterstreichen, bevor sich andere im Saal Hoffnungen machen, bei Kabinettsumbildungen Kultusminister zu werden.

(Heiterkeit)

Wir werden Sie unterstützen und freuen uns sehr, auch mit dem heutigen Tag einen kleinen Beitrag dabei leisten zu können.

(Beifall)

Herr Teufel, bevor ich die Tagungsleitung an Sie wieder zurückgebe, muss ich noch zwei Hinweise geben. Die Mandatsprüfungskommission trifft sich jetzt im Organisationsraum. Die Antragskommission, die wir eben gewählt haben, trifft sich um 12.30 Uhr im Raum der Antragskommission.

Nun übergebe ich das Tagungspräsidium wieder an Erwin Teufel.

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe PUNKT 9 DER TAGESORDNUNG auf:

BERICHTE

Zunächst kommen wir zu PUNKT 9.1 DER TAGESORDNUNG:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS, ANGELA MERKEL

Ich erteile unserer Bundesvorsitzenden, Frau Dr. Angela Merkel, das Wort.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Erwin Teufel! Liebe Freunde! Es ist wieder Zeit für eine Zwischenbilanz. Unser Parteitag in Essen war der Parteitag des Aufbruchs. Mit unseren Veranstaltungen zum 3. Oktober in der Adenauer-Stiftung, bei der Debatte im Deutschen Bundestag und bei unserem Festakt am 1. Oktober mit Helmut Kohl unter dem Motto „Zehn Jahre eine CDU für ein Deutschland" haben wir gezeigt: Die Menschen in Ost und West sind die Gewinner der Geschichte – dies lassen wir uns auch nicht nehmen -, die CDU ist und bleibt die Partei der deutschen Einheit.

(Beifall)

Jetzt ist die Hälfte der Legislaturperiode vorüber; es ist also Halbzeit. Wir, liebe Freunde, sind mitten in der Offensive. Wir stoßen Diskussionen an – jeder spürt das -, wir setzen Themen und arbeiten an uns selbst. Damit arbeiten wir für Deutschland. Wir erfüllen das Versprechen,

das wir nach der Niederlage 1998 gegeben haben: Unseren Kompass fest im Blick erneuern wir uns, damit Deutschland sich wirklich erneuern kann.

Dabei wäre es doch eigentlich gar nicht so schwer. Unser Land hat eine stolze Geschichte seit 1949. Unser Land ist in Frieden und Freiheit wieder vereinigt. Unser Land hat großartige Menschen. Aber unser Land hat nicht die Regierung, die es verdient.

(Beifall)

Vor allen Dingen haben die Menschen nicht die Regierung, die sie verdienen. Das muss sich ändern und das wird sich ändern, und zwar 2002. „Basta, Herr Schröder!", wird es dann heißen: „Basta!"

(Beifall)

Liebe Freunde, deshalb will ich und deshalb wollen wir alle, dass von dem heutigen Tag ein eindeutiges Signal ausgeht. Ich will, dass die Menschen erkennen: Die CDU redet nicht über unsere Köpfe hinweg. Die CDU steht mit beiden Beinen auf der Erde. Die CDU ist auf der Höhe der Zeit. Die CDU weiß, woher sie kommt. Die CDU weiß, was sie will, wohin sie will und warum sie es so und nicht anders macht. Und die CDU führt Debatten nicht aus reinem parteipolitischen Selbstzweck. Wir führen die Debatten, weil sie uns ein Anliegen sind. Dabei lassen wir uns von niemandem vorschreiben, welche Debatten wir wann für richtig halten, auch nicht von Gerhard Schröder.

(Beifall)

Ich sage Ihnen dies ganz persönlich: Ich habe mich nach 35 Jahren, die ich in der DDR gelebt habe, nicht auf die Freiheit in der Bundesrepublik gefreut, um mich anschließend von Leuten wie Schröder und Co. bevormunden zu lassen, um mir von ihnen den Mund verbieten zu lassen, indem sie sagen, wann ich mit wem worüber sprechen darf. Das kann Schröder vielleicht mit seiner Partei machen, eventuell auch noch mit seinem Koalitionspartner, aber mit uns nicht und mit den Menschen in Deutschland mit Sicherheit auch nicht.

(Beifall)

Wir als CDU werden den Menschen in Deutschland eine Stimme geben; denn in der Politik hat es immer und zuallererst um die Menschen zu gehen. Deshalb will ich, dass die Menschen, die uns heute zuhören und zusehen, sagen: Ja, die CDU ruht sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sie klopft sich nicht ständig auf die Schulter, sondern nimmt diese Erfolge, diese Gewissheit als Fundament, um sich selber weiterzuentwickeln. Sie arbeitet an dem, was Deutschland wirklich braucht. Das werden wir mit diesem Kleinen Parteitag am Beispiel der Bildungspolitik wieder unter Beweis stellen.

Liebe Freunde, kaum ein Ort scheint mir dafür geeigneter zu sein als Stuttgart, als Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist – wir haben es heute schon gehört – in allem ein Spitzenland, wobei ich mir als Norddeutsche eine kritische Bemerkung erlaube: Ich glaube, Sie haben Recht, wenn Sie sagen: Wir können alles außer Hochdeutsch.

(Heiterkeit)

Ich weiß auch nicht, lieber Erwin Teufel, ob sich dies jemals ändern wird. Man soll im Leben nie Nie sagen. Deshalb aber, lieber Christoph Böhr, freue ich mich, dass ich im Wahlkampf ab und zu auch einmal nach Rheinland-Pfalz komme. Dort bekomme ich zumindest sprachlich etwas „Erholung".

(Heiterkeit und Beifall)

Aber Spaß beiseite, liebe Freunde! Das war es dann eigentlich auch schon; denn ansonsten kann Rheinland-Pfalz doch nur neidisch sein auf Baden-Württemberg. Auch hier zeigt sich: Es ist eben nicht egal, wer gerade regiert. Denn Baden-Württemberg ist ein Spitzenland und wann immer es Vorbildliches zu berichten gibt, fällt der Name Baden-Württemberg. Lieber Erwin Teufel, das ist ganz entscheidend Ihr Verdienst. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle auch ganz persönlich im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands danken. Wir sind stolz auf Sie.

(Beifall)

Christian Wulff hat gerade schon etwas verschämt gesagt, unter Einschluss von Bayern sei Baden-Württemberg immer Spitze. Ich glaube, man kann eine ganze Reihe von Gebieten nennen, auf denen es einen Wettbewerbsföderalismus gibt und auf denen Baden-Württemberg wirklich Spitze ist. Das tut den Bayern gut, das tut den Menschen in Baden-Württemberg gut. Deshalb sage ich: Es ist nicht so schlimm, wenn es mit dem Hochdeutsch nicht so klappt. Wenn es auf allen anderen Gebieten klappt, sind wir glücklich und froh. Deshalb wünsche ich Ihnen alles Gute im Wahlkampf.

(Beifall)

Weil es eben nicht egal ist, wer in welchem Land die Regierung stellt, muss sich in Rheinland-Pfalz etwas ändern, liebe Freunde. Es ist Zeit für den Wechsel. Christoph Böhr muss Ministerpräsident werden. Lieber Christoph Böhr, ich verspreche Ihnen, dass die gesamte Christlich Demokratische Union Sie in Rheinland-Pfalz bei Ihrem Wahlkampf unterstützen wird, damit es zu diesem Wechsel kommt.

(Beifall)

Warum eigentlich ist Baden-Württemberg so gut? Baden-Württemberg ist so gut, weil hier eine Politik gemacht wird, die beständig ist und gleichzeitig immer weiter strebt, weil hier eine Politik gemacht wird, die unserem Bild vom Menschen entspricht. Die CDU ist dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Wir wissen und wir freuen uns, dass die Menschen unterschiedlich sind, dass sie verschiedene Fähigkeiten und Fertigkeiten haben. Politisches Handeln hat dabei eine Aufgabe, nämlich dazu beizutragen, dass diese Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen sich so entwickeln können, dass jedem einzelnen die Teilhabe an den Entwicklungen der Gesellschaft möglich ist.

Damit dies gelingt, muss die Politik zunächst einmal die Wirklichkeit richtig beschreiben. Wir brauchen eine ehrliche Bilanz darüber, wo Deutschland steht und was Deutschland wirklich braucht. Es helfen eben die besten Floskeln von „Innovation und Gerechtigkeit" oder „Sicherheit im Wandel" nichts, wenn der Ausgangspunkt nicht stimmt. Der Ausgangspunkt, also der

oberste Grundsatz unseres Handelns, muss sein: Ehrlichkeit schafft Gerechtigkeit. Ehrlichkeit schafft auch Gewissheit: Gewissheit darüber, wie die Aufgaben in unserer neuen Zeit angegangen werden müssen, aber auch Gewissheit darüber, wie sie bewältigt werden können. Ehrlichkeit schafft Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.

Wohin es führen kann, wenn man sich ehrlicher Bilanzen verweigert, wenn man die Wirklichkeit einfach ignoriert, zeigt ein Blick zehn Jahre zurück. Ich habe die Wende 1989/90 in Ostberlin hautnah erlebt. Als die Rufe nach Freiheit, die wir damals gehört haben, erschollen sind, habe ich mich oft gefragt: Warum gerade jetzt? Warum konnte dies nicht 1959, 1969 oder 1979 zum Erfolg führen? Warum hat es bis Ende der 80er-Jahre gedauert, bis der Sozialismus in der DDR, im ganzen Osten zusammengebrochen ist? Für mich liegt eine der wesentlichen Ursachen im Übergang von der Industriegesellschaft Anfang letzten Jahrhunderts zur Informations- und Wissensgesellschaft, die Mitte der 80er-Jahre begann. In dem Moment, in dem Informationstechnik und Digitalisierung auf dem Vormarsch waren, waren Sozialismus und Kommunismus im Osten auf der Verliererstraße. Denn es konnte nicht zusammengehen: Auf der einen Seite sollten die Menschen durch eigenständiges und freies Denken Höchstleistungen erbringen, auf der anderen Seite sollten sie beim Verlassen des Arbeitsortes diktatorische Mechanismen akzeptieren und ihr Denken ausschalten. Deshalb konnte ein geschlossenes System, wie es das so genannte kommunistische Weltsystem nun einmal war, unter den neuen ökonomischen Bedingungen von Digitalisierung und Globalisierung, von grenzenlosem Informationsaustausch nicht überleben.

Natürlich steht die Bundesrepublik Deutschland heute nicht vor einem Zusammenbruch wie die DDR 1989. Aber auch wir in Deutschland haben keinen Rechtsanspruch auf dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Die Mechanismen, die das Ende der Planwirtschaft ausgemacht haben, verändern auch unsere heutige Gesellschaft. Sie haben damit auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Ordnung der Freiheit in unserem Land, auf den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Nur wer sich dem wirklich stellt, und zwar mit einem inneren Kompass, der wird die Zukunft meistern.

Wenn man das weiß und anerkennt, dass dies richtig ist, dann ist man immer wieder entgeistert, dass die Debatte darüber, was wichtiger ist, der Frieden oder die Freiheit, auch heute noch nicht ganz ausgestanden zu sein scheint. Wir haben dies gerade wieder bei der Debatte zum 10. Jahrestag der Deutschen Einheit erlebt. Ein Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden. „Wir wählen die Freiheit", hat Konrad Adenauer immer wieder betont. Das ist auch unsere Marschroute für das 21. Jahrhundert. Freiheit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Entwicklung.

(Beifall)

Die Freiheit ist ein ganz entscheidender Kern unseres Wertekanons, dessen, was unser Land ausmacht und wonach sich die Menschen im Osten jahrzehntelang gesehnt haben. Übrigens: Wir haben damals nicht gerufen: Deutschland – einig Grundgesetz. Wir im Osten haben gerufen: Deutschland – einig Vaterland. Das war auch richtig so.

(Beifall)

Es ist den Sozialisten in der DDR – das ist eines der interessantesten Beispiele der Geschichte – nie gelungen, uns das Zusammengehörigkeitsgefühl in Ost und West, die Bindung, die Nähe, das Bewusstsein, zu einer gemeinsamen Nation zu gehören, auszutreiben. 1968 hat man in die DDR-Verfassung geschrieben: Die DDR ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Schon 1974 hat man gesagt, das könne man nicht so stehen lassen und daraus gemacht: Wir sind ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Aber die Menschen haben es bis 1989 nicht vergessen: Wir waren eine gemeinsame Nation, wir sind eine gemeinsame Nation. Als Nation gehen wir auch in das vereinigte Europa; das wird so bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn die Schröder-Regierung dieses Gefühl weiter in eine reaktionäre Ecke stellt, stellt sie sich selbst ein Armutszeugnis aus und steht im Abseits.

Ich frage mich immer wieder: Warum schreien die Sozialdemokraten eigentlich so auf, wenn wir über unser Verhältnis zu unserer Nation, über unser Vaterland nachdenken? Warum verbeißen sich weite Teile der Schröder-Regierung so sehr in den Begriff Leitkultur? Warum sind sie unfähig, sich an der notwendigen Debatte zur Lage der Nation angemessen zu beteiligen? Denjenigen, die die Einheit abgelehnt haben, fehlt in diesem Bereich die Orientierung; dort herrscht eine dürftige Gefühlswelt vor. Man muss einfach sagen: Auf diesem Gebiet zeigt sich bei Schröder eine geistige Wüste. Mir scheint, hier gilt eine neue Steigerungsform: öde, öder, Schröder. Das muss man einfach so sagen, liebe Freunde.

(Beifall)

Eigentlich ist es bedauerlich, dass – offensichtlich ist es so weit gekommen – ich und wir die Sozialdemokraten heute daran erinnern müssen, wofür Willy Brandt 1972 im Bundestagswahlkampf mit einem Plakat und seinem Foto geworben hat. Der Slogan „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land" stand darauf. Liebe Freunde, heute würde Schröder Menschen, die dies sagen, am liebsten in die rechte Ecke stellen. Das werden wir nicht zulassen; *denn die Sozialdemokraten selbst waren hier schon einmal weiter. Ich sage dies in allem* Ernst: Es gibt den Versuch, uns auf breiter Front zu isolieren und in eine Ecke zu stellen, uns aus der Mitte zu verdrängen. Ich sage von hier aus: Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte und wird sich daraus auch nicht verdrängen lassen, auch nicht von einer Bundesregierung, die immer wieder diesen Versuch unternimmt.

(Beifall)

Wir spüren es alle: Deutschland ist Teil einer sich rasant verändernden Welt. Die EU-Osterweiterung, also die Vereinigung Europas, die Globalisierung und die technologische Revolution sind die Rahmenbedingungen unseres Landes zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es ist im Übrigen nicht erst eine Erfindung des 21. Jahrhunderts, sondern es war schon immer so, dass sich die Menschen bei Veränderungen Haltepunkte in ihrem Leben gesucht haben, sei es die Familie, sei es die Religion oder die Heimat, kurzum: Maßstäbe, an denen wir uns orientieren. Es ist doch auch nur eine Binsenwahrheit, wenn ich sage: Nur wer sich selbst annimmt, kann auch andere annehmen. Wer all dies einfach als altmodisch abtut, ist entweder ignorant oder arrogant. In jedem Fall wird er politisch scheitern.

Scheitern wird er auch, wenn er bei einem so wichtigen Thema wie der Zuwanderung glaubt, dies auf dem Weg zu einer größeren Messe wie der Cebit mit einem Schnellschuss à la Green Card angehen zu können. Dazu kann ich nur sagen: Zwischen dem Einfall auf der einen Seite, der Green Card, und der Einfalt bezüglich eines ganzen Themas ist ein elendig schmaler Grad. Herr Schröder droht dabei abzustürzen; denn er hat kein System.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir es uns genau überlegen, können wir feststellen: Wir sind die einzige Partei, die das gesamte Feld im Blick hat und sich zu Folgendem bekennt: Wir sagen Ja zu einer gesteuerten Zuwanderung, wir sagen Ja zu einer Eindämmung des Asylmissbrauchs und wir sagen auf der Grundlage eines Konzeptes von Jürgen Rüttgers Ja zur Integration.

Nur wer diese drei Teile beieinander hält, der hat die Chance, nicht an den Menschen vorbeizureden, die Anforderungen des 21. Jahrhunderts zu erkennen und trotzdem die Probleme in unserem Lande zu lösen. In diesem Sinne arbeiten wir und arbeitet die Zuwanderungskommission von Peter Müller. Wir werden dies zu einem erfolgreichen Gesamtkonzept zusammenführen. Wir befinden uns da auf einem guten Weg.

(Beifall)

Liebe Freunde, dazu ist es unumgänglich, die Diskussion, die Friedrich Merz mit der Frage nach einer Leitkultur in Deutschland angestoßen hat, die Diskussion also um die Maßstäbe, die unser Land zusammenhalten, auch wirklich aktiv zu führen. Ich will, dass diese Diskussion einen Sinn über die Tagespolitik hinaus hat. Das wird dann der Fall sein, wenn wir den Rahmen dieser Debatte erweitern, wenn wir das Ziel dieser Debatte bestimmen. Das Ziel ist ein Land, das selbstsicher ist, das im Bewusstsein seiner Vergangenheit offen, tolerant und neugierig ist und das sich in die Zukunft und in den Wettbewerb mit unseren Nachbarn in Europa und in der Welt aufmacht. Das wollen wir schaffen.

Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, müssen wir die wirtschaftliche Ordnung unserer Freiheit, die Soziale Marktwirtschaft, weiterentwickeln. Wir müssen die neuen Kräfte unserer neuen Zeit für die Menschen nutzen. Ich bin überzeugt: Nur die CDU, die die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat, ist auch in der Lage, die Soziale Marktwirtschaft zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln.

Das Ziel ist klar: eine Politik für die Menschen. Die Voraussetzung dafür ist ebenso klar: Standortentscheidungen müssen für und nicht gegen Deutschland getroffen werden, so wie wir es in Baden-Württemberg an vielen Stellen erleben. Dabei müssen wir uns mit einigen einfachen, aber zum Teil noch nicht ausreichend bekannten Wahrheiten auseinander setzen. Eine solche ist zum Beispiel folgende: Wenn Unternehmen nicht bei uns entstehen, entstehen sie woanders auf der Welt. Deshalb brauchen wir ein gesellschaftliches Klima, das die Gründung eines Unternehmens anerkennt. Deshalb muss Schluss sein mit den Neiddebatten. Deshalb muss Schluss damit sein, zwischen Unternehmen und Unternehmern zu unterscheiden. Deshalb müssen wir Unternehmen, die bereits einmal gescheitert sind, eine zweite Chance geben. Wir brauchen eine neue Kultur der Selbstständigkeit, liebe Freunde.

(Beifall)

Was macht die Bundesregierung? Die Bundesregierung macht gegenwärtig genau das Gegenteil von dem, was gebraucht wird. Nehmen wir nur das Beispiel Ökosteuer: Wir werden nicht locker lassen, bis die Bundesregierung endlich aufwacht und ihre Ökosteuer abschafft. Diese Ökosteuer ist in vielen Bereichen nichts weiter als eine K.O.-Steuer. Schröder kann hundertmal schreien, dass unsere Aktion gegen seine K.O.-Steuer ein Aufruf zur Nötigung ist. Bald wird er sagen, dieser Aufruf sei unanständig. Denn er gebraucht dieses Wort sehr gerne. Aber ich stelle fest: Es ist ein Ausdruck der Arroganz, wenn Schröder nicht versucht, endlich einzulenken. Der Countdown läuft, Herr Bundeskanzler: 41 Tage noch bis zur nächsten Erhöhung der Ökosteuer am 1. Januar 2001 – wenn es nach Schröder geht. 41 Tage noch, um endlich Schluss mit dieser Abkassiererei in Deutschland zu machen – wenn es nach den Menschen in unserem Lande geht. Wir werden uns auf die Seite der Menschen stellen und für die Abschaffung dieser Ökosteuer kämpfen, liebe Freunde.

(Beifall)

So wie wir eine neue Kultur der Selbstständigkeit und der sozialen Partnerschaft wollen, so wollen wir in der Neuen Sozialen Marktwirtschaft auch ein umfassendes Bekenntnis zum Wettbewerb, und zwar Wettbewerb dort, wo früher staatliche Leistungen normal waren, zum Beispiel bei der Bahn und der Post, auf dem Energiesektor und in der Abwasser- und Wasserversorgung. Es soll also Wettbewerb in vielen Bereichen entstehen.

Ich erinnere daran, dass Herr Eichel in diesem Jahr aufgrund der Versteigerung der UMTS-Lizenzen 100 Milliarden DM einstreichen konnte. Das ist nicht seiner Finanzpolitik zu verdanken, sondern der Tatsache, dass wir 1994 die Post privatisiert haben.

(Beifall)

Es gab nur zwei Ministerpräsidenten, die dieser Privatisierung damals im Bundesrat nicht zugestimmt haben: Das waren Eichel und Schröder. Auch daran muss man erinnern, wenn es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands geht, liebe Freunde.

(Beifall)

Weil wir in Zukunft Wettbewerb vermehrt auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme brauchen, deshalb sagt die CDU Ja zu einer neuen Säule der Rentenversicherung, zur freiwilligen kapitalgedeckten Vorsorge. Wir wissen, dass wegen der Höhe der Lohnnebenkosten die Arbeitgeber zu diesem Bereich keinen Beitrag werden leisten können. Neue Soziale Marktwirtschaft heißt aber: Wir lassen die Menschen mit dieser Aufgabe nicht im Stich. Deshalb haben CDU und CSU gemeinsam dafür gekämpft, dass es eine steuerliche Förderung und Zuschüsse für diese kapitalgedeckte Vorsorge gibt. Wir haben vor allen Dingen darum gekämpft, dass diejenigen, die Kinder erziehen, hier in besonderer Weise durch eine Kinderkomponente unterstützt werden. Auch das ist soziale Politik im 21. Jahrhundert.

Wir wissen: Im Gesundheitswesen werden in Zukunft Wahlleistungen an Bedeutung gewinnen. Wir wollen, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Frau Fischers Budgetierung aber führt auf kaltem Wege zur Ausgrenzung. Ich persönlich habe es erlebt, wie es ist, wenn nicht jeder jedes Medikament bekommt: In der DDR wurde man in Nomenklaturkaderkategorien eingeteilt. Westmedikamente bekamen nur diejenigen, die zu Nomenklaturkader C gehörten.

Genau aus diesem Grunde haben wir genug von dem Gesundheitssozialismus von Frau Fischer und Herrn Schröder, den diese durch die Hintertür einführen. Ich will keinen Gesundheitssozialismus. Ich will Gesundheit für alle statt Sozialismus von Rot-Grün.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir uns einmal die arbeitsrechtlichen Regelungen anschauen, die Rot-Grün jetzt plant, dann kann ich dazu nur feststellen: Dies alles sind Maßnahmen, die total an den Bedürfnissen des Standortes Deutschlands vorbeigehen. Wir brauchen keine Erweiterung der Mitbestimmungstatbestände im Betriebsverfassungsgesetz. Dies ist ein falsches Signal für mehr Arbeitsplätze in Deutschland.

(Beifall)

Das heißt nicht, dass wir uns von dem Gedanken der sozialen Partnerschaft in den Betrieben verabschieden. Wo die betriebliche Ebene an Bedeutung gewinnt, wo wir flexibler sein müssen, wo sicherlich auch der einzelne Arbeitnehmer sehr viel selbstständiger wird, da muss man darüber nachdenken, wie man die soziale Partnerschaft richtig auf das 21. Jahrhundert umstellt. Aber mit Sicherheit sind Gießkannenmethoden und eine flächendeckende Mitbestimmungsausweitung nicht der richtige Weg, um hier das Erforderliche zu tun.

(Beifall)

Zudem sage ich: Der generelle Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit in den Betrieben in Deutschland, wie er von Rot-Grün jetzt geplant wird, der müsste in der Wirtschaft zu einem Aufschrei führen. Er führt zumindest bei uns zu einem Aufschrei. Ich frage einfach einmal die Wirtschaft: Warum eigentlich sagt die Wirtschaft nach den Neuregelungen zum 630-Mark-Gesetz und zur Scheinselbstständigkeit und nach der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und dem geplanten Rechtsanspruch auf Teilzeit nicht: „Herr Schröder, auch Sie müssen einmal damit rechnen, dass wir uns aus dem Bündnis für Arbeit angesichts dessen verabschieden, dass es kein richtiges Bündnis für Arbeit ist, sondern ein Bündnis für diejenigen, die Interessen vertreten, die letztendlich nicht die Arbeitsplätze in Deutschland fördern"? Das muss die Wirtschaft, und zwar vom Handwerk bis zum BDI, auch einmal laut und deutlich für alle vernehmbar feststellen.

(Beifall)

Liebe Freunde, der entscheidende Rohstoff der Neuen Ökonomie ist das so genannte Humankapital. Wir haben ja für alles heute die richtigen technischen Begriffe. Aber das heißt ja nichts anderes, als dass dieser Rohstoff der Mensch mit seinem Wissen ist. Weil das so ist, wissen wir: Mehr als jemals zuvor – das ist heute schon gesagt worden – ist die Bildung der Zugang zum Wohlstand und zur Teilhabe in unserer Gesellschaft. Wollen wir in Deutschland besser leben und besser sein als andere? Wenn das so ist, dann brauchen wir gegenüber anderen Ländern einen Bildungsvorsprung. Genau aus diesem Grund ist das das Motto unseres Kleinen Parteitages. Wir gehen damit in unserer programmatischen Erneuerung einen Schritt weiter. Auf dem letzten Kleinen Parteitag haben wir über die Familienpolitik gesprochen. Heute sprechen wir über die Bildungspolitik. Da werden nicht einfach nur Fakten benannt. Das bedeutet vielmehr die Fähigkeit, sich die richtigen Informationen

zu beschaffen, sie einzuordnen und sie zu verwerten. Eine völlig neue Form des Lehrens und Lernens wird unser Bildungssystem der Zukunft bestimmen.

Wir haben heute früh bei einem Besuch in der Siemens-Schule hier in Stuttgart einen ersten Eindruck davon bekommen, was sich in der Bildungswelt in den letzten Jahren bereits verändert hat. Ich kann nur feststellen: Wir können stolz sein auf die jungen Menschen in diesem Land, die sich den Herausforderungen in vollem Enthusiasmus stellen und bereit sind, sich darauf einzustellen. Wir müssen ihnen die dafür erforderlichen Strukturen geben. Die gibt es in CDU-regierten Ländern. Deshalb sollte es mehr CDU-geführte Länder geben, damit die Jugend in diesem Lande eine Zukunft hat.

(Beifall)

Liebe Annette Schavan, ich möchte dir ganz herzlich danken, dass du mit deiner Kommission die Vorbereitungen zu diesem Kleinen Parteitag getroffen hast. Ich habe soeben gelernt, dass die Tatsache, dass der Herr Ministerpräsident von „dem Kultusminister" gesprochen hat, nur Ausdruck dessen ist, dass es in Baden-Württemberg noch keine geschlechtsneutrale Sprachregelung gibt. Dies ist ein Versehen der Frauenpolitik. „Der Kultusminister" kann deshalb sehr gut eine Frau sein. Also, liebe Annette Schavan, herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Freunde, Nachhaltigkeit, das ist ein Prinzip, das wir aus der Umweltpolitik kennen und das mit Sicherheit Einzug in alle Politikbereiche finden muss. Künftige Generationen in unserem Land – dies sage ich Ihnen angesichts unserer demographischen Situation voraus – brauchen politische Weichenstellungen für und nicht gegen die Jugend. Deshalb ist das Thema Rentenreform ein Thema von sehr elementarer Wichtigkeit für die richtigen Weichenstellungen in unserem Land. Wir brauchen die Förderung von denjenigen, die die Zukunft darstellen. Deshalb muss die Rentenreform von Herrn Riester trotz aller Zustimmung zum Grundsatz einer neuen Säule der privaten kapitalgedeckten Vorsorge dem Anspruch der Generationengerechtigkeit entsprechen; sonst werden wir einer solchen Reform nicht zustimmen.

(Beifall)

Was wir von Herrn Riester und von Herrn Schröder – und Schröder ist Bundeskanzler und ist für die Politik dieses Sozialministers verantwortlich – an verschiedenen Faktoren und Entwürfen bis jetzt zu sehen bekommen haben, ist eine einzige Schande. Soll es denn wirklich richtig sein, dass zwischen dem Jahr 2010 und dem Jahr 2030 zum Schluss 21 verschiedene Rentenniveaus in Deutschland Gültigkeit haben? Immer, wenn jemand früher in Rente gegangen ist, hat er ein höheres Rentenniveau, sodass gerade dann, wenn Arbeitskräfte fehlen werden, im Jahre 2010, alle in Rente gehen und damit genau das Falsche tun werden. Einer solchen Rentenreform können wir nicht zustimmen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist auch eine Schande, dass nach Umfragen überhaupt nur noch weniger als 10 Prozent der Menschen darüber Bescheid wissen, welcher Vorschlag gerade auf dem Tisch liegt. 90 Prozent verstehen überhaupt nicht mehr, was gerade vorliegt.

(Zustimmung)

Dass so viele Vorschläge gemacht werden, ist ein einziger Skandal, und man kann im Blick auf die Gültigkeit dieser Vorschläge nur sagen, dass die Lebensdauer einer Eintagsfliege fast schon rekordverdächtig ist. Meine Damen und Herren, so arbeitet die Bundesregierung!

(Beifall)

Neue Soziale Marktwirtschaft, das wird auch bedeuten, dass unsere internationale Verantwortung größer wird. Wir werden einen internationalen Ordnungsrahmen von UNO, Welthandelsorganisation und anderen Institutionen brauchen, die dafür Sorge tragen, dass nicht nur wir die richtigen Möglichkeiten für Wohlstand für alle haben, sondern dass der Zugang dazu allen möglich ist. Ich glaube, die CDU tut gut daran, die Themen Entwicklungspolitik, internationale Umweltpolitik, die Einhaltung von Menschenrechten und die Einführung von sozialen und ökologischen Mindeststandards in den freien Handel auch als ihre Themen zu behandeln. Bei Rot-Grün sind sie verloren, deshalb haben wir eine Chance, und deshalb gehört dies zu unserem Bild von einer gerechten Ordnung der Welt.

(Beifall)

Liebe Freunde, es wird immer klarer: Weder „Dritte Wege" noch „Neue Mitten" helfen weiter. Wenn heute Gerhard Schröder für die einen eine Steuerreform macht, aber nicht alle im Blick hat, wenn er auf der anderen Seite ein Sonderprogramm für Jugendliche im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit macht, gleichzeitig aber die jungen Menschen in der Rentenversicherung betrügen will, wenn er für die eine Gruppe die Green Card einführt, sich aber nicht darum kümmert, was die anderen eigentlich unter Zuwanderung und Integration verstehen und an Lösungen haben wollen, dann kann ich nur sagen, versündigt er sich an der Zukunft, weil er die Dinge nicht vom Grunde her behandelt.

(Beifall)

Gerhard Schröder legt auf diese Art und Weise den Aufschwung in Ketten. Er legt den Aufschwung im Namen eines falsch verstandenen Konsenses in Ketten, und ich kann alle, die an diesem Konsensreigen beteiligt sind, nur aufrufen, sich bei jedem Schritt genau zu überlegen, ob sie das Richtige für unser Land tun oder aber einen Beitrag dazu leisten, dass der Aufschwung nicht das bringt, was er für unser Land wirklich bringen könnte. Diesen Aufruf spreche ich in jede Richtung aus. Angesichts der Politik der Regierung Schröder bleibt es richtig, zu sagen: Liebe Freunde, wir brauchen wieder mehr Ludwig Erhard als Schröder Gerhard.

(Beifall)

In Essen habe ich den Anspruch für unsere Gesellschaft formuliert. Ich habe gesagt, dass ich eine CDU will, die die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft unter globalen Bedingungen weiterentwickelt, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes biotechnische Entwicklungen bewertet, die der Generationengerechtigkeit bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zum Durchbruch verhilft, die für ein Europa der Bürger eintritt, die dem einzelnen Bürger Freiräume einräumt und dem Bürger dort, wo er den Staat braucht, den Schutz des Staates zur Verfügung stellt. Ich habe gesagt, dass ich eine CDU will, die ein Bekenntnis zur Nation, zur Heimat, zur eigenen Identität abgibt, die für ein tolerantes Deutschland eintritt, das sich nicht aufspielt und sein Licht nicht unter den Scheffel

stellt, dass ich eine CDU will, deren Mitglieder selbstbewusst diskutieren und nach diesen Debatten in der Lage sind, klare Entscheidungen zu fällen.

Liebe Freunde, dieser Anspruch von Essen gilt. Wir sind dabei, ihn umzusetzen: mit einem Konzept zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft, mit harten Verhandlungen zur Rentenreform, die in der Sozialstaatskommission von Christian Wulff vorbereitet wurden, mit einem Memorandum zur Bioethik, das Jürgen Rüttgers vorbereitet und das nach einem Kongress im Dezember verabschiedet werden soll, mit Wolfgang Schäubles Beitrag zu einem europäischen Verfassungsvertrag, mit Christa Thobens Konzept „Starker Bürger – starker Staat", mit einer Diskussion um unser Selbstverständnis als Nation, die Friedrich Merz mit seinen Gedanken zur Leitkultur in Deutschland angestoßen hat, und mit der Arbeit für eine Parteireform, die maßgeblich von Ruprecht Polenz angestoßen wurde.

Wir sind programmatisch weiter, als die SPD es jemals war. Wir, CDU und CSU, sind heute programmatisch weiter als alle anderen Parteien, und wir sind näher an der Wirklichkeit, näher bei den Menschen. Während die Sozialdemokraten auch in ihr neues Grundsatzprogramm den Begriff des demokratischen Sozialismus aufnehmen wollen, haben wir die Vision einer Wir-Gesellschaft. Wir haben nie eine Politik für Klassen oder Schichten gemacht, und wir werden sie auch heute und in Zukunft nicht machen. Wir wollen keine Gesellschaft der falschen Einteilungen in Modernisierungsverlierer und Modernisierungsgewinner. Ich will eine Wir-Gesellschaft, die auf die aus den Veränderungen entstehenden neuen Schutzbedürfnisse antwortet und die jedermann neue Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Liebe Freunde, unserer ärgster Feind ist der mangelnde Glaube an uns selbst. Wenn wir weiter an den uns in Erfurt und in Essen gesetzten Themen arbeiten, wenn wir den Menschen zeigen, dass wir aus der Wahlniederlage 1998 die richtigen Lehren gezogen haben und das richtige Konzept für die Zukunft entwickeln, wenn wir Diskussionen führen und dabei auch abweichende Meinungen aushalten, ohne sie zu Autoritäts- und Loyalitätsfragen zu machen, dann ist die Lage klar, dann hat Schröder 2002 keine Chance. Wenn jemand wie Schröder von jetzt an nach dem Motto verfährt „Man macht nichts, damit man länger an der Macht ist", dann sage ich ihm: Wer in der Verantwortung steht und nichts macht, der gehört entmachtet, und das werden wir machen – basta, Herr Schröder.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere nächsten Stationen auf diesem Weg sind die Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg muss schwarz bleiben, lieber Erwin Teufel, und ich bin ganz sicher, es wird so sein.

(Beifall)

Rheinland-Pfalz muss schwarz werden, lieber Christoph Böhr, und ich bin überzeugt, auch das wird so sein.

(Beifall)

Wenn Schröder sagt, er will sein Kabinett nicht umbilden, kann ich nur sagen, er soll ruhig noch eine Weile warten, warten bis zum 25. März, dann wird wieder ein Ministerpräsident frei,

und den kann er ins Kabinett aufnehmen. Herr Beck steht dann zur Verfügung. Bis dahin kann er warten. Dafür, dass das klappt, lieber Christoph Böhr, werden wir sorgen.

(Beifall)

Wenn wir das alles beherzigen, wenn wir uns auf unserem Kurs nicht beirren lassen, dann haben wir ein ganz realistisches Ziel, und dieses realistische Ziel ist ein bundespolitisches Ziel. Es heißt Wahlsieg 2002. Dafür, liebe Freunde, lasst uns die Ärmel hochkrempeln, dafür lasst uns fleißig arbeiten, und lasst uns vor allen Dingen die Menschen in unserem Land dafür begeistern. Sie brauchen eine neue Politik, sie brauchen eine andere Politik, sie brauchen ein gutes Konzept. Wir haben es! Lasst uns das den Menschen sagen. Herzlichen Dank und frisch in den Kampf, liebe Freunde!

(Anhaltender Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich danke unserer Bundesvorsitzenden für ihren Zwischenbericht und für ihre ausgezeichnete Rede. Ich bedanke mich bei ihr auch für die Bestimmung der Position der CDU im vereinigten Deutschland und in Europa. Sie hat die CDU heute als die große Volkspartei der Mitte und – wie in den letzten Tagen und Wochen – als Partei der Sozialen Marktwirtschaft positioniert. Sie hat zu allen aktuellen Fragen der deutschen Politik die bessere Alternative aufgezeigt. Wir danken ihr recht herzlich dafür.

(Beifall)

Ich darf dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, das Wort erteilen.

(Beifall)

Friedrich Merz: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, lieber Erwin Teufel! Liebe Angela Merkel! Liebe Freunde! Im Namen der 245 Mitglieder lege ich Ihnen heute erneut den satzungsgemäßen Bericht über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor. Er ist zugleich – wie das Angela Merkel schon zum Ausdruck gebracht hat – ein Bericht zur Halbzeit der rot-grünen Bundesregierung.

„Blauäugig rein, kopflos drin, krachend raus – das Management der Personalsache Klimmt war so kompetent wie die Landpomeranze nach der Führerscheinprüfung, die aus versehen als Erstes ins Kesseltreiben eines großstädtischen Kreisverkehrs steuert. Am Ende ist erheblicher Sach- und Personenschaden zu verzeichnen."

So schreibt die „Frankfurter Rundschau" vor wenigen Tagen über Rot-Grün.

(Beifall)

Es wird in diesen Tagen wieder überdeutlich: In zwei Jahren muss der rot-grüne Spuk in Berlin beendet sein.

(Beifall)

Wir haben bis dahin noch viel Arbeit vor uns. Zu einer ehrlichen Betrachtung unserer heutigen Lage gehört, dass wir die Wahlen 1998 nicht verloren haben, weil Rot-Grün so gut war. Wir ha-

ben sie verloren, weil wir nicht mehr gut genug waren. In zwei Jahren muss wieder eine Regierung abgewählt werden. Es geht in zwei Jahren auch darum, einer neuen Regierung Vertrauen zu schenken, einer Regierung, die von der Union gestellt wird. Bis dahin müssen wir den Wählerinnen und Wählern in Deutschland glaubhaft vermitteln, dass wir die bessere Alternative sind.

Neben dem, was es aufzuarbeiten und neu zu formulieren gilt, stellen wir einen enormen zusätzlichen Handlungsbedarf und einen großen Entscheidungsbedarf fest: bei der New Economy und der Herausforderung von Internet und Globalisierung, bei der demographischen Entwicklung in unserem Land und deren Folgen für die Systeme der sozialen Sicherheit, bei der notwendigen Modernisierung unseres Bildungssystems – darüber werden wir auf diesem Kleinen Bundesparteitag noch ausführlich sprechen -, bei der Gewährung von Recht und Sicherheit für die Bürger, bei der Vertiefung und der Erweiterung der Europäischen Union und nicht zuletzt in der Außenpolitik des vereinten Deutschlands, die unserer gewachsenen internationalen Verantwortung, aber auch unseren berechtigten eigenen Interessen gerecht werden muss.

Wir leben nicht mehr in den 50er- und 60er-Jahren, auch nicht mehr in den 80er- und 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Wir leben zu Beginn eines neuen Jahrtausends. Dies ist mehr als nur die Tatsache, dass Ludwig Erhard das Internet noch nicht kennen konnte. Partei und Fraktion müssen sich in wichtigen Fragen, gerade zu den vielen neuen Herausforderungen, grundlegend neu positionieren. Wir dürfen uns dabei nicht täuschen: Dieser Prozess erfordert intensive, offene Diskussionen, aber auch die Bereitschaft zum Kompromiss und zur Gemeinsamkeit bei den erarbeiteten Positionen. Ich will es noch etwas deutlicher sagen: Wenn wir nicht jeden Tag die Fähigkeit unter Beweis stellen, uns gegenseitig solidarisch zu unterstützen, dann werden wir bei der Bundestagswahl 2002 kaum eine Chance haben zu gewinnen.

(Beifall)

Wir haben im Deutschen Bundestag in den vergangenen Monaten wichtige und zum Teil neue Akzente gesetzt. Mit den Debatten über die Ökosteuer, mit der notwendigen und harten Auseinandersetzung über die Bilanz nach zehn Jahren deutscher Einheit und über Fragen der Zuwanderung und der Integration haben wir in der Berliner Politik wieder gleiche Augenhöhe mit der Regierung erreicht. Wir haben in unserer Fraktion ein umfassendes erstes Papier zur Einwanderungspolitik und zur Integration der bei uns lebenden Ausländer erarbeitet. Dieses Thema gehört zu den zentralen Fragen der Innen- und Rechtspolitik. Die Innen- und Rechtspolitik ist für Union von zentraler Bedeutung. Es war deshalb richtig, das Thema Einwanderung und Integration nicht den politischen Rändern in Deutschland zu überlassen.

(Beifall)

Es war auch richtig, mit unbequemen und herausfordernden Begriffen eine Debatte zu eröffnen. Rot-Grün ist in der Defensive. Sie haben keine wirklichen Antworten; sie antworten allenfalls mit oberflächlichen Floskeln und dummen Redensarten.

(Beifall)

Einwanderung und Integration sind Themen, die die Menschen in unserem Land stark bewegen. Wir brauchen Antworten darauf – und zwar aus der Mitte der Demokratie. Wir werden auch in Zukunft verhindern – ich bin Angela Merkel dankbar, dass sie dies mit so großem Nachdruck immer wieder sagt -, dass sich die Bundesregierung anmaßt, zu entscheiden, worüber in diesem Land geredet werden darf und worüber nicht.

(Beifall)

Wer mit der PDS zusammenarbeitet, hat den Anspruch verloren, die moralischen Kategorien der Politik in diesem Lande zu bestimmen.

(Beifall)

Wir kämpfen gegen jede Form von Extremismus, egal ob von rechts oder von links.

(Beifall)

Wir sind für die wehrhafte Demokratie, die aus mehr besteht als aus der Möglichkeit, verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten. Wir wollen den starken Staat, der unsere Bürger schützt. Wir wollen mehr Sicherheit für unsere Bürger und nicht die nachlässige Behandlung von schweren Straftätern. Wir begrüßen die Urteile der Strafgerichte, die der Straftat auf dem Fuße folgen. Wir sind für die Überwachung von sensiblen öffentlichen Plätzen durch Videokameras, um Straftaten von vornherein besser verhindern zu können. Wir sind auch für eine Änderung des Versammlungsrechts, damit Neonazis in Zukunft nicht mehr mit Fahnen und Symbolen, die in diesem Land niemand mehr sehen will, durch das Brandenburger Tor ziehen können.

(Beifall)

Deshalb fordern wir Rot-Grün auf, in der Innen- und Rechtspolitik endlich die wirklich wichtigen Themen anzupacken, statt Politik ausschließlich für die Minderheiten in diesem Land zu machen. Wir bieten Rot-Grün die Zusammenarbeit an im Kampf gegen jede Form des politischen Radikalismus und der politisch motivierten Gewalt. Aber wir lassen uns dabei nicht einseitig für politische Aktionsbündnisse der Linken missbrauchen.

(Beifall)

Wir haben nicht vergessen, welche politischen Gruppen es waren, die die Tabus gebrochen haben und in Deutschland vor rund 30 Jahren begonnen haben, erst das Gewaltmonopol des Staates infrage zu stellen, und dann versucht haben, Gewalt gegen Sachen und schließlich Gewalt gegen Personen zu legitimieren. Wir sind es nicht zuletzt den Angehörigen der Opfer, den Ehefrauen und Kindern, der vor allem linksextremistischen Gewalt und des linksextremistischen Terrors in Deutschland schuldig, immer wieder daran zu erinnern.

(Beifall)

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der eine oder andere, der vor Jahr und Tag in Göttingen oder anderswo „klammheimliche" Freude empfunden hat, heute im feinen Anzug auf der Regierungsbank sitzt.

(Beifall)

Wir müssen wieder über das Wertefundament unserer Gesellschaft sprechen. Unser Land und diese Gesellschaft sind geprägt und geformt von der christlich-abendländischen Kultur. Die Basis des Zusammenlebens der Menschen in unserem Land ist die gemeinsame Sprache, die Werteordnung unseres Grundgesetzes, die gemeinsame Geschichte sowie gemeinsame Traditionen, Bräuche und eben Wertvorstellungen. Die „verspätete" deutsche Nation tut sich bis heute schwer in ihrer Selbstfindung und in ihrem Selbstverständnis.

Es ist wahr: Wir waren Gründungsmitglied aller europäischen Verträge. Wir sind und bleiben fester Bestandteil der Europäischen Union. Aber definieren wir uns nur noch im europäischen Kontext? Besteht Deutschland nach den Verheerungen zweier Weltkriege und den furchtbaren Erfahrungen des Nationalsozialismus nur noch als Bestandteil der europäischen Nachkriegsordnung? Oder gibt es so etwas wie eine fortbestehende und zukunftsfähige eigene Identität unseres Landes, die selbstständig existiert und auf die wir uns als Bürger dieses Landes berufen dürfen, ohne gleich von den Kohorten des postmodernen Zeitgeistes in die Schranken gewiesen zu werden?

(Beifall)

Wir müssen die rot-grüne Bundesregierung gerade deshalb jetzt zwingen, Farbe zu bekennen: Soll jedermann in dieses Land kommen können oder gibt es gewisse Anforderungen, die nicht nur die Gesellschaft selbst, sondern auch die Zuwanderer zu erfüllen haben? Wenn letzteres der Fall ist: Woran orientieren wir uns dabei als Gesetzgeber? Reicht die deutsche Sprache plus Gesetzestreue aus oder gibt es mehr, was dieses Land, diese Nation auch in Zukunft im Inneren zusammenhält? Bekennen wir uns alle, Deutsche und Einwanderer, zur Verantwortung vor unserer Geschichte, mit ihren großartigen wie auch mit ihren schrecklichen Erfahrungen? Bleibt unsere gemeinsame Grundlage die deutsche Kulturnation, die eben nicht geprägt ist – wie Konrad Adam es vor einigen Tagen ganz richtig zum Ausdruck gebracht hat – von dem „Ehrgeiz, um jeden Preis die Nummer eins zu werden", sondern von dem „ganz normalen Wunsch – ähnlich wie Engländer und Franzosen – im Blick auf seine Herkunft unverwechselbar zu sein"?

(Beifall)

Wir dürfen uns jedenfalls die Debatte darüber nicht von denen untersagen lassen, die jetzt wieder die geistigen Verbotsschilder aufstellen und die die Grenzen der Political Correctness neu abstecken. Wer diese Diskussion unterdrückt, fordert den politischen Radikalismus geradezu heraus, den zu bekämpfen Rot-Grün doch täglich vorgibt.

(Beifall)

Zum unverzichtbaren Fundament unserer Werteordnung gehört die Familie. Wir halten es deshalb für eine verhängnisvolle Fehlentscheidung der rot-grünen Regierung, in Zukunft so genannte gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften im Wesentlichen den gleichen Rang einzuräumen wie der Ehe aus Mann und Frau. Wir haben einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht und Vorschläge gemacht, wie man Diskriminierungen auch von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Alltag beseitigen kann. Aber für eine

faktische Gleichstellung im Eherecht, im Familienrecht, im Steuerrecht und im Sozialrecht gibt es überhaupt keine Begründung.

(Beifall)

Diese Gleichstellung widerspricht zutiefst den Wertentscheidungen unserer Verfassung. Wenn Rot-Grün dieses Gesetz durch den Bundesrat bringt, dann werden wir eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ernsthaft prüfen. Wir müssen als Union eine klare und entschiedene Politik für Ehe und für die Familien in diesem Lande vertreten.

(Beifall)

Die demographische Entwicklung in Deutschland ist über die Einwanderung allein ganz sicher nicht zu korrigieren. Wir müssen die Entscheidung für Kinder bei uns leichter machen. Wir müssen den Menschen helfen, wieder bereit zu sein, Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Dies ist beileibe kein abstraktes Postulat. Wir wollen die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für Eltern mit Kindern verbessern. Indem Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren sind, helfen wir insbesondere jungen Frauen, die heute oft nicht mehr auf ihren Beruf verzichten wollen und die Anspruch darauf haben, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Wir wollen ein einheitliches Familiengeld, um Familien mit Kindern wirkungsvoller helfen zu können.

Eine Million Kinder in Deutschland sind heute ganz oder zum Teil auf Sozialhilfe angewiesen. Das hat sicher vielfältige Ursachen. Warum nehmen wir uns aber bei aller notwendigen differenzierten Betrachtung der Ursachen nicht vor, den Familienleistungsausgleich in den nächsten fünf bis zehn Jahren so auszugestalten, dass Familien, aber bitte auch Alleinerziehende mit Kindern grundsätzlich in diesem Land nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind?

(Beifall)

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: Wir können es schon heute niemandem mehr erklären, dass das Kindergeld niedriger ist als die Bedarfssätze und Regelsätze in der Sozialhilfe.

Eine solche Politik erfordert, dass wir uns mit den vorhandenen Mitteln unseres Sozialstaates auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren. Eine solche Konzentration erfordert die Bereitschaft, alle Leistungen des Sozialstaates auf ihre Notwendigkeit und ihre Effizienz hin vorbehaltlos zu überprüfen. Sozialpolitik ist für uns nicht nur Teil einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Ausgleich bringt. Sozialpolitik war und ist für uns Politik für die wirklich Schwachen und Hilfsbedürftigen und sie bleibt für uns Verpflichtung, wofür das „C" in unserem Namen steht. Sie bedeutet Hilfe für den Nächsten und ist damit zentraler Bestandteil unserer Identität als einer christlich-demokratischen Partei. Diesen Anspruch können wir gegenüber jedermann in unserem Land offensiv vertreten.

(Beifall)

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik, verstanden als Einheit und nicht als Gegensatz, bewährt sich am besten auf dem Arbeitsmarkt. Fast 5,5 Millionen Menschen in diesem Land sind offen oder verdeckt arbeitslos. Arbeitslosigkeit ist auch nach zwei Jahren Rot-Grün

das bedrückendste gesellschaftspolitische Problem unseres Landes. Andere Länder haben uns in derselben Zeit längst gezeigt: Es gibt kein Naturgesetz, wonach es auf Dauer hohe Arbeitslosigkeit geben muss. Es ist möglich, wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Arbeitslosenquote in benachbarten Ländern, beispielsweise in Dänemark und in den Niederlanden, ist längst auf unter vier Prozent zurückgeführt worden. Dort wurde volkswirtschaftlich wieder Vollbeschäftigung erreicht. Warum geht dies nicht in Deutschland?

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat vergangene Woche in Berlin sein Jahresgutachten vorgestellt. Darin beschreibt er die großen Beschäftigungschancen, die beispielsweise die so genannte New Economy bietet. Wir wissen doch alle: Die Arbeitswelt der Zukunft wird durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien dienstleistungsorientierter sein, sie wird mehr Kundenbetreuung und mehr Service bieten und sie wird einen großen Freizeit- und Unterhaltungssektor anbieten. Die Zukunft in dieser New Economy gehört den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, den vielen Neugründungen, die in der Lage sind, flexibel zu arbeiten und schnell auf Änderungen der Nachfrage zu reagieren. Weil dies so ist, ist es die Aufgabe der Politik, die steuerpolitischen, die sozialpolitischen und die gesamten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Chancen der Arbeitswelt von morgen auch bei uns bestmöglich genutzt werden.

Es stellt sich vor diesem Hintergrund schon die Frage, warum unser Land bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze so weit hinter anderen Ländern in Europa zurückbleibt. Warum nehmen wir einen so weit abgeschlagenen Platz ein? Warum hat bei uns in Deutschland die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten zwei Jahren nicht zumindest im europäischen Durchschnitt zugenommen? Dann hätten wir wenigstens 500 000 Arbeitsplätze mehr in Deutschland. Der Sachverständigenrat beschreibt in seinem Jahresgutachten die Lage noch dramatischer: In Erwerbstätigenstunden gerechnet ist der Beschäftigungsaufwuchs in Deutschland zum Stillstand gekommen.

Der Sachverständigenrat gibt auch die Antworten, warum dies so ist: Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung geht in die völlig falsche Richtung. Erinnert sei an dieser Stelle an das 630-DM-Gesetz, an die überbürokratisierten Regelungen zur so genannten Scheinselbständigkeit, an die erneute Regulierung beim Kündigungsschutz, die Schlechtwetterregeln und schließlich an die erneute Regulierung der Energie- und Kommunikationsmärkte. Die Bundesregierung muss sich sagen lassen, dass der von ihr beschlossene Rechtsanspruch auf Teilzeit für den Arbeitgeber den Abschluss neuer Arbeitsverträge eben nicht erleichtert, sondern weiter erschwert.

(Beifall)

Die Bundesregierung muss sich vor diesem Hintergrund sagen lassen, dass ihre Überlegungen zum Betriebsverfassungsgesetz die Betriebsabläufe eben nicht flexibilisieren, sondern im Gegenteil weiter komplizieren, sodass der Handlungsspielraum der Unternehmen eingeschränkt und nicht weiter geöffnet wird. Schließlich muss sich die Bundesregierung vom Sachverständigenrat ins Stammbuch schreiben lassen, dass die von ihr betriebenen Einschränkungen bei den befristeten Arbeitsverhältnissen nicht dazu angetan sind, neue

Arbeitsplätze zu schaffen. Vielmehr gefährden sie bestehende Arbeitsplätze. Das ist die Bilanz von zwei Jahren rot-grüner Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Deutschland.

(Beifall)

Wir müssen heute feststellen: Diese Regierung, die vor zwei Jahren angetreten ist, den angeblichen Reformstau zu überwinden, ist nicht die Lösung unserer Probleme; sie ist selbst das größte Problem in Deutschland geworden.

(Beifall)

In den nächsten Wochen und Monaten wird die Rentenreform die zentrale Herausforderung der Sozialpolitik sein. Die aktuelle Lage wurde von der „Berliner Zeitung" vor einigen Tagen ganz richtig mit den Worten beschrieben:

„Nie waren 18 Millionen Rentner und 30 Millionen Beitragszahler so verunsichert wie heute – nach mehr als zwei Jahren Regierungszeit Schröders."

Wir sagen: Ein Rentensystem, das auf dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit aufbaut, muss die Lasten zwischen den Generationen gerecht verteilen. Der im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene Ausgleichsfaktor bewirkt das genaue Gegenteil: Er belastet die Versicherten um so stärker, je später sie in Rente gehen. Das kommt nicht nur einer Einladung zur Frühverrentung gleich, weil es sich eben nicht mehr lohnt, länger zu arbeiten. Die Belastungen werden durch diesen Faktor auch einseitig auf den Schultern der jungen Generation abgeladen. Dieser so genannte Ausgleichsfaktor von Herrn Riester gleicht überhaupt nichts aus, sondern er schafft die Mehrklassengesellschaft unter den Rentnern.

Zusätzlich plant die Bundesregierung jetzt, die von uns zur Bedingung gemachte und von der Bundesregierung uns zugesagte private Vorsorge um ein Jahr zu verschieben. Sie widerspricht damit allem, was in den Rentenkonsensverhandlungen verabredet war und was sie selbst in ihren verschiedenen Konzepten und öffentlichen Diskussionsentwürfen bisher immer für notwendig erachtet hat. Sie widerspricht damit vor allem dem objektiv gegebenen Handlungsbedarf, den der Altersaufbau unserer Bevölkerung der Politik zur Lösung aufgibt.

Durch die Politik der Bundesregierung, durch die Rücknahme unseres Rentenreformgesetzes von 1998 mit dem eben doch überlegenen demographischen Faktor ist bereits viel – ich meine: zu viel – kostbare Zeit verloren gegangen. Eine weitere Verschleppung der Rentenreform dient einzig und allein dem Ziel – darauf hat die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Frau Müller, vor einigen Tagen dankenswerter Weise ganz offen und unumwunden hingewiesen -, die Menschen in Deutschland über den Wahltag des Jahres 2002 hinaus darüber zu täuschen, dass die Pläne der Bundesregierung zur privaten Altersvorsorge in jeder Hinsicht unzureichend und ungerecht sind. Wir sagen deshalb klar und unmissverständlich: Ohne grundlegende Nachbesserungen in der Struktur des Rentenreformgesetzes und im Umfang der Fördermaßnahmen für die private und betriebliche Altersversorgung wird es eine Zustimmung der Unionsfraktion zu diesem Rentenreformkonzept nicht geben können.

(Beifall)

Die Gesundheitspolitik dürfte vermutlich noch größere Anforderungen an eine moderne Sozialpolitik stellen als die Rentenpolitik. Auch in der Gesundheitspolitik gilt: Wir brauchen Reformen, um zu bewahren, was Kern unseres Gesundheitssystems ist, so wie wir es ganz wesentlich in den letzten Jahrzehnten geprägt und verändert haben. Jeder Mann und jede Frau müssen auch in Zukunft unabhängig vom Alter und Einkommen Zugang zu modernen medizinischen Behandlungsmethoden haben. Aber angesichts der demographischen Entwicklung und angesichts des medizinisch-technischen Fortschritts ist ebenso klar: Wir brauchen eine grundlegende Reform, die auf Anreize zum Sparen setzt und die Wahltarife genauso anbietet wie mehr Transparenz für die Patienten über die tatsächlichen Kosten der Behandlung. Dies ist etwas ganz anderes, als die Kosten im Gesundheitssystem pauschal zu begrenzen.

Medizinische Behandlung darf in unserem Land nicht danach fragen müssen, welche Budgets gerade vorhanden sind, sondern ausschließlich danach, welche notwendige medizinische Behandlung zum richtigen Zeitpunkt erfolgen muss. Rot-Grün verantwortet den Reformstau auf Kosten der Patienten in unserem Land. So kommt es bereits heute zur Zweiklassenmedizin, weil gesetzlich Versicherte warten müssen, Behandlungen aus finanziellen Gründen verweigert werden und die Leistungserbringer bestraft werden, wenn sie mehr behandeln als im Plan vorgesehen ist. Wenn der Bundeskanzler bei seiner Aussage bleibt, dass alles dies keine grundlegende Reform erfordere, dann werden wir ein weiteres wichtiges Thema gegen Rot-Grün in den nächsten zwei Jahren streitig stellen.

(Beifall)

Wie in der Sozialpolitik so brauchen wir ordnungspolitisches Denken auch und gerade in der Bildungspolitik. Wenn die Soziale Marktwirtschaft den Menschen mit seinen Bedürfnissen, seinen Fähigkeiten und seinen Anlagen in den Mittelpunkt stellt, dann muss Bildung ein genuiner Bestandteil eines erneuerten Verständnisses von Sozialer Marktwirtschaft werden. Die Bildungspolitik muss mit dem heutigen Parteitag zu einer tragenden Säule unserer Politik werden. Sie gehört zur Denknotwendigkeit, wenn wir über Soziale Marktwirtschaft reden.

Lassen Sie mich deshalb auch namens der Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Parteivorsitzenden, Angela Merkel, und bei Annette Schavan für die Initiative bedanken, die sie mit diesem Parteitag ergriffen haben. Wir werden auch in Zukunft bereit sein, mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft an dieser wichtigen Aufgabe der Politik für Deutschland mitzuwirken.

(Beifall)

Wissen und Können, die Qualität der Ausbildung in unseren Schulen, in den Betrieben und an den Universitäten entscheiden auch über unsere wirtschaftliche Zukunft im europäischen Binnenmarkt. Wir haben den Binnenmarkt immer gewollt und mit herbeigeführt. Wir bleiben davon überzeugt, dass der Euro die richtige und notwendige Fortsetzung und Vollendung des Binnenmarktprogramms in Europa ist. Es stehen jetzt weitere große politische Entscheidungen auf der Agenda. Wir wollen den Erfolg der aktuellen Projekte auf der europäischen Tagesordnung. Dies gilt sowohl für die institutionelle Reform als auch für die Europäische Grundrechte-Charta, die beim Europäischen Rat in Nizza in wenigen Tagen beschlossen werden sollen.

Wir sind und bleiben fest davon überzeugt: Die politische Integration Europas und die Erweiterung der Europäischen Union sind unverzichtbar für eine dauerhafte Friedens- und Freiheitsordnung auf dem europäischen Kontinent. Unsere Vorstellung von Europa im 21. Jahrhundert darf sich nicht auf einen erweiterten Binnenmarkt beschränken. Ein klarer Rahmen für die politische Integration und ein klarer Kurs in der europäischen Politik schaffen Vertrauen nicht zuletzt bei unseren Wählern und werden auch den Wechselkurs des Euro wieder stärken.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle deshalb ein herzliches Wort des Dankes sagen für die Vorarbeiten, die Wolfgang Schäuble und Karl Lamers in den letzten Jahren seit 1994 im Rahmen dieser wichtigen europäischen Debatte geleistet haben. Sie haben schon 1994 den Vorschlag gemacht, all das, was es jetzt zu entscheiden gilt, in einen europäischen Verfassungsvertrag einzubringen. Ein solcher europäischer Verfassungsvertrag, der die Grundsätze und Strukturen der Union zusammenfasst, steht jetzt ganz oben auf der europäischen Tagesordnung. Für uns gehören dazu die in der Gemeinschaft zugrunde liegenden Wertentscheidungen einschließlich der Grundrechte-Charta. Dazu gehören aber auch ein neues Gleichgewicht zwischen den europäischen Institutionen, das aus der christlichen Soziallehre entwickelte Subsidiaritätsprinzip und eine präzise Beschreibung der Kompetenzen der Europäischen Union.

Von uns Deutschen wird zu Recht erwartet, dass wir uns europäisch engagieren und bereit sind, dem Frieden in der Welt zu dienen. Dazu gehören Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit nicht zuletzt in der Außenpolitik unseres Landes. Das Ergebnis nach zwei Jahren rot-grüner Außenpolitik ist enttäuschend und ernüchternd. International hat Deutschland an Ansehen, Einfluss und Glaubwürdigkeit verloren. Die Regierung hat die großen Chancen der deutschen Präsidentschaften in der Europäischen Union, in der Westeuropäischen Union und schließlich in der Gruppe der G 8 weitgehend ohne eigene Initiativen verstreichen lassen. Nicht zuletzt gilt: Die Bundeswehr steht auf dem Balkan in dem bisher schwierigsten und gefährlichsten Einsatz ihrer Geschichte. Gleichwohl verweigert Rot-Grün ihr die notwendigen Mittel zur Modernisierung und zur Ausstattung, die sie dringend braucht.

(Beifall)

Wie die Europapolitik braucht auch die deutsche Außenpolitik insgesamt eine klare Orientierung. Deutschland braucht eine Außenpolitik, die sich an unserer gewachsenen Verantwortung und an unseren nationalen Interessen, aber nicht an rot-grüner Ideologie und an falsch verstandenem Pragmatismus orientiert. Wir brauchen heute Antworten auf die neuen außenpolitischen Herausforderungen, bei der Gestaltung der europäischen Friedensordnung ebenso wie bei den transatlantischen Beziehungen.

Blauäugig rein, kopflos drin, krachend raus: So kann man Politik für unser Land nicht erfolgreich gestalten.

(Beifall)

Wir wollen in den vor uns liegenden Monaten wieder in die Offensive gehen. Wir erwarten

übrigens vom Bundestagspräsidenten, dass er die Parteifinanzen der SPD genauso akribisch von unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften unter die Lupe nehmen lässt,

(Beifall)

wie er es bei uns macht. Wir treten an aus der Opposition und sind weit entfernt von Waffengleichheit beim verfügbaren Geld für Wahlkämpfe und für Werbung in den Medien. Aber wir haben die besseren politischen Konzepte. Wir haben überzeugende und überragende Persönlichkeiten, mit denen wir im nächsten Jahr die vor uns liegenden Wahlen gewinnen wollen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird Ihnen, lieber Erwin Teufel, und allen Freunden in der baden-württembergischen CDU genauso wie dir, lieber Christoph Böhr, und allen Freunden in der rheinland-pfälzischen CDU in den nächsten Wochen und Monaten bis zum 25. März jede uns mögliche Unterstützung zukommen lassen. Wir wollen gemeinsam gewinnen. Wir wollen bereits im nächsten Jahr zeigen: Für Rot-Grün und ihre chaotische Politik gibt es in Deutschland keine Mehrheit mehr. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Lieber Friedrich Merz, wir alle danken Ihnen herzlich für Ihre Rede. Mit einer klaren Sprache und mit klaren Inhalten haben Sie die Schwerpunkte der Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgezeigt. So kennen wir Sie aus den Debatten des Deutschen Bundestages und so haben wir Sie heute erlebt. Auf diese Weise machen Sie die Politik der CDU zu d e r Alternative zur Regierungspolitik. Zu Recht haben Sie auch auf die große Verunsicherung der Menschen bis tief in die SPD-Anhänger hinein in zentralen Punkten der Regierungspolitik hingewiesen. Das ist auch meine Alltagserfahrung in Baden-Württemberg.

Wir danken Ihnen für Ihre Rede und Ihre Arbeit. Christoph Böhr und ich danken Ihnen auch für Ihre Zusage, dass Ihre Fraktion uns hinsichtlich der Wahlen am 25. März unterstützen wird. Wir wünschen Ihnen in unser aller Interesse weiterhin alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen nun zu einem der heimlichen Höhepunkte der heutigen Tagesordnung, nämlich zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die Mandatsprüfungskommission hat gezählt und ist zu einem Ergebnis gekommen. Diesem Bundesausschuss gehören nach § 30 des Bundesstatutes 150 stimmberechtigte Delegierte an. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.30 Uhr 116 Delegierte anwesend. Damit ist der Kleine Parteitag beschlussfähig.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN

Mir liegt eine Wortmeldung vor, nämlich die des Kollegen Peter Liese. Er hat hiermit das Wort.

Dr. Peter Liese: Ich möchte mich ganz herzlich für diese beiden kämpferischen Reden bedanken. Die CDU ist eine starke und lebendige Opposition. Das haben die Reden deutlich

gemacht. Die Bundesregierung in Berlin muss sich warm anziehen. Es gibt genügend Gründe, mit Schärfe gegen diese Bundesregierung vorzugehen.

Ich möchte ein Thema ansprechen, das Frau Merkel kurz erwähnt hat. Völlig zu Recht hat sie die rot-grüne Bundesregierung für die Ökosteuer kritisiert. Wir sollten sie in ihrem Kurs unterstützen; denn das, was Rot-Grün auf nationaler Ebene mit der so genannten Ökosteuer macht, ist der falsche Weg.

Heute beginnt die entscheidende Phase des Klimagipfels in Den Haag. Deshalb sollten wir gerade in dieser Woche nicht nur sagen, was wir nicht wollen, sondern wir sollten auch sagen, was wir wollen.

Wir wollen keinen nationalen Alleingang; wir wollen europäische Regelungen in allen Bereichen, weil dies wettbewerbspolitische Aspekte erforderlich machen und weil der Umwelt nicht geholfen wird, wenn wir entsprechende Maßnahmen alleine durchführen. Wir wollen Regelungen, die der Umwelt wirklich helfen. Die rot-grüne Ökosteuer ist ein ideologisches Projekt. Sie orientiert sich nicht an Problemen wie den Treibhausgasen, sondern an Energiefragen. Es ist auch ideologisches, wenn die Kernenergie sozusagen bestraft wird, obwohl sie gerade unter Klimaschutzaspekten eine Alternative wäre.

Wir zählen mit Erfolg das auf, was wir nicht wollen; denn die Wählerinnen und Wähler kennen unsere Argumente. Ich bin aber der Meinung, dass die Wählerinnen und Wähler nicht ausreichend wissen, was wir in diesem Bereich wollen. Es gibt ein sehr gutes Konzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Energiepolitik, in dem konkrete Alternativen aufgeschrieben wurden. Ich habe aber den Eindruck, dass wir uns manchmal schämen, die guten Vorschläge, die dort enthalten sind, öffentlich zu vertreten. Deshalb sollten wir genauso vorgehen wie bei der Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft im letzten Jahr. Wir haben damals auf Integration statt auf doppelte Staatsbürgerschaft gesetzt. Wir sollten jetzt sagen: wirksamer Klimaschutz statt Ökosteuer im nationalen Alleingang. Auch das, was wir wollen, muss in der Öffentlichkeit stärker präsent sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 11 und gebe das Präsidium ab.

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS NACH § 31, ABS. 3 DES STATUTES DER PARTEI

Ich darf nun das Wort an die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Frau Dr. Angela Merkel, geben.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Ich möchte an dieser Stelle dem Kleinen Parteitag mitteilen, dass Ruprecht Polenz und ich gemeinsam darin übereingekommen sind, dass er mit dem heutigen Tage sein Amt als Generalsekretär zur Verfügung stellt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ruprecht Polenz für über sechs Monate außerordentlich guter Zusammenarbeit ganz herzlich zu danken.

(Beifall)

Ruprecht Polenz hat die Aufgabe in Essen in einer für uns schwierigen Zeit übernommen. Friedrich Merz sagte vorhin, wir sind heute in einem Zustand, in der wir wieder ein echter Wettbewerber für die rot-grüne Bundesregierung mit aussichtsreichen Chancen für die nächsten Wahlen sind. Ich füge hinzu: Dies ist auch der Arbeit von Ruprecht Polenz zu verdanken.

(Beifall)

Wir sind ein gutes Stück in unseren Vorstellungen über die Parteireform weitergekommen. Wir haben darüber neulich auf der Konferenz der Kreisvorsitzenden diskutiert. Wir haben eine Ökosteuerkampagne auf die Beine gestellt, die viele Menschen in diesem Lande mobilisiert hat. Wir haben Diskussionen innerhalb der Partei gehabt, bei denen Ruprecht Polenz in seiner ruhigen, besonnenen und vor allen Dingen auch in seiner außerordentlich toleranten Art vielen in unserer Partei Mut gemacht hat, sich an dem Leben in der Partei wieder zu beteiligen.

Lieber Ruprecht Polenz, ich bin mir ganz sicher: Wenngleich wir in dieser Konstellation in Zukunft nicht zusammenarbeiten werden, so muss ich doch sagen, dass wir Sie nicht nur für die Außenpolitik in der Bundestagsfraktion, sondern auch bei vielen Fragen brauchen, die unsere Partei betreffen. Daher ist dies keine allgemeine Abschiedsrede, sondern nur eine Abschiedsrede in Bezug auf eine bestimmte Funktion. Ich hoffe also auf eine gute Zusammenarbeit in anderer Konstellation. Ich möchte Sie nun bitten, auf die Bühne zu kommen, damit ich mich bei Ihnen mit einem Blumenstrauß bedanken kann.

(Dr. Angela Merkel überreicht Ruprecht Polenz einen Blumenstrauß)

(Beifall)

Liebe Freunde, ich möchte nun dem Kleinen Parteitag Laurenz Meyer als künftigen Generalsekretär vorschlagen. Laurenz Meyer kann von einem Kleinen Parteitag nicht gewählt werden. Aber er kann sozusagen bestätigt werden, sodass er seine Arbeit aufnehmen kann.

Ich habe Laurenz Meyer in der Zeit vor dem Essener Parteitag kennen gelernt. Er hat eine nicht ganz einfache Funktion in Nordrhein-Westfalen als Schatzmeister. Als wir die schwierigen Beschlüsse für die Bundespartei vorbereitet haben, hat er dabei für den großen Landesverband Nordrhein-Westfalen, der damals im Wahlkampf stand, außerordentlich konstruktiv mitgewirkt. Er hat gemeinsam mit Jürgen Rüttgers ermöglicht, dass wir in Essen auch die unangenehmen Beschlüsse fassen konnten.

Laurenz Meyer hat scharfzüngig – manchmal scharfzüngigst – in Nordrhein-Westfalen den Sozialdemokraten in den Untersuchungsausschüssen Furcht eingejagt, was richtig und wichtig war. Er hat das Leben in der CDU – wie er sagt – von der Pike auf gelernt: vom Ortsverband über Stadtratsfraktion bis hin zu Tätigkeiten in vielen anderen Bereichen. Was auch ganz wichtig für diese Aufgabe ist: Er hat seine politische Tätigkeit immer mit seiner Tätigkeit in der Wirtschaft vereinbart. Das heißt, er ist auf eine gewisse Art und Weise bodenständig auch außerhalb der Politik geblieben. Dies sind gute Voraussetzungen dafür, dass wir in eine Phase intensiver Zusammenarbeit eintreten können.

Ich schlage Ihnen also vor, Laurenz Meyer auf diesem Kleinen Parteitag als Generalsekretär zu bestätigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Sie haben den Vorschlag unserer Bundesvorsitzenden gehört. Ich gebe nun das Wort zur Vorstellung an Herrn Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe mich sehr darüber gefreut – ich will das gleich vorweg sagen -, dass Angela Merkel mich als Generalsekretär vorschlägt. Das Vertrauen, das darin zum Ausdruck kommt, ehrt mich sehr. Falls Sie mich wählen, ist es für mich eine große Ehre, mich mit voller Kraft in die Arbeit zu stürzen. Ich bin der Vorsitzenden dankbar für diesen Vorschlag. Ich werde sie nach Kräften, wie ich es auch schon vorher getan habe, unterstützen.

Wir müssen gemeinsam erreichen, dass sich der Ruck fortsetzt, der in den vergangenen Monaten eingesetzt hat. Wir müssen optimale Voraussetzungen schaffen, um bei der nächsten Bundestagswahl eine Chance zu haben. Dann – und nicht vorher – können wir überlegen, wer unser Kandidat ist. Ich werde Angela Merkel bei ihren Vorhaben nach besten Kräften unterstützen.

Ich bin Ruprecht Polenz ausgesprochen dankbar für die Art und Weise, wie wir in der Zeit des Übergangs die Arbeit gemeinsam gemacht haben. Vielen Dank, Ruprecht.

(Beifall)

Angela Merkel hat vorhin die inhaltliche Erneuerung der CDU angesprochen. Wir sind in vielen Bereichen weiter, als wir es selbst gedacht hätten. Wir müssen die Dinge diskutieren: ob das die Ergebnisse der Sozialstaatskommission, die Christian Wulff geleitet hat, oder die Ergebnisse der Kommission zum Verhältnis Bürger und Staat sind, die Christa Thoben geleitet hat. Es liegen außerdem erste Vorstellungen zur Parteireform auf dem Tisch. Wir haben abgesprochen, dass ich den Vorsitz in der Parteireformkommission von Ruprecht Polenz übernehmen werde. Die Arbeiten werden fortgeführt. Wir brauchen eine umfassende Parteireform. Die Rechte der Mitglieder sollen gestärkt werden. Wir werden im Wettbewerb mit der SPD zeigen, wer hier wirklich innovativ ist.

Ich wundere mich immer darüber, dass Herr Müntefering so große Töne spuckt. Er hat im eigenen Landesverband bei zwei Wahlkämpfen hintereinander fürchterlich einen drauf gekriegt und ist mit seiner Parteireform in Nordrhein-Westfalen sozusagen vor die Pumpe gelaufen. Das ist also nun wirklich kein Grund, große Töne zu spucken. Der Generalsekretär, den er vorgeschlagen hat, ist noch nicht einmal bis zur Wahl gekommen. Auch insofern sind wir – wir sind ja jetzt bei der Wahl – ein gutes Stück weiter.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen die Grundlagen für die Kampagnefähigkeit im Jahre 2002 jetzt legen. Wir dürfen damit nicht zu spät anfangen. Es kommt nicht nur darauf an, Kampagnen aus dem Boden zu stampfen. Kampagnen kann man nur machen, wenn in der Bevölkerung die entsprechende Bereitschaft vorhanden ist und wenn unsere Ziele und Vorgaben mit denen der Bevölkerung übereinstimmen. Die Kampagnefähigkeit muss man auch organisatorisch begleiten. Wir müssen bis in die Kreisverbände hinein so weit kommen, dass wir innerhalb von zwei Wochen eine Kampagne durchziehen können. Ich glaube, dass wir in diesem Punkt noch Nachholbedarf haben.

Es geht mir auch besonders um die Sprache, mit der wir die Dinge ansprechen. Ich habe versucht, diese Feststellung in den Ausspruch zu kleiden: Wir müssen nicht alles nachreden, was an den Stammtischen gesprochen wird. Aber wir müssen wenigstens an den Stammtischen verstanden werden. – Nach meiner festen Überzeugung haben wir auch in diesem Punkt Nachholbedarf.

Themen gibt es genug, die wir noch zusätzlich aufgreifen müssen. Angela Merkel hat das Thema Soziale Marktwirtschaft aufgenommen. Sie hat sich dazu – Sie haben das entsprechende Papier auf den Tischen liegen – sehr ausführlich geäußert. Wir müssen auch diesen Bereich vorantreiben.

Ich nenne Ihnen die Zielgruppe, die für mich bei unserer Politik im Vordergrund stehen muss: Unsere Politik muss auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Wirtschaft ausgerichtet sein, die sich nicht selbst helfen können und die nicht die großen Fürsprecher in den Verbänden haben. Ich will Ihnen die Definition für Mittelstand sagen, damit alle wissen, worüber wir sprechen: Mittelstand sind all die Unternehmen in Deutschland, bei denen der Staat nicht eingreift, wenn sie kaputtgehen.

(Beifall)

Für diese Unternehmen ist die CDU der Ansprechpartner. Wir müssen die Menschen bei diesem Prozess mitnehmen und ihre Ängste ernst nehmen. Das ist Soziale Marktwirtschaft mit menschlichem Gesicht.

Wenn wir über die langfristige demographische Entwicklung reden – Friedrich Merz hat dies eben angesprochen -, dann müssen wir sagen, dass neben der Zuwanderungspolitik auch die Familienpolitik steht. Insbesondere stellt sich die Frage, was wir für Familien mit Kindern tun. Auf diesem Kleinen Parteitag über die Bildungspolitik – wir werden nachher über die einzelnen Punkte diskutieren – stellen sich Fragen hinsichtlich der Schule: Wie müssen wir uns einstellen auf den Ganztagsunterricht und auf die Kinderhorte? Wie stehen wir zu gesicherten Schulzeiten in der Grundschule? Wir müssen ferner die Frage stellen: Was ist mit Rente und Steuern? Brauchen wir nicht ein Erziehungsgeld für Familien?

Wir dürfen aber auch die Wirtschaft nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen. Wenn sie Zuwanderung will, dann muss sie auch alles tun, um Familien mit Kindern das Zusammengehen von Familie und Beruf zu ermöglichen. In diesem Punkt müssen wir klare Anforderungen an die Wirtschaft stellen.

(Beifall)

Lassen Sie mich, liebe Parteifreunde, aus dem Themenstrauß der Bildung, über den wir nachher sprechen werden, einen Punkt herausgreifen – er droht unterzugehen -, der besonders wichtig ist. Wir sprechen in der CDU immer gerne von der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, akademische Bildung mit dem Abschluss Hochschuldiplom und berufliche Bildung mit dem Abschluss Meisterprüfung. Wenn uns das aber wirklich ernst ist, dann muss ich die Frage stellen, warum man in Deutschland unbegrenzt lange auf Kosten des Steuerzahlers studieren kann, aber die Meisterprüfung selbst bezahlen muss. Das ist eine Frage, die wir beantwortet haben wollen.

Liebe Freunde, wir haben gute Chancen. Die Regierung ist wieder auf dem Stand vom Sommer 1999 angekommen. Die Fehler werden sichtbar, und zwar genau in dem Stadium, in dem die CDU sich wieder gefangen hat. Die Regierung hat offensichtlich über Monate von der Schwäche der CDU profitiert. Die Regierung hat, wie man in den verschiedenen Themenbereichen sieht, kein Konzept. Sie betreibt eine sehr opportunistische Politik. Ich will dazu sagen: Es ist auch eine kalte Politik, die Herr Schröder hier betreibt. Die Politik ist opportunistisch und kalt. Bei der Ökosteuer werden die Bürger jetzt zum 1. Januar 2001 schon wieder geschröpft. Es wird davon geredet, man würde die Rentenbeiträge senken. Dabei wird bei uns in Deutschland als einzigem Land der Welt an der Tankstelle für die Rente kassiert. Das ist ein unglaublicher Vorgang. Das muss man auf die Rentenbeiträge, die angeblich gesenkt werden sollen, draufrechnen. Deutschland ist das einzige Land in der Welt, wo man die Rentenbeiträge an der Tankstelle bezahlen muss. So weit sind wir gekommen.

(Beifall)

Im nächsten Frühjahr werden die vielen Hunderttausende, die Millionen von Mietern in Deutschland ihre Nebenkostenabrechnungen bekommen, in denen sich die gestiegenen Energiepreise niederschlagen werden. Man kann den Mietern in Deutschland nur zurufen: Leute, legt euch heute schon einmal ein Sparbuch an, damit ihr keinen großen Schrecken kriegt und nicht überrascht werdet, wenn ihr eure Nebenkostenabrechnungen im Frühjahr bekommt. Auf dieses Sparbuch könnt ihr am besten draufschreiben: Sparbuch für Fehler der Regierung Schröder in Berlin.

(Beifall)

Liebe Freunde, aus all dem wird ganz deutlich: Die Ökosteuer muss weg. Sie darf nicht durch neue bürokratische Maßnahmen wie Zuschüsse oder Kilometerpauschale ersetzt oder ergänzt werden. Bürokratie schafft neue Bürokratie. Hier sieht man dies ganz deutlich.

Die Kälte und der Opportunismus, mit denen regiert wird, sieht man insbesondere in den Bereichen Rente und Gesundheitsreform. Die Regierung trampelt doch auf den Bürgern, auf der Gefühlslage der alten Menschen und der Kranken, herum, die nicht mehr wissen, was sie in zehn Jahren für eine Rente bekommen, oder die nicht wissen, ob sie bei ihrer schweren Erkrankung ihr Medikament noch bekommen. Wie kann man nur so kalt und ohne Rücksicht auf die Menschen Politik machen? Es muss nach zwei Jahren endlich Schluss mit dieser Quälerei der Menschen sein. Wir rufen deshalb: Aufhören, basta!, wie wir das in unserer Aktion gesagt haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Bürger merken: Die Regierung kann es nicht; Rot-Grün kann es nicht. Am besten hat man es beim Rücktritt von Herrn Klimmt gesehen. Die ganzen Vorgänge sind mehrfach hinlänglich geschildert worden. Ein Aspekt ist mir noch wichtig. Ich finde die Kälte, mit der der Bundeskanzler dieses Personalproblem letztlich bewältigt hat, unglaublich. Erst rät man Herrn Klimmt, den Strafbefehl anzunehmen. Dann rät man Herrn Klimmt, nachdem die Öffentlichkeit darauf nicht reagiert, Widerspruch gegen den Strafbefehl einzulegen. Am dritten Tag rät man Herrn Klimmt dann, endlich zurückzutreten. Meine Damen und Herren, die Kälte, mit der hier Politik gemacht wird, ist an Zynismus kaum zu übertreffen, insbesondere

wenn Herr Schröder anschließend sagt: Ich habe Herrn Klimmt Zeit zum Überlegen gegeben. – Diese Kälte, in der hier mit den Menschen umgegangen wird – der Betreffende mag sich noch so viel zuschulden kommen lassen haben -, ist erschreckend und wirft ein schlimmes Licht auf den Bundeskanzler.

(Beifall)

Liebe Freunde, unser Hauptgegner ist die SPD. Es sind nicht irgendwelche kleinen Parteien, egal woher. Ich rufe der SPD zu: Wir werden uns die Rüpeleien der SPD, die hier stattfinden, nicht länger gefallen lassen. Wir werden sie uns nicht länger gefallen lassen!

(Beifall)

Lassen Sie mich ein Wort zu den SPD-Finanzen sagen. Friedrich Merz hat das Stichwort vorhin schon gegeben. Jetzt steht fest, dass die SPD ihre Finanzrechnung über Jahre von Wirtschaftsprüfern, die mit der SPD verquickt waren, hat prüfen lassen. All die anderen Fragen – die Buchungen, wohin das Geld geflossen ist, ob es auf Treuhandkonten geflossen ist, wie es eingesetzt worden ist – sind zusätzlich zu klären. Die Buchungen kann der Einzelne nicht nachvollziehen. Er hat keinen Zugang zu den Buchungsvorgängen. Wenn aber jemand einen Wirtschaftsprüfer beschäftigt, der nicht völlig unabhängig ist, wirft das einen schlimmen Verdacht auf den, der das tut.

(Beifall)

Liebe Freunde, deshalb fordern wir Herrn Schröder und Herrn Müntefering auf, die Finanzen und das Finanzgebaren der SPD endlich durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen, wenn man sich nicht weiter dem Verdacht aussetzen will, dass hier viel mehr zu verbergen ist, als man bisher vorgegeben hat.

(Beifall)

Ich habe bestimmte Erfahrungen aus NRW. Anfang dieses Jahres hat Herr Müntefering einmal in einem Nebensatz die Bemerkung fallen lassen, ob die Kommunalwahlerfolge der CDU in NRW denn nicht wohl auch mit schwarzen Kassen erkauft worden seien. Meine Damen und Herren, ich habe ihm daraufhin angeboten, CDU und SPD – beide zusammen – sollten vor der Presse doch die Finanzrechnungen der beiden Landesverbände offen legen. Wir haben das im März getan. Die SPD hat bis heute keine einzige Zahl auf den Tisch gelegt. Sie hat bis heute alles verheimlicht und will den Teppich darüber legen. Meine Damen und Herren, wir lassen uns diese Scheinheiligkeiten der SPD nicht länger gefallen.

(Beifall)

Man muss schon erkennen: Hier ist von Herrn Müntefering und Herrn Schröder sowie anderen kübelweise Schmutz über die CDU gekippt worden, um von den eigenen Dingen abzulenken. So sehe ich das aus heutiger Sicht, wenn nicht endlich etwas getan wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben eine gute Führungsmannschaft mit einer glaubwürdigen Parteivorsitzenden Angela Merkel und mit klarer Linie. Wir haben einen Frak-

tionsvorsitzenden, der in schwieriger Phase gute Arbeit macht. Wir haben ein Verhältnis zur CSU, das im Moment besser nicht sein könnte. Jeder von uns weiß: Keiner kann allein Wahlen gewinnen. Nur wenn wir geschlossen alle zusammenstehen, können wir Wahlen gewinnen. Ich habe eine Bitte an alle: Es kann doch auch einmal möglich sein, dass jemand ein Interview zu dem Kommentar eines anderen gibt. Meine Bitte ist, dass man dann einmal anruft und fragt, was er überhaupt gesagt hat. Das sollte doch möglich sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU ist zurzeit – so habe ich es in einem Interview einmal gesagt; ich glaube, das ist ein gutes Bild – eine unterbewertete Aktie. Lasst uns gemeinsam alles tun, dass diese Aktie im Kurs wieder steigt. Ich will noch dazusagen: Arbeit muss auch Spaß machen. Der Bürger will keine Politiker, die mit Trauermiene – wie Trauerklöße – herumlaufen. Ich freue mich auf die Arbeit, die auf mich zukommt. Alle müssen mitarbeiten. Ich bitte Sie in diesem Sinne um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Ich danke Laurenz Meyer sehr herzlich.

Sie haben den Vorschlag der Bundesvorsitzenden für die Wahl zum Generalsekretär der CDU Deutschlands gehört. Wir treten in den Wahlgang ein.

Ich möchte zunächst noch einige Hinweise geben: Bitten nehmen Sie den grünen Stimmzettel Nr. 1 zur Hand. Mit diesem Stimmzettel werden wir die geheime Wahl durchführen. Es gibt nur einen Bewerber. – Könnte bitte der eine oder andere Saalordner diejenigen Delegierten, die noch draußen sind, bitten, für den Wahlgang in den Saal zu kommen; es sind im Übrigen 118 Delegierte anwesend. – Der Stimmzettel ist gültig, wenn auf ihm „Ja", „Nein" oder „Enthaltung" steht. Leere Stimmzettel gelten als Enthaltung. Es kann natürlich auch der Name „Laurenz Meyer" darauf stehen. Wenn man ihn wählen will, genügt es aber auch, „Ja" zu schreiben. Ich sage es noch einmal: „Meyer" oder „Ja" bedeuten Zustimmung. Die anderen Möglichkeiten sind „Nein" oder „Enthaltung".

Es sind Wahlkabinen aufgestellt worden, die Sie für die geheime Wahl benutzen können. Die Stimmzettel werden anschließend durch die Stimmenzähler mittels Wahlurnen eingesammelt.

Ich gehe davon aus, dass durch diese Hinweise alle näheren Umstände des Wahlvorganges geklärt sind. Oder gibt es noch Fragen? – Ich sehe keine Wortmeldungen und eröffne deshalb den Wahlgang. Ich bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob irgendjemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Haben alle Delegierten ihre Stimmzettel abgeben können? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann schließe ich den Wahlgang. Ich unterbreche die Sitzung des Parteitages, bis die Stimmen ausgezählt sind.

(Unterbrechung von 13.36 bis 13.41 Uhr)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf das Ergebnis der Wahl zum Generalsekretär der CDU Deutschlands bekannt geben: Abgegebene Stimmen

106 – ungültige Stimmen keine, Enthaltungen 6, gültige Stimmen 100. Die erforderliche Mehrheit beträgt 51 Stimmen. Auf Herrn Laurenz Meyer entfielen 99 Stimmen.

(Beifall)

Es wurde eine Neinstimme abgegeben. – Ich beglückwünsche Sie zu diesem herausragenden Wahlergebnis und darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Angela Merkel überreicht Laurenz Meyer einen Blumenstrauß – Beifall)

Laurenz Meyer: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich nehme die Wahl gerne an. Ich bedanke mich für Ihr großes Vertrauen und verspreche Ihnen, mit vollem Dampf zu arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Ich beglückwünsche unseren Generalsekretär. Wir freuen uns, dass er mit Freude an die Arbeit geht. Wir sagen ihm Unterstützung zu und freuen uns auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES „AUFBRUCH IN DIE LERNENDE GESELLSCHAFT"

Die Journalisten können gleich hier vorne bleiben – damit möchte ich um Aufmerksamkeit bitten -; denn ich übergebe das Wort jetzt an die Vorsitzende der Präsidiumskommission, Frau Dr. Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Es ist ein gutes Zeichen für die Bildungspolitik und für alle, die in der Union Bildungspolitik betreiben, dass wir uns heute mit einem Leitantrag zur Bildung und Erziehung, zur Wissenschaft und Forschung beschäftigen. Wir sind davon überzeugt, dass dies zu den großen Kulturleistungen einer Gesellschaft gehört; denn wer Modernisierung will, muss zunächst Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stärken, voranbringen und als Schlüssel für Modernisierung begreifen. Wir sind davon überzeugt, dass, wer über Bildung und Erziehung, über die wertvollen Grundlagen unseres Gemeinwesens, über das, was Identität stiftet, spricht, zum Zusammenhalt einer Gesellschaft beiträgt.

Unser Verständnis vom Menschen als selbstständiger Person und unser Wille zur Modernisierung – das ist schon in mehreren Reden zum Ausdruck gekommen – prägen die Bildungs-, Ausbildungs- und Wissenschaftspolitik der CDU. Wir orientieren uns nicht an Ideologien, nicht an den Interessen von Institutionen, sondern an Kindern und Jugendlichen. Wir brechen eine Lanze für Kinder und Jugendliche in Deutschland.

(Beifall)

Wir wollen eine Bildungspolitik, die dafür sorgt, dass niemand zum Modernisierungsverlierer wird und keiner seine Talente verstecken muss. Das ist das Prinzip unserer Bildungspolitik.

Wir wissen, dass pädagogische Arbeit wertvoll und schwierig ist. Wir wissen, dass Schulen nur erfolgreich sein können, wenn ihre Arbeit unterstützt wird. Deshalb sagen wir in unserem Leitantrag ganz deutlich: Wer will, dass sich Kinder und Jugendliche zu selbstständigen erwachsenen Persönlichkeiten entwickeln sollen, der darf Erziehung nicht vernachlässigen, sondern der muss Erziehung und all diejenigen in unserer Gesellschaft stärken, die Erziehung leisten: in unseren Familien, in den Schulen und in der Jugendbildung. Deshalb, liebe Freunde, beschimpfen wir nicht Lehrerinnen und Lehrer, sondern zollen ihnen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit.

(Beifall)

Zum Schulwesen. Wir stellen uns dem Wettbewerb um bessere Schulen, bessere Hochschulen und um eine bessere Weiterbildung. Ja, wir wollen diesen Wettbewerb in unseren Ländern. Ob es das Saarland ist oder Hessen, ob Thüringen oder Sachsen, ob Bayern oder Baden-Württemberg: Von der Union geführte Regierungen setzen neue Akzente in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Nirgendwo sind die Hochschulreformen, nirgendwo sind Modernisierungsschritte so weit wie bei uns. Wir wollen nicht mit den Ideen der 70er-Jahre, des vergangenen Jahrhunderts, Bildungspolitik von Morgen prägen. Wir wollen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts annehmen. Deshalb sagen wir den Sozialdemokraten: Es reicht nicht, in der Sprache einig zu sein. Es reicht keine immer stärkere Annäherung in der Bildungsrhetorik. Was wir brauchen, ist die konkrete Umsetzung der Modernisierung. Deshalb fordern wir vergleichbare Schulabschlüsse. Deshalb fordern wir, dass die Sozialdemokraten endlich tun, was sie immer sagen. Erst dann gibt es mit uns einen Konsens.

(Beifall)

Bildungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts hat mit dem grundlegenden Wandel bei der Schaffung von Wohlstand zu tun. Deshalb ist dies in unserem Leitantrag ein roter Faden. Bildung, Erfindungsgabe und die Organisation neuer Technologien – das sind die Quellen des Wohlstands, das sind die eigentlichen und einzigen Wettbewerbsvorteile am Beginn des 21. Jahrhunderts. Deshalb sagen wir: Wer über Modernisierung in unserer Gesellschaft, wer über Wohlstand spricht, wer darüber spricht, dass wir im internationalen Wettbewerb stark sein wollen, der muss das Bildungswesen modernisieren. Aufbruch in die lernende Gesellschaft, Bildungsvorsprung für Deutschland – das ist unsere Antwort auf die neue Quelle von Wohlstand und Entwicklung, auf Bildung und Erziehung im 21. Jahrhundert.

Wir müssen auch über den demographischen Wandel sprechen. Das Durchschnittsalter unserer Gesellschaft liegt heute bei 40 Jahren. Bereits in 30 Jahren wird es bei 46 Jahren liegen. Der Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen, der heute bei 21 Prozent liegt, wird im Jahre 2030 auf 35 Prozent steigen.

Die neuen Bedingungen für die Schaffung von Wohlstand und der demographische Wandel, vor dem wir stehen, werden den Lernbedarf der gesamten Gesellschaft wachsen lassen. Deshalb sprechen wir, wenn wir über Bildung und Ausbildung reden, nicht nur über Jugendliche, sondern über eine Gesellschaft, der in jedem Lebensalter lebensbegleitendes Lernen ermöglicht werden muss. Lebensbegleitendes Lernen gehört für uns zum Verständnis vom Menschen. Es bedeutet Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit. Wir wis-

sen, dass es in einer älter werdenden Gesellschaft nicht nur um die Frage der persönlichen Defizite geht, sondern auch um die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft.

Liebe Freunde, wenn wir über Bildung sprechen, dann sprechen wir nicht nur über technokratische Prozesse und Konzepte. Für uns hat der Mensch nicht nur einen Kopf, sondern auch ein Herz. Bildung betrifft nicht nur den Kopf, sondern auch das Herz, die Frage, wie sich Menschen entwickeln können. Deshalb sagen wir: Bildung geht nicht ohne Erziehung, Erziehung geht nicht ohne Werte. Im Übrigen geht Erziehung auch nicht ohne das Wohlwollen erwachsener Menschen gegenüber Kindern und Jugendlichen. Das ist das Kernstück der Erziehung.

(Beifall)

Daraus ergibt sich auch der enge Zusammenhang von Bildung und Kultur. Junge Menschen wachsen heute in eine Gesellschaft hinein, die mehr und mehr Teil einer europäischen Gesellschaft sein soll. Roman Herzog hat gesagt:

„Es ist ein Irrtum, Europa primär als einen Begriff der Politik oder gar der Ökonomie zu begreifen. Das, was uns Europäer zunächst einmal eint, ist unsere gemeinsame Kultur."

Kultur ist eine Quelle für Vertrauen und Identität. Kultur ist eine Quelle für innere Souveränität. Das gilt für die deutsche Kultur, das gilt für die europäische Kultur. Das gilt für die deutsche Kultur auch als Teil der europäischen Kultur. Kinder und Jugendliche müssen eine Chance bekommen, im Rahmen von Bildung und Erziehung etwas von dieser Quelle für Vertrauen, Identität, Verbindlichkeit und innere Souveränität zu erfahren. Sie ist der Schlüssel für Toleranz, für die Gestaltung von Vielfalt. Deshalb gehört für die Christlich Demokratische Union nicht nur der Computer in die Schulen, sondern auch die Vermittlung kultureller Erfahrungen und Güter. Dies ist eine der wesentlichen Leistungen des Bildungswesens.

(Beifall)

Deshalb heißt es in unserem Leitantrag:

„Das Bildungswesen leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit, zum Aufbau eines vereinten Europas und zur Integration von Ausländern und Aussiedlern in die deutsche Gesellschaft."

Dem, der von Integration spricht, rate ich, möglichst häufig in die Schulen zu gehen. An keinem anderen Ort in unserer Gesellschaft wird so erfolgreich und auf so unspektakuläre Weise Integration vorbereitet und geleistet wie in unseren Schulen, insbesondere in unseren Hauptschulen.

(Beifall)

Zur kulturellen Bildung in Schule und Hochschule gehört für uns die Beschäftigung mit der Substanz unseres Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung, mit den Prinzipien des freiheitlichen Denkens, der Rationalität, der vernunftgeleiteten Wertorientierung und der christlichen Lebensgestaltung. Das schafft Verbindungen zu den Grundwerten europäischer Kultur. Das gehört zu den Grundleistungen der Schulen, der Hochschulen, unseres Bildungswesens am Beginn des 21. Jahrhunderts. Wir sind davon überzeugt: Dies ist nicht

altmodisch, das hat Zukunft. Kinder und Jugendliche erwarten von uns, dass wir ihnen sagen, was unser Gemeinwesen in Deutschland und in Europa trägt und prägt. Darüber sind wir ihnen eine Auskunft schuldig und diese Auskunft gehört in das Zentrum von Bildung und Erziehung.

(Beifall)

Deshalb setzen wir uns auch für den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen ein. Das ist im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn ein Sonderweg; das wissen wir. Aber dieser Sonderweg hat sich in Deutschland bewährt. Vor wenigen Wochen hat eine bundesweite Studie ergeben, dass der Religionsunterricht bei Schülern und Schülerinnen beliebt ist. Er hat einen festen Platz in unseren Schulen.

(Vereinzelt Beifall)

Dabei geht es nicht nur um Werte, sondern auch um religiöse Entwicklung, um die Gottesfrage, um das Wertvollste, von dem wir Christdemokraten überzeugt sind, dass wir es unseren Kindern und Jugendlichen vermitteln müssen.

(Beifall)

Wir haben den Religionsunterricht für jüdische Kinder und Jugendliche und für evangelische und katholische. Wir wollen uns auch der Mühe unterziehen – das ist mit Mühen und vielen Fragen verbunden -, zu prüfen, wie auch muslimischen Kindern und Jugendlichen ein Religionsunterricht ermöglicht werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, es gehört dazu, dass wir diese Wege gewissenhaft prüfen. Das, was wir hierzu im Integrationspapier formuliert haben, steht auch in diesem Leitantrag.

(Beifall)

Es zieht sich noch etwas anderes wie ein roter Faden durch diesen Leitantrag. Wir reden von der „Bildung für den ganzen Menschen". Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche mit musischen, mit gestalterischen, mit praktischen Talenten zum Zuge kommen. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden, nur weil seine Stärken nicht in der Theorie, in den Modellen, in der Abstraktion, sondern im Musischen, im Gestalterischen, im Praktischen liegen. Wir wollen, dass die SPD Schluss damit macht, die Hauptschule kaputtzureden; denn dadurch schadet sie nicht nur einer Schulart, sondern Kindern und Jugendlichen. In Baden-Württemberg sind es 35 Prozent, die eine Hauptschule erfolgreich besuchen.

(Beifall)

Wer sich allerdings leidenschaftlich für die Hauptschulen einsetzt, der muss auch leidenschaftlich in die Hauptschulen investieren – finanziell und mit Blick auf das Lernkonzept -, der muss dafür sorgen, dass erfolgreichen Hauptschulabsolventen nicht alle interessanten Berufsbilder und Berufswege verschlossen bleiben. Deshalb sagen wir: Wir investieren in die Hauptschule ideell, mit neuen Konzepten. Wir investieren in sie, indem wir die Zahl der Betreuungsangebote, der Hausaufgabenbeaufsichtigungen, der Ganztagesangebote und

der Schulsozialarbeit auch in finanziell schwieriger Zeit erhöhen. Das ist es, was die Hauptschule braucht und was sie auch bekommen muss. Sie darf nicht kaputtgeredet werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer über Bildung, wer über Begabung spricht, kann nicht einfach über Menschen mit mehr oder weniger Begabung sprechen. Menschen haben unterschiedliche Begabungen. Deshalb zeigt sich nach unserer festen Überzeugung die Qualität des Bildungswesens darin, dass es den unterschiedlichen Begabungen gerecht wird. Ich füge hinzu: Die Zukunft unseres Bildungswesens hängt davon ab, ob wir bereit und in der Lage sind, die Bereitschaft der Jugendlichen zum Engagement, die Bereitschaft, sich in der Schule einzusetzen, aktiv zu werden, fördern oder nicht.

Deshalb sagen wir: Schülermentorenausbildung, Streitschlichterprogramme, Jugendbildung, Zusammenarbeit von Schulen und Jugendbildung, das gewinnt an Bedeutung. Jugendliche brauchen nicht immer mehr pädagogische Programme, die von Erwachsenen durchgeführt werden. Sie müssen selbst den Ernstfall testen können. Sie brauchen Raum für Aktivitäten, Engagement und die Gestaltung der Schule.

(Beifall)

Unsere Leitsätze enthalten neue Impulse für die Lehrerbildung. Sie ist der Schlüssel für die erzieherische Kraft der Schule. Deshalb fordern wir als Teil der Lehrerbildung ein ethisch-philosophisches Grundlagenstudium, so wie wir es jetzt in Baden-Württemberg eingeführt haben. Wir fordern eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis. Wir fordern, dass sich die Universitäten im Rahmen der Forschung für die Lehrerbildung und die Schulen interessieren und uns helfen, die Schulen zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Schließlich: Bildungsreformen in Deutschland müssen internationalen Maßstäben gerecht werden. Deshalb, liebe Freunde, fordern wir, in unseren Grundschulen ab Klasse 1 das Erlernen einer Fremdsprache anzubieten. Ein Kind lernt eine Fremdsprache umso leichter, je früher es damit beginnen kann. Wenn dies so richtig ist, dann müssen die Kinder damit in Klasse 1 beginnen dürfen.

(Beifall)

Wir fordern mit Blick auf Internationalität, dass Jugendliche in Deutschland überall nach zwölf Jahren das Abitur machen dürfen.

(Beifall)

Ich halte es für einen ganz tollen Schritt, dass die neue saarländische Landesregierung jetzt den Gymnasien im Saarland binnen zwölf Monaten die Zukunftschance eröffnet hat, dass dort nach zwölf Jahren das Abitur gemacht werden kann. Das ist innovativ; das ist toll.

(Beifall)

Wer ein paar Jahre lang Bildungspolitik gemacht hat, der weiß – das gilt für jeden hier im Saal anwesenden Kollegen; das gilt für Jürgen Schreier genauso wie für Karin Wolff, Matthias Rößler und viele andere -, dass auch die CDU kein Geld drucken kann und dass die

90er-Jahre für die Bildungspolitik deswegen ein schwieriges Jahrzehnt waren, weil die Lage der öffentlichen Haushalte drastische Sparmaßnahmen notwendig gemacht hat. Aber, liebe Freunde, Zeiten der Prioritätensetzung sind ja nicht Zeiten, in denen viel Geld vorhanden ist. Prioritäten werden bedeutsam in Zeiten, in denen das Geld nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. In den 90er-Jahren konnten wir feststellen, wer welche Prioritäten setzt.

Man sollte immer wieder auf Folgendes hinweisen: In diesen Zeiten hat der damalige niedersächsische Ministerpräsident und jetzige Bundeskanzler gegenüber den Pädagogen nicht nur seine volle Verachtung öffentlich zum Ausdruck gebracht, sondern auch jede zweite durch Pensionierung frei werdende Lehrerstelle gestrichen. Das hat das Niveau in Niedersachsen gedrückt. Deshalb konnte sein Nachfolger dann erklären, dass derjenige, der aus Bayern oder Baden-Württemberg nach Niedersachsen kommt, erst einmal zwei Jahre ausruhen kann, bevor er wieder in die Schule einsteigen muss.

Das ist keine Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation. Das war eine falsche Prioritätensetzung. In dieser Zeit sind in den unionsregierten Ländern Stellen geschaffen worden. Auch die hessische Landesregierung hat im ersten Jahr ihrer Regierung Tausende Lehrerstellen zusätzlich eingerichtet und die Situation an den Schulen deutlich verbessert, was jeder feststellen kann, der heute eine hessische Schule besucht.

(Beifall)

Der Aufbruch in die lernende Gesellschaft – das ist erstmals ein Schwerpunkt in einem CDU-Programm – verlangt verstärkte Investitionen in die Weiterbildung. In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die Weiterbildungsangebote annehmen, verdoppelt. Nahezu die Hälfte aller erwachsenen Deutschen bildet sich aktiv weiter. Wie kein anderer Bildungsbereich ist die Weiterbildung von der privaten Initiative geprägt. Das ist gut so. Wir wollen kein bundesweites Weiterbildungsrahmengesetz; wir wollen keine staatliche Reglementierung. Wir wollen mehr Anreize und bessere Rahmenbedingungen für einen pluralen Weiterbildungsmarkt. Deshalb fordern wir im Bereich der Weiterbildung die Gründung einer unabhängigen „Stiftung Bildungstest", ein Instrument, das Transparenz, Qualitätssicherung und Verbraucherschutz gewährleisten soll. Wir fordern also nicht mehr staatliche Regeln, sondern eine unabhängige Stiftung.

(Beifall)

Liebe Freunde, Weiterbildung darf kein Privileg von Führungskräften sein. So genannte Lernschwache dürfen nicht von der Weiterbildung ausgeschlossen bleiben. Allgemeine Teilhabe am lebensbegleitenden Lernen, das wird zunehmend eine Frage des sozialen Ausgleichs. Jürgen Rüttgers hat bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Formulierung benutzt: „Das ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts." Deshalb wollen wir zwar keine Weiterbildungspflicht, aber für alle die Chance zur Weiterbildung, zum lebensbegleitenden Lernen. Das ist ein wesentlicher Punkt der sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Die CDU hat in den vergangenen 30 Jahren konsequent am dualen System der beruflichen Bildung festgehalten. Auch hier, liebe Freunde, sollten wir kein Kurzzeitgedächtnis haben: Es

ist keine 30 Jahre her, da stand auf den Titelseiten der Zeitungen: „Ausbildung im Betrieb ist Ausbeutung." Die SPD hat das damals dankbar aufgenommen. Wir haben in diesen Zeiten unentwegt auf Folgendes aufmerksam gemacht: Die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit ist die duale Bildung, die Partnerschaft von Betrieb und Schule. Deshalb gibt es da, wo vernünftige berufliche Bildung geleistet wird, niedrige Jugendarbeitslosigkeitsquoten, und da, wo sie vernachlässigt wird, hohe Jugendarbeitslosigkeitsquoten. Das muss man ganz deutlich feststellen.

(Beifall)

Wir wissen, dass in den neuen Bundesländern besondere Bedingungen herrschen, dass sich dort nicht einfach alles übertragen lässt und dass wir dort besondere Regelungen brauchen. Aber wir sagen: In den nächsten Jahren muss es weitere Steigerungsraten geben. Wir haben in Baden-Württemberg innerhalb von drei Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze im Bereich der Informatik versechsfacht. Wir werden das fortsetzen. Das ist ein Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation.

Angesichts dessen, dass der DGB in der Stellungnahme zu unserem Leitantrag feststellt, dass wir zu sehr das tun, was die Wirtschaft will, kann ich nur sagen: Unsere Bildungspolitik betrifft alle Menschen und keine Interessengruppe. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass Kinder und Jugendliche einen Anspruch darauf haben, das Richtige vernünftig zu lernen, und zwar so, dass es zu einer beruflichen Perspektive führt. Deshalb wollen wir eine gute Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftspolitik und Bildungspolitik im Sinne der Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation.

(Beifall)

Die alte Bundesregierung mit dem damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers hat ein Meister-BAföG eingeführt. Das war ein großer Fortschritt im Sinne der Gleichberechtigung von allgemeiner und beruflicher Bildung. Deshalb sind wir empört darüber, dass die jetzige Bundesregierung das Meister-BAföG als Sparbüchse benutzt und dreistellige Millionensummen einspart. Das ist nicht in Ordnung. Das Meister-BAföG muss weiterentwickelt werden.

(Beifall)

Der Wissenschaftsstandort ist der dritte Schwerpunkt in unserem Leitantrag. Vorweg stelle ich fest – dies sage ich auch mit Blick auf die vielen an unseren Hochschulen Engagierten: Der Wissenschaftsstandort Deutschland ist besser als sein Ruf. Die Einheit von Forschung und Lehre war die Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der deutschen Hochschule seit Humboldt. Das sollte man nicht so einfach aufs Spiel setzen.

Klar ist aber auch: Unsere Hochschulen brauchen jetzt Reformen. Sie brauchen Reformen, die ihnen Gestaltungsspielräume zur Profilierung geben. Sie brauchen Reformen, mit denen deutlich wird, dass die Hochschulen für uns Orte der nachhaltigen Pflege kultureller Traditionen sind, Orte der naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Grundlagenforschung. Nicht Verzweckung, sondern Stärkung der Grundlagenforschung, das ist ein wichtiger Punkt bei der Weiterentwicklung unseres Wissenschaftsstandortes.

Wir sagen aber auch: Wer heute Hochschulen reformiert, der muss nach der Lage der Studierenden fragen. Es kann, liebe Freunde, nicht sein, dass immer mehr Studierende in riesigen Hochschulen in der Masse untergehen und als Personen nicht mehr wahrgenommen werden. Das ist kein Klima, das zur wissenschaftlichen Arbeit motiviert. Deshalb gilt auch hier der Vorrang der kleinen Einheit vor der großen Einheit.

(Beifall)

„Mehr Qualität der Hochschulen braucht mehr Wettbewerb und mehr Wettbewerb braucht mehr Freiheit." – Auf diese kurze Formel lässt sich das Ergebnis sowohl unserer Expertenanhörung in der Kommission als auch das Gespräch der Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen und einiger Rektoren unserer Hochschulen mit Angela Merkel, Dagmar Schipanski und mir zusammenfassen. Mehr Wettbewerb und mehr Freiheit und nicht mehr Verbote, Anordnungen und zentrale Vorgaben! An die Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht muss eine strategische Hochschulpolitik treten. Das zieht sich wie ein roter Faden durch das entsprechende Kapitel des Leitantrages.

Wir setzen uns für ein differenziertes System von Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen sowie Berufsakademien ein. Dieses differenzierte System fördert den Wettbewerb. Kein Hochschultyp darf in seiner Entwicklung behindert werden. Wir begrüßen die Gründung privater Hochschulen. Wir bekennen uns aber auch deutlich zur öffentlichen Verantwortung für das Bildungswesen und zur Weiterentwicklung von öffentlicher Verantwortung. Private Initiativen sind kein Ersatz für öffentliche Verantwortung.

(Beifall)

Wer eine differenzierte Hochschullandschaft will, der muss auch für mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten sorgen. Liebe Freunde, es kann nicht sein, dass Studierende, die an einer Berufsakademie ein volles Studium mit großem Erfolg absolviert haben, an der Universität im gleichen Fach am Punkt null beginnen müssen. Das kann nicht sein; das ist keine differenzierte Hochschullandschaft.

(Beifall)

In der Hochschule der Zukunft soll es nach unserem Verständnis auch den Wettbewerb um Studierende geben. Wir wissen, dass sich die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen nicht von heute auf morgen abschaffen lässt. Aber übermorgen muss sie abgeschafft sein; denn dies ist kein geeignetes Instrument.

(Beifall)

Es müssen geeignete Wege gefunden werden, wie künftige Studierende ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selbst auswählen können. Das bestehende System zur Festlegung der Zahl von Studienplätzen muss durch Hochschulverträge ersetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Deutschland bestehende rechtliche und administrative Hindernisse für ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler abgebaut werden. Ja,

wir wünschen uns mehr ausländische Studierende und mehr ausländische junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler an unseren Hochschulen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer im Jahre 2000 Leitsätze zur Hochschulpolitik formuliert, der kann der Frage nach Wegen zu einem zukunftsweisenden Gesamtkonzept der Bildungsfinanzierung nicht ausweichen. Die Vorstellung also, dass man alles Mögliche beschreibt, aber auf die Frage nach dem Geld keine Antwort gibt, nachdem über 25 Jahre lang von chronischer Unterfinanzierung unserer Hochschulen gesprochen worden ist, ist in meinen Augen weit entfernt von der politischen Realität.

Wir haben gestern im Bundesvorstand noch einmal darüber gesprochen und die einhellige Überzeugung formuliert: Es ist richtig, in dem vorliegenden Leitantrag dieses Problem als erkannt anzugeben. In der Politik ist es schon viel, wenn man ein Problem zugibt. Das Problem ist ein zweifaches. Das erste Problem habe ich soeben genannt: Seit 1977, seit dem Öffnungsbeschluss, besteht an unseren Hochschulen die Situation einer chronischen Unterfinanzierung. Das bezweifelt nahezu niemand. Das zweite Problem: Nur acht von 100 Studierenden kommen heute aus sozial schwachen Familien. Das ist ein Skandal.

(Vereinzelt Beifall)

Wer jetzt glaubt, dies alles werde man verbessern können, indem man noch zehn Jahre so weitermacht wie bisher, auch der ist weit entfernt vom politischen Leben. Wer daran etwas ändern will, wer eine höhere soziale Verträglichkeit im Bereich der Studienfinanzierung will, wer will, dass Hochschulen im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe stark sind und dass sie finanzielle Spielräume erhalten, der darf sich nicht einbilden, das könne man in Verhandlungen zwischen Wissenschafts- und Finanzministern erreichen. Liebe Freunde, mancher Wissenschaftsminister kann da viel herausholen. Er wird aber niemals das herausholen, was er eigentlich für die Finanzierung von wettbewerbsfreundlichen und wettbewerbsfähigen Hochschulen, also für eine gute Studienfinanzierung, bräuchte.

Deshalb sagen wir: Wir wollen keine isolierte Debatte über Studiengebühren. Studiengebühren jetzt einzuführen und ansonsten alles so zu belassen, wie es ist, führt zu keiner Verbesserung der sozialen Situation unserer Studierenden.

(Beifall)

Aber dieses Gesamtthema kann nicht vertagt werden. Deshalb muss über ein großzügigeres Stiftungsrecht, über die Möglichkeit für Hochschulen, über die klassischen Drittmittel hinaus an Geld zu kommen, indem Stiftungen gegründet werden, gesprochen werden. Deshalb muss die Frage beantwortet werden: Ist künftig ein System von Bildungsdarlehen interessant? Deshalb muss über ein Stipendienwesen in Deutschland nachgedacht werden. Wer über all dies spricht, kann auch über Gebühren sprechen. Jedenfalls sollte ihm nicht zu Beginn dieser Debatte von der Bundesregierung durch Staatsvertrag verboten werden, sich über dieses Segment innerhalb eines Gesamtkonzeptes Gedanken zu machen.

(Beifall)

Deshalb kann ich nur sagen – das gilt hier ebenso wie bei vielen anderen Themen -: Im Rahmen dieser Debatte darf es keine Verbote geben. Wer ein Problem erkannt hat, muss sich verpflichten, unseren Studentinnen und Studenten, den Rektoren und Präsidenten sowie den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern Auskunft darüber zu geben, wie wir dieses Problem in den nächsten Jahren lösen wollen, wie die Hochschulen mehr Geld bekommen, wie eine Studienfinanzierung so geregelt werden kann, dass nicht mehr nur acht von 100, sondern dass sehr viel mehr aus sozial schwachen Familien studieren können. Denn es darf keine Frage des Geldbeutels, sondern muss eine Frage der Begabung sein, ob jemand studieren darf oder nicht.

(Beifall)

„Aufbruch in die lernende Gesellschaft", „Bildungsvorsprung für Deutschland", das heißt, wir wollen die große und moderne Volkspartei sein, die sich als glaubwürdiger, kompetenter und zukunftsfähiger Partner für die junge Generation erweist. Wir lassen die jungen Menschen, die uns in allen letzten Wahlen viel Vertrauen geschenkt haben und uns auch jetzt viel Vertrauen schenken und die eine starke, engagierte und leistungsfähige Generation sind, nicht im Stich bei ihrem Bemühen, selbstständig zu werden, diese komplizierte Welt und unübersichtliche Zeit zu durchschauen und Veränderungen aktiv zu gestalten. Wir wollen dieser jungen Generation helfen, die entsprechenden Weichen zu stellen und die Instrumente zu schaffen, damit die Chancen, die es zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt, von ihnen genutzt werden können.

Ich wünsche mir und uns, dass es uns gelingt, dass die Christlich Demokratische Union, die große und moderne Volkspartei, ein überzeugender Partner der Jugend und ein überzeugender Partner bei der Weiterentwicklung von Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Annette Schavan. Der Beifall des Parteitages hat Ihnen gezeigt, dass wir dankbar sind für die Arbeit der Präsidiumskommission, aber auch für diese engagierte Rede und nicht zuletzt für Ihre Arbeit hier im Lande. Ich glaube, der bildungspolitische Vorsprung der CDU ist gerade durch Ihre Arbeit besonders deutlich geworden. Vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur allgemeinen Aussprache. Bevor wir damit beginnen, möchte ich mit Ihnen das Abstimmungsverfahren besprechen und Einvernehmen herstellen über das Vorgehen in Bezug auf die eingebrachten Anträge. Es liegen dem heutigen Parteitag 1 283 Anträge vor. Es ist klar, dass wir selbst auf einem Großen Parteitag wahrscheinlich nicht die Zeit hätten, über jeden einzelnen Antrag zu diskutieren.

Wir haben deswegen im Tagungspräsidium nach einem Weg gesucht. Diesen würde ich Ihnen gerne schildern und dann um Ihre Zustimmung bitten. Wir wollen abweichend von der sonst üblichen Praxis einige ausgewählte Themen zur Diskussion stellen und dann am Ende eine verbundene Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission insgesamt

vornehmen. Damit Sie sich auf die Themen, die nach der allgemeinen Aussprache besprochen werden, einstellen können, nenne ich diese Themen jetzt vorab: erstens die Ziffer 3 „Grundprinzipien unserer Bildungspolitik", zweitens die Ziffer 17 „Religionsunterricht", drittens die Ziffer 23 „Familienfreundliche Organisationen des Bildungswesens", viertens die Ziffer 60 „Meisterausbildung" und – nicht zu vergessen – fünftens die Ziffer 78 „Studienfinanzierung". Meine Frage lautet: Gibt es Einwände gegen diesen Verfahrensvorschlag? – Die kann ich nicht erkennen. Dann ist beschlossen, dass wir in dieser Weise verfahren.

Als erster Rednerin in der allgemeinen Aussprache erteile ich jetzt Angelika Volquartz aus Schleswig-Holstein das Wort. Der nächste Redner kann sich schon vorbereiten: Das wird Carsten Schwarz vom RCDS sein. – Angelika Volquartz, bitte.

Angelika Volquartz: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich ganz konkret zu einem Antrag und nicht zur allgemeinen Aussprache gemeldet.

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Dann übergebe ich Ihre Wortmeldung meinem Nachfolger im Tagungspräsidium und bitte Carsten Schwarz, das Wort zu ergreifen. – Bitte schön.

Carsten Schwarz (mit Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Schavan, ich bin sehr froh, dass sich die CDU mit dem Thema Bildung beschäftigt und diesem Thema einen ganzen Parteitag widmet. Sie haben damit ganz klar die richtigen Prioritäten gesetzt. Sie machen damit klar, dass Sie sich mit diesem Thema ernsthaft beschäftigt haben.

Beim Thema Bildung ist die CDU als Opposition besonders gefragt. Denn in diesem Bereich versagt die Regierung im Moment grandios. Die Scheinbildungsministerin Bulmahn hat in all den Bereichen, die sie eigentlich vorantreiben wollte, versagt. In Bezug auf das BAföG hat sie immer von einer großen Reform gesprochen. Daraus ist nichts geworden. Um das Thema Studiengebühren, das im Wahlkampf von der SPD noch groß verkauft worden ist, ist es nun ganz still geworden. Beim Thema Dienstrecht ist Frau Bulmahn vor den Professoren eingeknickt und schiebt jetzt jede Verantwortung von sich.

Aber nicht nur Bulmahn auch der Bundeskanzler „Hol-mir-mal-ein-Bier-Schröder" hat versagt. Im Wahlkampf hat er das Thema Bildung noch zur Chefsache gemacht. Er hat eine Garantiekarte ausgegeben. Darauf stand ein Versprechen, nämlich, dass in seiner Legislaturperiode die Ausgaben für Bildung verdoppelt werden. Daraus ist nichts geworden. Es kam zu einer kleinen Erhöhung und zu sonst nichts. Schröder hat die Studenten ganz klar betrogen.

Es ist klar: Die Regierung schafft in diesem Punkt nichts. Also sind Sie gefragt. Die Leitsätze, die heute beschlossen werden, sollen nur ein Anfang sein. Ich meine, diese Leitsätze sind ein Auftrag an die Partei für nachfolgende Arbeiten.

In diesem Zusammenhang habe ich an die Partei, an Sie, Frau Dr. Schavan, die Bitte, dass nicht nur die Schule im Mittelpunkt stehen sollte. Es sollte mehr Gewicht auf die Hochschulen und die anderen Bildungsbereiche gelegt werden. Dass dies nicht so ist, sieht man in den Leitsätzen schon am jeweiligen Umfang: Mit dem Bereich der Schule hat man sich sehr breit befasst. Der Hochschulbereich kommt sehr knapp weg. Auch wenn ich einen Blick auf die Wand hinter der Tribüne werfe, auf die drei dort abgebildeten Kinder, dann frage ich

mich: Welches von diesen drei Kindern studiert, ist in der Berufsausbildung oder betreibt Weiterbildung? Bildung ist mehr als Schule.

Im Anschluss daran möchte ich noch einige Sätze zur Hochschulfinanzierung sagen und damit eine ganz klare Aufforderung an Sie richten: Machen Sie Schluss mit dem Herumgeeiere! Sagen Sie Nein zu Studiengebühren!

(Beifall)

Der Internet-Parteitag, der vor einiger Zeit stattgefunden hat, ist dieser Aufforderung gefolgt. Dort hat man sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die Regelstudienzeit gebührenfrei zu halten. Ich finde, das ist eine Sache, die man auch hier auf dem Parteitag beschließen sollte.

Ich möchte keine isolierte Debatte zum Thema Studiengebühren führen; nichts liegt mir ferner. Aber Alternativen, wie man die Hochschulen vernünftig finanzieren kann, sind vorhanden. Ich stelle mir vier Säulen vor, auf die man die Hochschulfinanzierung stützen kann: Die erste Säule ist eine vernünftige Prioritätensetzung des Staates. Der Staat muss sagen, welcher Bereich ihm sein Geld wert ist, und kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen, indem er sagt, die Kassen seien leer. Die zweite Säule muss die Wirtschaft sein, die ihrer Verantwortung ganz klar gerecht werden muss. Sie sollte nicht nur von gut ausgebildeten Absolventen profitieren, sondern muss auch mit Drittmitteln einen finanziellen Beitrag in den Bereichen Hochschulbildung und Bildung leisten. Die dritte und vierte Säule, das sind Stiftungen und Beteiligungen privater Einzelpersonen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass es zu einem umfangreicheren Stiftungswesen und zu mehr Beteiligungen Einzelner kommen kann.

Frau Schavan, es ist schön, dass Sie uns alle am Ende Ihrer Rede zu einem Gespräch aufgefordert haben. Wir kommen gerne darauf zurück. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen zu diskutieren. Nicht nur die Vertreter der Hochschulen und die Verbandsvertreter sind zu einem Gespräch bereit, auch der RCDS und alle anderen Bildungsschaffenden in der Union. – Vielen Dank.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächste hat das Wort Frau Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn und dann kann sich Frau Ingrid Blank aus Baden-Württemberg vorbereiten. – Bitte schön.

Marlies Mosiek-Urbahn: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesfachausschuss für Jugend und Familie hat sich eingehend mit den Bildungspolitischen Leitsätzen befasst und begrüßt grundsätzlich die Ansätze in dem vorliegenden Papier. Allerdings ist er zu der Überzeugung gelangt, dass man mit diesem Entwurf für sich nicht in Anspruch nehmen kann, ausreichend innovativ zu sein. Wir denken, in einigen Ansätze hätte er durchaus fortschrittlicher sein können.

Lassen Sie mich den wichtigsten Punkt herausgreifen: Eine Bildungskonzeption, meine Damen und Herren, die mit dem sechsten Lebensjahr des Kindes beginnt, greift eindeutig zu kurz

und wird europäischen Entwicklungen nicht gerecht. Die Wissenschaft belegt ganz eindeutig, dass die Aufnahme- bzw. Lernfähigkeit der Kinder im Alter unter sechs Jahren am größten ist. Das bedeutet nicht, dass wir uns einen verschulten Kindergarten vorstellen. Das bedeutet aber, dass die Kinder in diesem Alter mehr in die Bildungskonzeption insgesamt einbezogen werden sollten.

In den Bildungspolitischen Leitsätze wurde dieses Thema lediglich in Leitsatz 26 unter dem Blickwinkel thematisiert, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kindertagesstätten besser verzahnt werden muss. Dies, denke ich, greift schlicht zu kurz. Eine Bildungskonzeption muss mit der Geburt des Kindes und in den Familien beginnen und den Übergang des Kindes in frühpädagogische Einrichtungen einbeziehen.

Insofern sollte versucht werden, in den Leitantrag den vorschulischen Bereich als expliziten Bestandteil der Bildungskonzeption aufzunehmen. Nicht die Schule allein legt die Grundlagen für lebenslanges Lernen, sondern der gesamte Bildungsbereich. Dazu gehört auch der vorschulische Bereich.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass das Bild vom Kind, das diesem Entwurf zugrunde liegt, sich nicht mit der gegenwärtigen Kindheitsforschung in Einklang bringen lässt. Es wird in dem vorliegenden Papier zu wenig berücksichtigt, dass das Kind eine Stellung als Subjekt haben müsste und keine Stellung als Objekt haben darf. Es ist von zentraler Bedeutung, dem Kind den Status des Subjektes im Bildungswesen zuzuerkennen und als solches auch die Bildungskonzeption zu verstehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir vom lebenslangen Lernen sprechen, müssen wir die Grundlagen dieses lebenslangen Lernens bereits viel früher ansetzen. Auch hier schlägt sich wieder nieder, dass dieses Konzept schon vor dem sechsten Lebensjahr hätte greifen müssen, und ich wünschte mir, dass die Anträge des Bundesfachausschusses in diesem Sinne mit eingearbeitet würden und Aufnahme finden würden. Es muss deutlich werden, dass sich die Fähigkeiten zum lebenslangen Lernen auf der Plattform wesentlicher Basiskompetenzen entwickeln, und hierunter fallen eben genau die Kompetenzen, die es vorrangig im Vorschulalter zu vermitteln gilt.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, den Fremdsprachenerwerb. Hier war die Rede davon, Fremdsprachenerwerb ab der ersten Schulklasse zu fordern. Ich meine hingegen, dass der Fremdsprachenerwerb bereits im Vorschulalter beginnen müsste. Natürlich weiß ich, wie schwer die Umsetzung dessen in der Realität ist, und ich weiß, welche Anstrengungen die hessische Landesregierung, insbesondere meine Kollegin Wolff als Kultusministerin, in Hessen unternimmt, um überhaupt einmal eine Halbtagsschule zu gewährleisten; aber wir sind hier nicht dabei, ein Regierungskonzept zu verabschieden, sondern beschließen die Leitlinien der CDU, und insofern ist es unsere Aufgabe, über das, was heute realisierbar ist, hinauszugehen und diese Ansätze mit einzubeziehen.

Ich bin der Auffassung, ein emotionaler, ein situativer Zugang zum Sprachenerwerb ist sehr erfolgversprechend und sollte in dieses Konzept mit einbezogen werden. Das heißt, dass wir die Forderung aufstellen müssen, den Fremdsprachenerwerb schon in die Vorschule mit aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, in dem Leitpapier wird in Ziffer 5 der Anspruch gestellt, dass wir die modernste Gesellschaft in Europa werden. Wenn wir uns unsere Nachbarländer anschauen, stellen wir fest, dass all dies, was ich Ihnen vorgetragen habe, selbstverständlicher Bestandteil der Bildungspolitik ist. Ich bin mir ganz sicher, dass wir in einigen Jahren wieder zusammentreten werden und genau darüber befinden werden, ob wir das nicht in unsere Bildungspolitik aufnehmen müssen. Warum vertun wir die Chance und nehmen diese Ansätze nicht bereits heute auf? – Vielen Dank.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Frau Ingrid Blank, MdL aus Baden-Württemberg.

Ingrid Blank: Meine sehr verehrten lieben Delegierten! Ich bin Frau Dr. Schavan außerordentlich dankbar für den Hinweis, dass Bildung nicht auf die reine Vermittlung von Wissen reduziert werden darf, sondern immer etwas, wie sie es so schön gesagt hat, mit Herzensbildung zu tun hat. Die Schule ist zuständig für die Bildung, das heißt, für die Vermittlung von Wissen, aber die Familie ist immer noch zuständig für die Herzensbildung, ist in der Gesellschaft für die Vermittlung von Werten zuständig.

Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, die Fähigkeit, mit Niederlagen umzugehen, Höflichkeit, aber auch Selbstbewusstsein vermittelt eben nicht die Bildungseinrichtung, sondern die Familie, obgleich ich der Auffassung bin, dass den Bildungseinrichtungen, angefangen beim Kindergarten, wie die Frau Ministerin eben ausgeführt hat, in Zukunft eine höhere Kompetenz eingeräumt werden muss. Wir als CDU haben die Pflicht, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass unsere Bildungseinrichtungen ihren Bildungsauftrag wahrnehmen können; wir haben aber auch die Pflicht, unsere Familien mit Rahmenbedingungen auszustatten, die es ihnen erlauben, ihren Erziehungsauftrag wahrzunehmen.

Kinder- und familienfreundliche Kindergartenzeiten, die verlässliche Grundschule und – so möchte ich es einmal nennen – ganztagsbetreute Ganztagsschulen, das ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Wie notwendig eine Betreuung in der Grundschule ist, sieht man daran, dass unsere Grundschulen in Baden-Württemberg mittlerweile zu 80 Prozent eine zusätzliche Betreuung an der Schule anbieten. Ich glaube, das sind Dinge, die wir heute mit diesem Papier für die Zukunft festschreiben sollten, auch wenn wir sehr wohl wissen – das hat Frau Mosiek-Urbahn auch gesagt -, dass es im Augenblick vielleicht noch Schwierigkeiten mit der Umsetzung gibt. Eine Vorreiterrolle sollten wir als Christdemokraten aber übernehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es spricht jetzt Frau Ministerin Karin Wolff.

Karin Wolff: Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es beachtlich, dass es uns in einem heutigen Papier – und zwar auch verstanden als Auftakt für die künftigen Beratungen – gelingen kann, das wieder näher zusammenzubringen, was

im Moment in unserer Gesellschaft noch als gegensätzlich diskutiert wird. Dafür will ich zwei Beispiele nennen.

Das eine Beispiel ist, dass wir – ganz wesentlich auch unter Mitwirkung der Industrie – Inhalte und so genannte Schlüsselqualifikationen immer mehr auseinander gehalten haben. Viele haben immer wieder gesagt: Schlüsselqualifikationen sind ganz wichtig, und die Inhalte, an denen sie gelernt werden, sind eigentlich nachrangig. Ich glaube, wir müssen dem heftig widersprechen und dafür eintreten, dass – und dafür ist das Papier ein Beleg – an systematisch sich entwickelnden Inhalten auch Schlüsselqualifikationen entwickelt werden, auch Methodenkompetenz, auch Medienkompetenz, also nicht ohne Inhalte. Wir müssen wieder auf konsistente Inhalte achten und daran die Instrumente knüpfen, die dafür wichtig sind, dass man in der Lage ist, lebenslanges Lernen tatsächlich gestalten zu können. Man muss die Technik dafür haben, und man muss auch die innere Haltung dafür haben, immer neugierig zu bleiben, immer Fragen stellen zu wollen und immer neu zu lernen und neue Lösungen zu suchen. Das halte ich für ein ganz wesentliches Prä in diesem Papier.

Zu meinem zweiten Beispiel: Es wird in der Gesellschaft, gerade auf der linken Seite, immer wieder auseinander gehalten: hie Wissensvermittlung, Faktenvermittlung, dort Betreuung, Erziehung und Wertevermittlung. Meine lieben Freunde, das ist völlig falsch! Ich denke, dass es uns mit diesem Papier gelingen wird, auch das wieder zusammenzubringen. Wir müssen beides zusammen diskutieren, müssen an den Inhalten auch über Werte und über Grundlagen diskutieren, damit wir Potenziale der Inhalte auch für Erziehung entwickeln.

Wenn wir beispielsweise die aktuelle Diskussion über Gewalt und Radikalismus betrachten, dann brauchen wir nur zu analysieren, was in den einzelnen Fächern an Potenzialen steckt, um präventiv zu wirken, und zwar sowohl vom Inhalt her als auch von der Person des Lehrers oder der Lehrerin her. Deswegen muss es, so glaube ich, zu einem neuen Einvernehmen und auch zu einer neuen Zusammenarbeit kommen, und wir müssen darüber reden, wie wir zu einer solchen Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern kommen. Ich denke, dass wir etwa mit dem Mittel des Erziehungsvertrages weiterkommen könnten, um diese Möglichkeit als eine neben anderen zu gestalten.

Lassen Sie uns das heutige Papier als Auftakt dazu nehmen, dass wir über diese Fragen weiter und auch noch konkreter nachdenken. Wir müssen Lösungsansätze finden, damit es uns gelingt, dass wir unabhängig von der wirtschaftlichen Konjunktur und unabhängig von tagesaktuellen Forderungen aus der Wirtschaft dazu beitragen und es schaffen, dass junge Leute eine Bildung bekommen, Wissensvermittlung bekommen und persönliche Haltungen vermittelt bekommen, mit denen sie in dieser Gesellschaft bestehen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat nun Thomas Rachel, MdB, Nordrhein-Westfalen.

Thomas Rachel: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Der erste Redner, der hier vorhin in der Debatte ans Rednerpult gegangen ist, war Carsten Schwarz. Er ist der Bundesvorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Ich möchte die Gelegen-

heit nutzen, den Freunden vom RCDS einmal unseren ganz herzlichen Dank für die Arbeit auszusprechen, die sie an den Hochschulen leisten.

(Beifall)

Ich denke, es ist nur verständlich, dass sich gerade die Studierenden, die aus der Union kommen, in diese Diskussion ganz engagiert einbringen. Natürlich tun sie sich gerade beim Thema „Studiengebühren" ganz besonders schwer, wenn es darum geht, die Bedenken einzubringen, die es in dieser Hinsicht im Alltag der Universitäten und der Fachhochschulen gibt.

Deshalb sage ich ganz offen, dass ich persönlich froh darüber bin, dass wir hier heute nicht einfach Studiengebühren fordern; denn einfache Antworten helfen uns nicht weiter. Wir müssen uns die Mühe machen, uns den anstehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit den Veränderungen der Hochschulen und auch mit ihrer Finanzierung zu stellen; wir müssen uns damit sachlich auseinandersetzen, und in diesem Zusammenhang biete ich auch Ihnen, Frau Schavan, die Zusammenarbeit mit den Bildungspolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an.

Wir als Bildungspolitiker der Unionsfraktion haben in der Vergangenheit – und tun das auch weiter – unsere Wissenschaftsminister unterstützt, und die Wissenschaftsminister der CDU haben in der Kultusministerkonferenz eine Vereinbarung mit allen Kultusministern getroffen. In dieser Vereinbarung haben die Kultusminister unterschrieben, dass das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss in der Regelstudienzeit mit Karenzzeit von vier Semestern grundsätzlich gebührenfrei bleiben soll. Ich denke, das ist eine gute Grundlage. Gleichzeitig wird gesagt, dass Langzeitstudierende, wie es in Baden-Württemberg zur Zeit gemacht wird, sehr wohl Gebühren zahlen müssen. Auch diejenigen, die ein Zweitstudium aufnehmen, müssen eine Studiengebühr zahlen. Das gilt aber eben nicht für die Regelstudienzeit.

Warum ist das so wichtig, und warum ist das nicht nur ein Finanzthema, das die Finanzpolitiker interessieren könnte? Die Antwort: weil es auch etwas über die soziale Kompetenz der CDU/CSU aussagen wird. Wir haben uns vor Augen zu führen, dass von 100 Kindern aus einkommensschwachen Familien nur acht den Weg an die Hochschulen finden, dass aber von 100 Kindern aus den einkommensstarken Familien 72 diesen Weg finden. Das zeigt, dass es schon heute große Barrieren gibt, an die Hochschulen zu kommen. Wir sind jedoch der Meinung, die Auslese der Besten an unseren Hochschulen und zu unseren Hochschulen muss nach der Leistungsfähigkeit und dem Leistungswillen der Einzelnen erfolgen, nicht nach dem Portemonnaie der Eltern zu Hause.

(Beifall)

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Schavan, wir möchten gemeinsam mithelfen, Leistung und Leistungsbewertung nicht nur bei den Studierenden einzubringen, sondern selbstverständlich auch bei den Professoren an den Hochschulen. Deswegen sind wir dafür, dass es eine stärker leistungsorientierte Besoldung der Professoren gibt. Nicht mehr allein das Älterwerden in den Dienstaltersstufen soll ein höheres Gehalt bringen, sondern der persönliche Einsatz des Professors in Forschung und Lehre soll bewertet werden.

Das Geld aus dem Wegfall der Dienstaltersstufen soll genutzt werden, um Leistung in Forschung und Lehre zu finanzieren. Das ist ein leistungsorientiertes Hochschulbesoldungssystem, wie wir es uns vorstellen.

(Beifall)

Wenn wir aber hochqualifizierte Praktiker für die Hochschulen gewinnen wollen, dann reicht es nicht, dass wir so weitermachen wie bisher. Wir schlagen vor, dass die C2-Besoldung für die Fachhochschulen wegfällt und dass statt dessen einheitlich eine C3-Eingangsbesoldung für die Fachhochschulen und die Universitäten eingeführt wird. Wir wollen aber gleichzeitig, dass die Universitäten weiterhin den höher besoldeten C4-Professor haben können, weil die Universitäten im Unterschied zu den Fachhochschulen die wissenschaftliche Nachwuchsförderung betreiben. Denken Sie etwa an die Leiter von Universitätskliniken; das sind Persönlichkeiten, die einen großen Verantwortungs- und Aufgabenbereich haben. Solchen Professoren, die eine Universitätsklinik leiten, und anderen müssen wir ein angemessenes Gehalt anbieten, damit wir sie für solche Aufgaben gewinnen können.

Deswegen sage ich hier ganz klar: Die Vorschläge von Bildungsministerin Bulmahn, Eingangsstufen von 7000 und 8000 DM anzubieten, sind eine Ohrfeige für alle fleißigen Professoren in diesem Lande.

(Beifall)

Diese Mindestbeträge sind definitiv zu niedrig. Damit Sie dafür ein Gefühl haben: Sie entsprechen dem Gehalt eines Oberregierungsrates und eines Regierungsdirektors. Sie schrecken den qualifizierten Nachwuchs von einer Hochschullaufbahn ab. Das werden wir als Unionsfraktion im Deutschen Bundestag nicht mitmachen.

(Beifall)

Die Vorschläge von Frau Bulmahn laufen auf eine Gehaltskürzung für den bedeutenden Teil der Professoren in Deutschland hinaus. Wir müssen uns endlich dazu bekennen, dass wir in Deutschland Eliten brauchen, und Eliten sind eben nicht zum Nulltarif zu bekommen.

(Beifall)

Lassen Sie mich einen letzten Aspekt ansprechen: Diejenigen, die in Deutschland Professor werden, sind, bis sie es werden, zu alt. Heutzutage ist jemand über 40 Jahre alt, bevor er als Professor in Amt und Würden kommt. Wer es nachher nicht schafft, berufen zu werden, gerät in eine Altersfalle und steht beruflich und persönlich vor dem Aus.

Wir möchten gerne, dass die Erstberufung der Professoren bis Mitte 30 erfolgt, und deswegen unterstützen wir den Gedanken, Juniorprofessuren einzuführen. Wir sagen allerdings im Unterschied zu Frau Bulmahn ganz deutlich: Juniorprofessuren machen in den Fächern Sinn, in denen die Habilitation ihre Bedeutung längst verloren hat. Das gilt im Bereich der Ingenieurwissenschaften; dort braucht man die Habilitation längst nicht mehr.

Es gibt aber andere Fächer, in denen die Habilitation in der Vergangenheit die wissenschaftliche Qualifikation bewiesen hat, etwa Jura und die Geisteswissenschaften. Der Philosoph

muss seine Qualifikation durch die Habilitationsschrift beweisen, und die Habilitation in diesen Fächern hat zum Qualitätsniveau Deutschlands im internationalen Vergleich beigetragen. Deswegen sind wir gegen eine generelle Abschaffung der Habilitation in Deutschland.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, wir möchten Reformdruck in die Universitäten hineinbringen. Wir wollen aber nicht, dass bei der Dienstrechtsreform auf dem Rücken der Professoren gespart wird. Wir sind für die Einführung der Juniorprofessur, aber gegen die ideologisch motivierte Abschaffung der Habilitation für alle Fächer. Wir sollten mit einem differenzierten Konzept den Wettbewerb um die besseren Ideen in der Bildungspolitik antreten. Gemeinsam packen wir es! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. – Das Wort hat jetzt Dr. Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bildungsfragen sind Fragen, die in der Zuständigkeit der Länder liegen. Das weiß man, wenn man einmal Bundesbildungsminister war. Deshalb gibt es für diese Debatte auch sehr, sehr unterschiedliche Ausgangspositionen. Da gibt es Länder wie Baden-Württemberg, die seit Jahren, ja seit Jahrzehnten von der CDU regiert werden und die deshalb den meisten Unsinn, der in den 70er Jahren aufgekommen ist, nicht umgesetzt haben. Deshalb haben diese Länder und die Schülerinnen und Schüler und die Studentinnen und Studenten dieser Länder bei den internationalen Untersuchungen gute Ergebnisse.

Dann gibt es andere Länder, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, die leider seit Jahren von der SPD regiert werden und unter einer ideologischen Schul- und Bildungspolitik leiden.

Das sage ich deshalb, weil sich jeder, der über Bildungspolitik redet, darüber klar sein muss, dass es hier einen Wettbewerb zwischen den Ländern gibt. Ich kann mich noch gut an die Gespräche mit dem damaligen bayerischen Schulminister Zehetmair erinnern, der, wenn ich darum geworben habe, Veränderungen auf Bundesebene für alle Länder anzupacken, immer sagte: Wie komme ich dazu, irgend etwas zu verändern? Ich habe einen Wettbewerbsvorteil, und mich interessiert nicht, wie das bei euch ist.

Liebe Freunde, warum stelle ich das fest? Zum einen deshalb, weil ich das Ergebnis der Arbeit der Kommission unter der Kollegin Schavan ungeheuer beeindruckend finde; zum anderen aber auch deshalb, weil dieses Arbeitsergebnis aus meiner Sicht der Dinge an der einen oder anderen Stelle zwangsläufig Kompromisscharakter haben muss, so dass ich davon ausgehe, dass wir an der einen oder der anderen Stelle weiter werden diskutieren müssen, und zwar natürlich in den Ländern, um landesspezifische Antworten zu finden, aber auch im Hinblick auf die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte.

Dazu möchte ich ganz kurz drei Punkte nennen. Erstens. Die Industriegesellschaft geht zu Ende, die Wissensgesellschaft kommt. Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Haben wir eigentlich schon verstanden, was das bedeutet? Es ist gut, wenn die CDU in

Deutschland die Bedeutung von Bildung herausstreicht, aber während wir hier beraten, forschen auf diesem Globus genau so viele Forscher wie in den vergangenen 2000 Jahren Menschheitsgeschichte zusammengenommen. Jeden Tag erscheinen 20 000 wissenschaftliche Aufsätze. Das Wissen der Menschheit verdoppelt sich alle fünf bis sieben Jahre. Ich glaube, dass wir immer noch den Fehler machen, zu versuchen, alles Wissen dieser Welt möglichst in die Erstausbildung hineinzubekommen. Immer wenn irgendwo etwas Neues erfunden worden ist, immer wenn es irgendwo neues Wissen gibt, geht sofort die Suche los: Wie, bitte schön, kriegen wir das jetzt in die Erstausbildung hinein? Mir scheint, hier liegt der Grund, warum man zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen nicht mehr sicher sein kann, dass jeder Absolvent einer Schule dieses Landes rechnen, schreiben und lesen kann. Unsere Kinder sind auch nicht dümmer als die in Bayern, aber dieses Zugepflastertsein mit dauernd neuem Wissen führt dazu, dass man das Eigentliche, nämlich die Kernqualifikationen, in der Schule zu wenig lernt. Das müssen wir jetzt einmal anpacken: weg mit den Details, hin zur Allgemeinbildung.

(Beifall)

Das führt mich zum zweiten Punkt: Was für einen Begabungsbegriff legen wir eigentlich Zugrunde? Liebe Freunde, ich habe im Zusammenhang mit unserer Landtagswahl einmal untersuchen lassen, was nach Ansicht der Leute CDU-Bildungspolitik ausmacht. Einmal unabhängig von der erschreckenden Tatsache, dass sich nur 23 Prozent der Bevölkerung für diese Fragen interessieren, und zwar meistens diejenigen, die entweder dort arbeiten oder gerade ihre Kinder dort haben, vielleicht auch noch die Großeltern – sobald man nichts mehr damit zu tun hat, interessiert einen das Thema dann nicht mehr -, unabhängig also von dieser schlimmen Tatsache sind die Begriffe, die den Menschen einfallen, folgende: Die CDU ist für Elitenbildung, die CDU ist gegen die Gesamtschule, und die CDU ist für mehr Leistung. – Nun wäre theoretisch gegen keinen dieser Sätze etwas zu sagen, wenn die Eltern nicht gleichzeitig irgendwo schizophren wären, denn die Haltung der Eltern ist meistens die – übrigens auch in CDU-Versammlungen, wenn man für die Forderung nach mehr Leistung viel Applaus bekommt -: Jawohl, nur die Besten sollen Abitur machen – und mein Kind.

Wenn man das weiß und auch weiß, dass einer der großen Unterschiede etwa zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen darin liegt, dass in Bayern 28 Prozent eines Jahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung bekommen, in Nordrhein-Westfalen aber 44,5 Prozent, dann können Sie auf jedem Zehnmarkschein – da ist nämlich die Gauß'sche Normalverteilungskurve drauf – feststellen, warum die Unterschiede so sind, wie sie sind. Wenn ich weniger Leute zum Hochschulstudium führe, habe ich nach dieser Gauß'schen Normalverteilungskurve zunächst einmal automatisch bessere Ergebnisse, als wenn ich fast die Hälfte eines Jahrgangs dahin bringe.

Wenn das aber so ist, müssen wir eben nicht nur Spitzenausbildung fordern. Die brauchen wir natürlich, ganz sicher. Aber ich glaube, ein Markenzeichen der CDU-Bildungspolitik muss dann auch sein, dass wir uns mehr um die praktisch Begabten kümmern. Immer noch machen 70 Prozent jedes Jahrgangs eine Lehre, kein Hochschulstudium, und für die tun wir zu wenig. Das ist zumindest meine Auffassung.

(Beifall)

Wir machen mit diesem Papier einen ungeheuren Fortschritt. Wir bringen nämlich das, was wir sagen, und das, was wir jetzt in der Bildungspolitik tun wollen, in Übereinstimmung. Wenn wir über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen, ist das eben nicht glaubwürdig, wenn man sich als junge Mutter nicht darauf verlassen kann, wann die Kinder nach Hause kommen. Deswegen finde ich es richtig, dass wir ein klares Wort zur Ganztagsschule sagen, dass wir uns für die Ganztagsschule aussprechen. Aber, liebe Freunde, dann wollen wir auch einmal sehen, wann wir anfangen, das systematisch umzusetzen. In Nordrhein-Westfalen will die SPD die Schulkinder jetzt in die Kindergärten hineinbringen, die wegen des Pillenknicks demnächst etwas leerer sind. Sie will sie dort nachmittags betreuen. Das ist der falsche Weg! Es geht nicht nur um Betreuung, sondern es geht um Ganztagsschule, und Schule hat etwas mit Wissen zu tun, nicht nur mit der Versorgung mit Essen und mit einer entsprechenden Aufsicht am Nachmittag. Es ist wichtig, dass wir das deutlich machen.

(Beifall)

Damit sind wir beim letzten Punkt, bei der Frage der Finanzierung. Das, was wir heute beschließen, wird glaubwürdig werden, wenn wir es auch umsetzen. Das, liebe Freunde, ist nicht nur eine Frage danach, ob man irgendwo die Landesregierung stellt oder nicht. Wir in Nordrhein-Westfalen haben jetzt in einem ganz großen Teil der Kommunen die Mehrheit. Da geht es dann nicht nur um Landespolitik, sondern da geht es beispielsweise ganz konkret um die Frage, dass die Schulen – so ist das leider bei uns, und ich höre, dass es in anderen Ländern teilweise auch so ist, nämlich immer da, wo die SPD regiert – in einem baulichen und Ausstattungszustand sind, der unerträglich ist. Teilweise ist das ein Zustand, zu dem man sagen muss: Wären es Firmen, würde das Gewerbeaufsichtsamt sie sofort schließen. Wir aber sagen, da sollen unsere Kinder zu bildungsbewussten und für die Zukunft fit gemachten Menschen herangezogen werden.

Deshalb erwarte ich, dass unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen jetzt, in diesen Jahren, trotz aller Finanzprobleme etwas tun, um diesen Zustand zu verändern. Genauso erwarte ich und kämpfe dafür, dass wir in Nordrhein-Westfalen mehr Lehrer einstellen. – Ich sehe den Kollegen Rößler, der das andere Problem hat: Er hat teilweise noch das Problem, dass er abbauen muss. Aber dort, wo es notwendig ist, müssen wir uns jetzt einfach dazu durchringen, mehr Geld in die Hand zu nehmen. All das, was wir hier machen, wird nur glaubwürdig, wenn unsere Beschlüsse in der konkreten Wirklichkeit auch mit mehr Geld, das heißt durch Prioritätensetzung, ehrlich umgesetzt werden. Ich möchte an Sie appellieren, dass wir das dann auch konkret tun.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Jürgen Rüttgers! – Das Wort hat jetzt Christoph Böhr.

Christoph Böhr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erwin Teufel hat heute Morgen von den Schäden sozialdemokratischer Bildungspolitik gesprochen. Wer sich solche Schäden einmal ansehen will, kann nach Nordrhein-Westfalen gehen – Jürgen Rüttgers hat dafür eben eindrucksvolle Beispiele geliefert -, er kann aber auch nach Rheinland-Pfalz kommen. In Rheinland-Pfalz ist es der SPD innerhalb von neun Jahren gelungen, trotz

steigender Schülerzahlen sage und schreibe 2700 Lehrerstellen einzusparen – mit der Folge, dass seit Jahresfrist an rheinland-pfälzischen Schulen Woche für Woche 30 000 Unterrichtsstunden ausfallen. In Baden-Württemberg werden über 5000 Lehrer neu eingestellt; in Rheinland-Pfalz wurden 2700 Lehrerstellen gestrichen. Das ist der Unterschied zwischen christlich-demokratischer und sozialdemokratischer Bildungspolitik!

(Beifall)

Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt nicht ohne Folgen. Die großen Ferien in Rheinland-Pfalz gingen im August dieses Jahres zu Ende. Die Schulleiter wussten nicht, wie sie die Stundenpläne aufstellen sollten. Es fehlten Lehrer an den Schulen. Dann war es mehr als einmal so, dass für zwei Grundschulklassen ein Klassenlehrer vorgesehen war. Die Schulleiter, völlig auf sich allein gestellt und von der Landesregierung allein gelassen, haben dann entschieden, dass die eine Grundschulklasse an den geraden Tagen und die andere Grundschulklasse an den ungeraden Tagen in die Schule kommt. So, meine Damen und Herren, ruiniert man die Zukunftschancen junger Menschen in einem Land!

(Beifall)

Deswegen finde ich es gut, dass wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen. Bildungspolitik muss, so wie es hier an der Wand steht, wieder zu einem Markenzeichen christlich-demokratischer Politik in Deutschland werden.

(Beifall)

Sehen wir uns im Reigen der Bundesländer um; Jürgen Rüttgers hat ja ganz zu Recht vom Wettbewerb der Bundesländer gesprochen. Unser heutiges Thema befindet sich ja bis jetzt in der Zuständigkeit und in der Verantwortung der Landesregierungen, und wenn wir uns also im Reigen der Bundesländer umsehen, stellen wir fest, dass überall dort, wo Sozialdemokraten in Deutschland in den Kommunen oder in den Ländern regieren, die Bildungspolitik längst auf den Hund gekommen ist. Das müssen wir als Christdemokraten ändern!

(Beifall)

In Rheinland-Pfalz erleben wir bis heute, dass junge Lehrerinnen und Lehrer, die gerne voller Idealismus in ihren Job gehen würden, mit befristeten Zweidrittel-Angestelltenverhältnissen abgespeist werden. In Baden-Württemberg, im Saarland und in Hessen bekommen sie ganz selbstverständlich eine volle Planstelle als Lebenszeitbeamte. Es ist ja dann keine Frage, wohin sie gehen. Aus einem Land, in dem früher Bernhard Vogel zehn Jahre lang Kultusminister war, werden heute junge Lehrer systematisch in andere Bundesländer verjagt. Das ist eine Schande für die Sozialdemokraten und für die Bildungspolitik in der Hand von Sozialdemokraten.

(Beifall)

Deshalb finde ich es richtig, dass wir heute Schwerpunkte setzen, und zwar auch in dieser Frage: Im Blick auf eine Diskussion, die heute morgen über den Zusammenhang zwischen Bildungspolitik auf der einen Seite und Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite geführt wurde, was die Qualität von Bildung und Ausbildung anlangt, stellt sich die Frage nach den Arbeits-

plätzen von morgen in einer Gesellschaft, die sich in einem Wandel befindet, wie wir ihn gerade erleben. Das gilt, meine Damen und Herren, aber auch im Blick auf einen ganz anderen Zusammenhang, und das ist dann die letzte Bemerkung, die ich machen will: Bildungspolitik darf natürlich nicht nur im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik gesehen werden. Bildungspolitik ist mehr, als dass sie sozusagen nur einer erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zuarbeitet. Immer dann, wenn in Deutschland etwas Schlimmes passiert – und jetzt denke ich an schlimme Ereignisse der letzten Wochen und Monate -, wie ist dann unsere Reaktion? Unsere Reaktion ist, dass wir uns parteiübergreifend empören, dann stimmen wir ein in den Ruf nach der Verantwortung von Familie und Schule, wir appellieren an den Erziehungsauftrag von Familie und Schule und sagen, wir müssen, um solche schlimmen Ereignisse in Deutschland in Zukunft unmöglich zu machen, die Erziehungskraft von Familie und Schule stärken. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Erziehungskraft von Familie und Schule stärken, aber es darf nicht bei diesem Appell bleiben, sondern die Politik muss auch dafür sorgen, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Familie und Schule ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen können, weil sonst alles ein Lippenbekenntnis bleibt.

(Beifall)

Deswegen sind Fragen wie die nach der Unterrichtsversorgung, die nach der Beseitigung des Lehrermangels und die nach der Qualität von Bildung und Ausbildung für unsere ganze Gesellschaft so entscheidende Fragen. Wenn Schulen ausbluten, wenn Unterricht ausfällt, wenn Lehrer verjagt werden, kann die Schule ihrem Erziehungsauftrag beim besten Willen nicht nachkommen. Wenn Sie dann einen Ministerpräsidenten haben, der die Schuld auf die angeblich faulen Lehrer schiebt – Annette Schavan hat ja in ihrer Einführung von diesem Thema gesprochen -, dann sieht man, wie unfähig Sozialdemokraten sind, in der Bildungspolitik wirklich Richtungweisendes zu schaffen. Bildungspolitik ist in den Händen von Sozialdemokraten das fünfte Rad am Wagen der Politik.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir vom lebenslangen Lernen sprechen, müssen wir die Grundlagen dieses lebenslangen Lernens bereits viel früher ansetzen. Auch hier schlägt sich wieder nieder, dass dieses Konzept schon vor dem sechsten Lebensjahr hätte greifen müssen, und ich wünschte mir, dass die Anträge des Bundesfachausschusses in diesem Sinne mit eingearbeitet würden und Aufnahme finden würden. Es muss deutlich werden, dass sich die Fähigkeiten zum lebenslangen Lernen auf der Plattform wesentlicher Basiskompetenzen entwickeln, und hierunter fallen eben genau die Kompetenzen, die es vorrangig im Vorschulalter zu vermitteln gilt.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, den Fremdsprachenerwerb. Hier war die Rede davon, Fremdsprachenerwerb ab der ersten Schulklasse zu fordern. Ich meine hingegen, dass der Fremdsprachenerwerb bereits im Vorschulalter beginnen müsste. Natürlich weiß ich, wie schwer die Umsetzung dessen in der Realität ist, und ich weiß, welche Anstrengungen die hessische Landesregierung, insbesondere meine Kollegin Wolff als Kultusministerin, in Hessen unternimmt, um überhaupt einmal eine Halbtagsschule zu gewährleisten; aber wir sind hier nicht dabei, ein Regierungskonzept zu verabschieden,

sondern beschließen die Leitlinien der CDU, und insofern ist es unsere Aufgabe, über das, was heute realisierbar ist, hinauszugehen und diese Ansätze mit einzubeziehen.

Ich bin der Auffassung, ein emotionaler, ein situativer Zugang zum Sprachenerwerb ist sehr erfolgversprechend und sollte in dieses Konzept mit einbezogen werden. Das heißt, dass wir die Forderung aufstellen müssen, den Fremdsprachenerwerb schon in die Vorschule mit aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, in dem Leitpapier wird in Ziffer 5 der Anspruch gestellt, dass wir die modernste Gesellschaft in Europa werden. Wenn wir uns unsere Nachbarländer anschauen, stellen wir fest, dass all dies, was ich Ihnen vorgetragen habe, selbstverständlicher Bestandteil der Bildungspolitik ist. Ich bin mir ganz sicher, dass wir in einigen Jahren wieder zusammentreten werden und genau darüber befinden werden, ob wir das nicht in unsere Bildungspolitik aufnehmen müssen. Warum vertun wir die Chance und nehmen diese Ansätze nicht bereits heute auf? – Vielen Dank.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Frau Ingrid Blank, MdL aus Baden-Württemberg.

Ingrid Blank: Meine sehr verehrten lieben Delegierten! Ich bin Frau Dr. Schavan außerordentlich dankbar für den Hinweis, dass Bildung nicht auf die reine Vermittlung von Wissen reduziert werden darf, sondern immer etwas, wie sie es so schön gesagt hat, mit Herzensbildung zu tun hat. Die Schule ist zuständig für die Bildung, das heißt, für die Vermittlung von Wissen, aber die Familie ist immer noch zuständig für die Herzensbildung, ist in der Gesellschaft für die Vermittlung von Werten zuständig.

Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, die Fähigkeit, mit Niederlagen umzugehen, Höflichkeit, aber auch Selbstbewusstsein vermittelt eben nicht die Bildungseinrichtung, sondern die Familie, obgleich ich der Auffassung bin, dass den Bildungseinrichtungen, angefangen beim Kindergarten, wie die Frau Ministerin eben ausgeführt hat, in Zukunft eine höhere Kompetenz eingeräumt werden muss. Wir als CDU haben die Pflicht, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass unsere Bildungseinrichtungen ihren Bildungsauftrag wahrnehmen können; wir haben aber auch die Pflicht, unsere Familien mit Rahmenbedingungen auszustatten, die es ihnen erlauben, ihren Erziehungsauftrag wahrzunehmen.

Kinder- und familienfreundliche Kindergartenzeiten, die verlässliche Grundschule und – so möchte ich es einmal nennen – ganztagsbetreute Ganztagsschulen, das ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Wie notwendig eine Betreuung in der Grundschule ist, sieht man daran, dass unsere Grundschulen in Baden-Württemberg mittlerweile zu 80 Prozent eine zusätzliche Betreuung an der Schule anbieten. Ich glaube, das sind Dinge, die wir heute mit diesem Papier für die Zukunft festschreiben sollten, auch wenn wir sehr wohl wissen – das hat Frau Mosiek-Urbahn auch gesagt -, dass es im Augenblick vielleicht noch Schwierigkeiten mit der Umsetzung gibt. Eine Vorreiterrolle sollten wir als Christdemokraten aber übernehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es spricht jetzt Frau Ministerin Karin Wolff.

Karin Wolff: Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es beachtlich, dass es uns in einem heutigen Papier – und zwar auch verstanden als Auftakt für die künftigen Beratungen – gelingen kann, das wieder näher zusammenzubringen, was im Moment in unserer Gesellschaft noch als gegensätzlich diskutiert wird. Dafür will ich zwei Beispiele nennen.

Das eine Beispiel ist, dass wir – ganz wesentlich auch unter Mitwirkung der Industrie – Inhalte und so genannte Schlüsselqualifikationen immer mehr auseinander gehalten haben. Viele haben immer wieder gesagt: Schlüsselqualifikationen sind ganz wichtig, und die Inhalte, an denen sie gelernt werden, sind eigentlich nachrangig. Ich glaube, wir müssen dem heftig widersprechen und dafür eintreten, dass – und dafür ist das Papier ein Beleg – an systematisch sich entwickelnden Inhalten auch Schlüsselqualifikationen entwickelt werden, auch Methodenkompetenz, auch Medienkompetenz, also nicht ohne Inhalte. Wir müssen wieder auf konsistente Inhalte achten und daran die Instrumente knüpfen, die dafür wichtig sind, dass man in der Lage ist, lebenslanges Lernen tatsächlich gestalten zu können. Man muss die Technik dafür haben, und man muss auch die innere Haltung dafür haben, immer neugierig zu bleiben, immer Fragen stellen zu wollen und immer neu zu lernen und neue Lösungen zu suchen. Das halte ich für ein ganz wesentliches Prä in diesem Papier.

Zu meinem zweiten Beispiel: Es wird in der Gesellschaft, gerade auf der linken Seite, immer wieder auseinander gehalten: hie Wissensvermittlung, Faktenvermittlung, dort Betreuung, Erziehung und Wertevermittlung. Meine lieben Freunde, das ist völlig falsch! Ich denke, dass es uns mit diesem Papier gelingen wird, auch das wieder zusammenzubringen. Wir müssen beides zusammen diskutieren, müssen an den Inhalten auch über Werte und über Grundlagen diskutieren, damit wir Potenziale der Inhalte auch für Erziehung entwickeln.

Wenn wir beispielsweise die aktuelle Diskussion über Gewalt und Radikalismus betrachten, dann brauchen wir nur zu analysieren, was in den einzelnen Fächern an Potenzialen steckt, um präventiv zu wirken, und zwar sowohl vom Inhalt her als auch von der Person des Lehrers oder der Lehrerin her. Deswegen muss es, so glaube ich, zu einem neuen Einvernehmen und auch zu einer neuen Zusammenarbeit kommen, und wir müssen darüber reden, wie wir zu einer solchen Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern kommen. Ich denke, dass wir etwa mit dem Mittel des Erziehungsvertrages weiterkommen könnten, um diese Möglichkeit als eine neben anderen zu gestalten.

Lassen Sie uns das heutige Papier als Auftakt dazu nehmen, dass wir über diese Fragen weiter und auch noch konkreter nachdenken. Wir müssen Lösungsansätze finden, damit es uns gelingt, dass wir unabhängig von der wirtschaftlichen Konjunktur und unabhängig von tagesaktuellen Forderungen aus der Wirtschaft dazu beitragen und es schaffen, dass junge Leute eine Bildung bekommen, Wissensvermittlung bekommen und persönliche Haltungen vermittelt bekommen, mit denen sie in dieser Gesellschaft bestehen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat nun Thomas Rachel, MdB, Nordrhein-Westfalen.

Thomas Rachel: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Der erste Redner, der hier vorhin in der Debatte ans Rednerpult gegangen ist, war Carsten Schwarz. Er ist der Bundesvorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den Freunden vom RCDS einmal unseren ganz herzlichen Dank für die Arbeit auszusprechen, die sie an den Hochschulen leisten.

(Beifall)

Ich denke, es ist nur verständlich, dass sich gerade die Studierenden, die aus der Union kommen, in diese Diskussion ganz engagiert einbringen. Natürlich tun sie sich gerade beim Thema „Studiengebühren" ganz besonders schwer, wenn es darum geht, die Bedenken einzubringen, die es in dieser Hinsicht im Alltag der Universitäten und der Fachhochschulen gibt.

Deshalb sage ich ganz offen, dass ich persönlich froh darüber bin, dass wir hier heute nicht einfach Studiengebühren fordern; denn einfache Antworten helfen uns nicht weiter. Wir müssen uns die Mühe machen, uns den anstehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit den Veränderungen der Hochschulen und auch mit ihrer Finanzierung zu stellen; wir müssen uns damit sachlich auseinandersetzen, und in diesem Zusammenhang biete ich auch Ihnen, Frau Schavan, die Zusammenarbeit mit den Bildungspolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an.

Wir als Bildungspolitiker der Unionsfraktion haben in der Vergangenheit – und tun das auch weiter – unsere Wissenschaftsminister unterstützt, und die Wissenschaftsminister der CDU haben in der Kultusministerkonferenz eine Vereinbarung mit allen Kultusministern getroffen. In dieser Vereinbarung haben die Kultusminister unterschrieben, dass das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss in der Regelstudienzeit mit Karenzzeit von vier Semestern grundsätzlich gebührenfrei bleiben soll. Ich denke, das ist eine gute Grundlage. Gleichzeitig wird gesagt, dass Langzeitstudierende, wie es in Baden-Württemberg zur Zeit gemacht wird, sehr wohl Gebühren zahlen müssen. Auch diejenigen, die ein Zweitstudium aufnehmen, müssen eine Studiengebühr zahlen. Das gilt aber eben nicht für die Regelstudienzeit.

Warum ist das so wichtig, und warum ist das nicht nur ein Finanzthema, das die Finanzpolitiker interessieren könnte? Die Antwort: weil es auch etwas über die soziale Kompetenz der CDU/CSU aussagen wird. Wir haben uns vor Augen zu führen, dass von 100 Kindern aus einkommensschwachen Familien nur acht den Weg an die Hochschulen finden, dass aber von 100 Kindern aus den einkommensstarken Familien 72 diesen Weg finden. Das zeigt, dass es schon heute große Barrieren gibt, an die Hochschulen zu kommen. Wir sind jedoch der Meinung, die Auslese der Besten an unseren Hochschulen und zu unseren Hochschulen muss nach der Leistungsfähigkeit und dem Leistungswillen der Einzelnen erfolgen, nicht nach dem Portemonnaie der Eltern zu Hause.

(Beifall)

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Schavan, wir möchten gemeinsam mithelfen, Leistung und Leistungsbewertung nicht nur bei den Studierenden einzubringen, sondern selbstverständlich auch bei den Professoren an den Hochschulen. Deswegen

sind wir dafür, dass es eine stärker leistungsorientierte Besoldung der Professoren gibt. Nicht mehr allein das Älterwerden in den Dienstaltersstufen soll ein höheres Gehalt bringen, sondern der persönliche Einsatz des Professors in Forschung und Lehre soll bewertet werden. Das Geld aus dem Wegfall der Dienstaltersstufen soll genutzt werden, um Leistung in Forschung und Lehre zu finanzieren. Das ist ein leistungsorientiertes Hochschulbesoldungssystem, wie wir es uns vorstellen.

(Beifall)

Wenn wir aber hochqualifizierte Praktiker für die Hochschulen gewinnen wollen, dann reicht es nicht, dass wir so weitermachen wie bisher. Wir schlagen vor, dass die C2-Besoldung für die Fachhochschulen wegfällt und dass statt dessen einheitlich eine C3-Eingangsbesoldung für die Fachhochschulen und die Universitäten eingeführt wird. Wir wollen aber gleichzeitig, dass die Universitäten weiterhin den höher besoldeten C4-Professor haben können, weil die Universitäten im Unterschied zu den Fachhochschulen die wissenschaftliche Nachwuchsförderung betreiben. Denken Sie etwa an die Leiter von Universitätskliniken; das sind Persönlichkeiten, die einen großen Verantwortungs- und Aufgabenbereich haben. Solchen Professoren, die eine Universitätsklinik leiten, und anderen müssen wir ein angemessenes Gehalt anbieten, damit wir sie für solche Aufgaben gewinnen können.

Deswegen sage ich hier ganz klar: Die Vorschläge von Bildungsministerin Bulmahn, Eingangsstufen von 7000 und 8000 DM anzubieten, sind eine Ohrfeige für alle fleißigen Professoren in diesem Lande.

(Beifall)

Diese Mindestbeträge sind definitiv zu niedrig. Damit Sie dafür ein Gefühl haben: Sie entsprechen dem Gehalt eines Oberregierungsrates und eines Regierungsdirektors. Sie schrecken den qualifizierten Nachwuchs von einer Hochschullaufbahn ab. Das werden wir als Unionsfraktion im Deutschen Bundestag nicht mitmachen.

(Beifall)

Die Vorschläge von Frau Bulmahn laufen auf eine Gehaltskürzung für den bedeutenden Teil der Professoren in Deutschland hinaus. Wir müssen uns endlich dazu bekennen, dass wir in Deutschland Eliten brauchen, und Eliten sind eben nicht zum Nulltarif zu bekommen.

(Beifall)

Lassen Sie mich einen letzten Aspekt ansprechen: Diejenigen, die in Deutschland Professor werden, sind, bis sie es werden, zu alt. Heutzutage ist jemand über 40 Jahre alt, bevor er als Professor in Amt und Würden kommt. Wer es nachher nicht schafft, berufen zu werden, gerät in eine Altersfalle und steht beruflich und persönlich vor dem Aus.

Wir möchten gerne, dass die Erstberufung der Professoren bis Mitte 30 erfolgt, und deswegen unterstützen wir den Gedanken, Juniorprofessuren einzuführen. Wir sagen allerdings im Unterschied zu Frau Bulmahn ganz deutlich: Juniorprofessuren machen in den Fächern Sinn, in denen die Habilitation ihre Bedeutung längst verloren hat. Das gilt im Bereich der Ingenieurwissenschaften; dort braucht man die Habilitation längst nicht mehr.

Es gibt aber andere Fächer, in denen die Habilitation in der Vergangenheit die wissenschaftliche Qualifikation bewiesen hat, etwa Jura und die Geisteswissenschaften. Der Philosoph muss seine Qualifikation durch die Habilitationsschrift beweisen, und die Habilitation in diesen Fächern hat zum Qualitätsniveau Deutschlands im internationalen Vergleich beigetragen. Deswegen sind wir gegen eine generelle Abschaffung der Habilitation in Deutschland.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, wir möchten Reformdruck in die Universitäten hineinbringen. Wir wollen aber nicht, dass bei der Dienstrechtsreform auf dem Rücken der Professoren gespart wird. Wir sind für die Einführung der Juniorprofessur, aber gegen die ideologisch motivierte Abschaffung der Habilitation für alle Fächer. Wir sollten mit einem differenzierten Konzept den Wettbewerb um die besseren Ideen in der Bildungspolitik antreten. Gemeinsam packen wir es! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. – Das Wort hat jetzt Dr. Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bildungsfragen sind Fragen, die in der Zuständigkeit der Länder liegen. Das weiß man, wenn man einmal Bundesbildungsminister war. Deshalb gibt es für diese Debatte auch sehr, sehr unterschiedliche Ausgangspositionen. Da gibt es Länder wie Baden-Württemberg, die seit Jahren, ja seit Jahrzehnten von der CDU regiert werden und die deshalb den meisten Unsinn, der in den 70er Jahren aufgekommen ist, nicht umgesetzt haben. Deshalb haben diese Länder und die Schülerinnen und Schüler und die Studentinnen und Studenten dieser Länder bei den internationalen Untersuchungen gute Ergebnisse.

Dann gibt es andere Länder, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, die leider seit Jahren von der SPD regiert werden und unter einer ideologischen Schul- und Bildungspolitik leiden.

Das sage ich deshalb, weil sich jeder, der über Bildungspolitik redet, darüber klar sein muss, dass es hier einen Wettbewerb zwischen den Ländern gibt. Ich kann mich noch gut an die Gespräche mit dem damaligen bayerischen Schulminister Zehetmair erinnern, der, wenn ich darum geworben habe, Veränderungen auf Bundesebene für alle Länder anzupacken, immer sagte: Wie komme ich dazu, irgend etwas zu verändern? Ich habe einen Wettbewerbsvorteil, und mich interessiert nicht, wie das bei euch ist.

Liebe Freunde, warum stelle ich das fest? Zum einen deshalb, weil ich das Ergebnis der Arbeit der Kommission unter der Kollegin Schavan ungeheuer beeindruckend finde; zum anderen aber auch deshalb, weil dieses Arbeitsergebnis aus meiner Sicht der Dinge an der einen oder anderen Stelle zwangsläufig Kompromisscharakter haben muss, so dass ich davon ausgehe, dass wir an der einen oder der anderen Stelle weiter werden diskutieren müssen, und zwar natürlich in den Ländern, um landesspezifische Antworten zu finden, aber auch im Hinblick auf die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte.

Dazu möchte ich ganz kurz drei Punkte nennen. Erstens. Die Industriegesellschaft geht zu Ende, die Wissensgesellschaft kommt. Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Haben wir eigentlich schon verstanden, was das bedeutet? Es ist gut, wenn die CDU in Deutschland die Bedeutung von Bildung herausstreicht, aber während wir hier beraten, forschen auf diesem Globus genau so viele Forscher wie in den vergangenen 2000 Jahren Menschheitsgeschichte zusammengenommen. Jeden Tag erscheinen 20 000 wissenschaftliche Aufsätze. Das Wissen der Menschheit verdoppelt sich alle fünf bis sieben Jahre. Ich glaube, dass wir immer noch den Fehler machen, zu versuchen, alles Wissen dieser Welt möglichst in die Erstausbildung hineinzubekommen. Immer wenn irgendwo etwas Neues erfunden worden ist, immer wenn es irgendwo neues Wissen gibt, geht sofort die Suche los: Wie, bitte schön, kriegen wir das jetzt in die Erstausbildung hinein? Mir scheint, hier liegt der Grund, warum man zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen nicht mehr sicher sein kann, dass jeder Absolvent einer Schule dieses Landes rechnen, schreiben und lesen kann. Unsere Kinder sind auch nicht dümmer als die in Bayern, aber dieses Zugepflastertsein mit dauernd neuem Wissen führt dazu, dass man das Eigentliche, nämlich die Kernqualifikationen, in der Schule zu wenig lernt. Das müssen wir jetzt einmal anpacken: weg mit den Details, hin zur Allgemeinbildung.

(Beifall)

Das führt mich zum zweiten Punkt: Was für einen Begabungsbegriff legen wir eigentlich Zugrunde? Liebe Freunde, ich habe im Zusammenhang mit unserer Landtagswahl einmal untersuchen lassen, was nach Ansicht der Leute CDU-Bildungspolitik ausmacht. Einmal unabhängig von der erschreckenden Tatsache, dass sich nur 23 % der Bevölkerung für diese Fragen interessieren, und zwar meistens diejenigen, die entweder dort arbeiten oder gerade ihre Kinder dort haben, vielleicht auch noch die Großeltern – sobald man nichts mehr damit zu tun hat, interessiert einen das Thema dann nicht mehr -, unabhängig also von dieser schlimmen Tatsache sind die Begriffe, die den Menschen einfallen, folgende: Die CDU ist für Elitenbildung, die CDU ist gegen die Gesamtschule, und die CDU ist für mehr Leistung. – Nun wäre theoretisch gegen keinen dieser Sätze etwas zu sagen, wenn die Eltern nicht gleichzeitig irgendwo schizophren wären, denn die Haltung der Eltern ist meistens die – übrigens auch in CDU-Versammlungen, wenn man für die Forderung nach mehr Leistung viel Applaus bekommt -: Jawohl, nur die Besten sollen Abitur machen – und mein Kind.

Wenn man das weiß und auch weiß, dass einer der großen Unterschiede etwa zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen darin liegt, dass in Bayern 28 Prozent eines Jahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung bekommen, in Nordrhein-Westfalen aber 44,5 Prozent, dann können Sie auf jedem Zehnmarkschein – da ist nämlich die Gauß'sche Normalverteilungskurve drauf – feststellen, warum die Unterschiede so sind, wie sie sind. Wenn ich weniger Leute zum Hochschulstudium führe, habe ich nach dieser Gauß'schen Normalverteilungskurve zunächst einmal automatisch bessere Ergebnisse, als wenn ich fast die Hälfte eines Jahrgangs dahin bringe.

Wenn das aber so ist, müssen wir eben nicht nur Spitzenausbildung fordern. Die brauchen wir natürlich, ganz sicher. Aber ich glaube, ein Markenzeichen der CDU-Bildungspolitik muss dann auch sein, dass wir uns mehr um die praktisch Begabten kümmern. Immer noch

machen 70 Prozent jedes Jahrgangs eine Lehre, kein Hochschulstudium, und für die tun wir zu wenig. Das ist zumindest meine Auffassung.

(Beifall)

Wir machen mit diesem Papier einen ungeheuren Fortschritt. Wir bringen nämlich das, was wir sagen, und das, was wir jetzt in der Bildungspolitik tun wollen, in Übereinstimmung. Wenn wir über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen, ist das eben nicht glaubwürdig, wenn man sich als junge Mutter nicht darauf verlassen kann, wann die Kinder nach Hause kommen. Deswegen finde ich es richtig, dass wir ein klares Wort zur Ganztagsschule sagen, dass wir uns für die Ganztagsschule aussprechen. Aber, liebe Freunde, dann wollen wir auch einmal sehen, wann wir anfangen, das systematisch umzusetzen. In Nordrhein-Westfalen will die SPD die Schulkinder jetzt in die Kindergärten hineinbringen, die wegen des Pillenknicks demnächst etwas leerer sind. Sie will sie dort nachmittags betreuen. Das ist der falsche Weg! Es geht nicht nur um Betreuung, sondern es geht um Ganztagsschule, und Schule hat etwas mit Wissen zu tun, nicht nur mit der Versorgung mit Essen und mit einer entsprechenden Aufsicht am Nachmittag. Es ist wichtig, dass wir das deutlich machen.

(Beifall)

Damit sind wir beim letzten Punkt, bei der Frage der Finanzierung. Das, was wir heute beschließen, wird glaubwürdig werden, wenn wir es auch umsetzen. Das, liebe Freunde, ist nicht nur eine Frage danach, ob man irgendwo die Landesregierung stellt oder nicht. Wir in Nordrhein-Westfalen haben jetzt in einem ganz großen Teil der Kommunen die Mehrheit. Da geht es dann nicht nur um Landespolitik, sondern da geht es beispielsweise ganz konkret um die Frage, dass die Schulen – so ist das leider bei uns, und ich höre, dass es in anderen Ländern teilweise auch so ist, nämlich immer da, wo die SPD regiert – in einem baulichen und Ausstattungszustand sind, der unerträglich ist. Teilweise ist das ein Zustand, zu dem man sagen muss: Wären es Firmen, würde das Gewerbeaufsichtsamt sie sofort schließen. Wir aber sagen, da sollen unsere Kinder zu bildungsbewussten und für die Zukunft fit gemachten Menschen herangezogen werden.

Deshalb erwarte ich, dass unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen jetzt, in diesen Jahren, trotz aller Finanzprobleme etwas tun, um diesen Zustand zu verändern. Genauso erwarte ich und kämpfe dafür, dass wir in Nordrhein-Westfalen mehr Lehrer einstellen. – Ich sehe den Kollegen Rößler, der das andere Problem hat: Er hat teilweise noch das Problem, dass er abbauen muss. Aber dort, wo es notwendig ist, müssen wir uns jetzt einfach dazu durchringen, mehr Geld in die Hand zu nehmen. All das, was wir hier machen, wird nur glaubwürdig, wenn unsere Beschlüsse in der konkreten Wirklichkeit auch mit mehr Geld, das heißt durch Prioritätensetzung, ehrlich umgesetzt werden. Ich möchte an Sie appellieren, dass wir das dann auch konkret tun.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Jürgen Rüttgers! – Das Wort hat jetzt Christoph Böhr.

Christoph Böhr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erwin Teufel hat heute Morgen von den Schäden sozialdemokratischer Bildungspolitik gesprochen. Wer sich

solche Schäden einmal ansehen will, kann nach Nordrhein-Westfalen gehen – Jürgen Rüttgers hat dafür eben eindrucksvolle Beispiele geliefert -, er kann aber auch nach Rheinland-Pfalz kommen. In Rheinland-Pfalz ist es der SPD innerhalb von neun Jahren gelungen, trotz steigender Schülerzahlen sage und schreibe 2 700 Lehrerstellen einzusparen – mit der Folge, dass seit Jahresfrist an rheinland-pfälzischen Schulen Woche für Woche 30 000 Unterrichtsstunden ausfallen. In Baden-Württemberg werden über 5 000 Lehrer neu eingestellt; in Rheinland-Pfalz wurden 2 700 Lehrerstellen gestrichen. Das ist der Unterschied zwischen christlich-demokratischer und sozialdemokratischer Bildungspolitik!

(Beifall)

Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt nicht ohne Folgen. Die großen Ferien in Rheinland-Pfalz gingen im August dieses Jahres zu Ende. Die Schulleiter wussten nicht, wie sie die Stundenpläne aufstellen sollten. Es fehlten Lehrer an den Schulen. Dann war es mehr als einmal so, dass für zwei Grundschulklassen ein Klassenlehrer vorgesehen war. Die Schulleiter, völlig auf sich allein gestellt und von der Landesregierung allein gelassen, haben dann entschieden, dass die eine Grundschulklasse an den geraden Tagen und die andere Grundschulklasse an den ungeraden Tagen in die Schule kommt. So, meine Damen und Herren, ruiniert man die Zukunftschancen junger Menschen in einem Land!

(Beifall)

Deswegen finde ich es gut, dass wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen. Bildungspolitik muss, so wie es hier an der Wand steht, wieder zu einem Markenzeichen christlich-demokratischer Politik in Deutschland werden.

(Beifall)

Sehen wir uns im Reigen der Bundesländer um; Jürgen Rüttgers hat ja ganz zu Recht vom Wettbewerb der Bundesländer gesprochen. Unser heutiges Thema befindet sich ja bis jetzt in der Zuständigkeit und in der Verantwortung der Landesregierungen, und wenn wir uns also im Reigen der Bundesländer umsehen, stellen wir fest, dass überall dort, wo Sozialdemokraten in Deutschland in den Kommunen oder in den Ländern regieren, die Bildungspolitik längst auf den Hund gekommen ist. Das müssen wir als Christdemokraten ändern!

(Beifall)

In Rheinland-Pfalz erleben wir bis heute, dass junge Lehrerinnen und Lehrer, die gerne voller Idealismus in ihren Job gehen würden, mit befristeten Zweidrittel-Angestelltenverhältnissen abgespeist werden. In Baden-Württemberg, im Saarland und in Hessen bekommen sie ganz selbstverständlich eine volle Planstelle als Lebenszeitbeamte. Es ist ja dann keine Frage, wohin sie gehen. Aus einem Land, in dem früher Bernhard Vogel zehn Jahre lang Kultusminister war, werden heute junge Lehrer systematisch in andere Bundesländer verjagt. Das ist eine Schande für die Sozialdemokraten und für die Bildungspolitik in der Hand von Sozialdemokraten.

(Beifall)

Deshalb finde ich es richtig, dass wir heute Schwerpunkte setzen, und zwar auch in dieser Frage: Im Blick auf eine Diskussion, die heute morgen über den Zusammenhang zwischen

Bildungspolitik auf der einen Seite und Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite geführt wurde, was die Qualität von Bildung und Ausbildung anlangt, stellt sich die Frage nach den Arbeitsplätzen von morgen in einer Gesellschaft, die sich in einem Wandel befindet, wie wir ihn gerade erleben. Das gilt, meine Damen und Herren, aber auch im Blick auf einen ganz anderen Zusammenhang, und das ist dann die letzte Bemerkung, die ich machen will: Bildungspolitik darf natürlich nicht nur im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik gesehen werden. Bildungspolitik ist mehr, als dass sie sozusagen nur einer erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zuarbeitet. Immer dann, wenn in Deutschland etwas Schlimmes passiert – und jetzt denke ich an schlimme Ereignisse der letzten Wochen und Monate -, wie ist dann unsere Reaktion? Unsere Reaktion ist, dass wir uns parteiübergreifend empören, dann stimmen wir ein in den Ruf nach der Verantwortung von Familie und Schule, wir appellieren an den Erziehungsauftrag von Familie und Schule und sagen, wir müssen, um solche schlimmen Ereignisse in Deutschland in Zukunft unmöglich zu machen, die Erziehungskraft von Familie und Schule stärken. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Erziehungskraft von Familie und Schule stärken, aber es darf nicht bei diesem Appell bleiben, sondern die Politik muss auch dafür sorgen, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Familie und Schule ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen können, weil sonst alles ein Lippenbekenntnis bleibt.

(Beifall)

Deswegen sind Fragen wie die nach der Unterrichtsversorgung, die nach der Beseitigung des Lehrermangels und die nach der Qualität von Bildung und Ausbildung für unsere ganze Gesellschaft so entscheidende Fragen. Wenn Schulen ausbluten, wenn Unterricht ausfällt, wenn Lehrer verjagt werden, kann die Schule ihrem Erziehungsauftrag beim besten Willen nicht nachkommen. Wenn Sie dann einen Ministerpräsidenten haben, der die Schuld auf die angeblich faulen Lehrer schiebt – Annette Schavan hat ja in ihrer Einführung von diesem Thema gesprochen -, dann sieht man, wie unfähig Sozialdemokraten sind, in der Bildungspolitik wirklich Richtungweisendes zu schaffen. Bildungspolitik ist in den Händen von Sozialdemokraten das fünfte Rad am Wagen der Politik.

Das müssen wir ändern und das wollen wir ändern. Deswegen finde ich, dass, wenn jetzt staatlich verordnete Demonstrationen gegen Rechtsradikalismus und gegen Linksradikalismus stattfinden und wir alle daran teilnehmen, dies allein es nicht sein kann. Wir sollten vom Appell zur Tat schreiten. Vom heutigen Tage sollte die Botschaft ausgehen: Die Bildungspolitik ist das Markenzeichen christlich-demokratischer Politik. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christoph Böhr. – Das Wort hat Ministerpräsident Dr. Vogel und danach Sebastian Warken, Bundesvorsitzender der Schüler-Union.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Drei ganz kurze Bemerkungen: Erste Bemerkung. Ich meine, auch einer der Ministerpräsidenten sollte Frau Schavan und ihren Freunden und Mitarbeitern herzlich für diese Vorlage danken.

(Beifall)

Wir sollten auch einmal den Mut haben, den Kultus- und Wissenschaftsministern in unseren Ländern zu danken. Das sind nicht die Beliebtesten; die machen nicht den leichtesten Job in der Regierung. Aber sie lösen eine der wichtigsten Aufgaben, die zu lösen sind. Deswegen herzlichen Dank an alle Kultus- und Wissenschaftsminister in den von uns geführten Ländern.

(Beifall)

Es wird in diesem Bereich Beachtliches geleistet, natürlich insbesondere in Baden-Württemberg. Das weiß jeder. Aber, meine Damen und Herren, es wird sogar gelegentlich in den neuen Ländern Beachtliches geleistet.

(Vereinzelt Beifall)

Seit 25 Jahren beschließt die CDU Deutschlands, das Gymnasium nach acht Jahren beenden zu können. Seit zehn Jahren gibt es das in Sachsen und Thüringen.

(Beifall)

Ich kann nur sagen: Da braucht man keine Experimente zu machen. Es hat mir noch nie ein Professor einer deutschen Universität gesagt, dass die Abiturienten aus Sachsen und Thüringen schwächer seien als die aus irgendeinem anderen Bundesland. Man muss nur den Mut haben, Beschlüsse, die wir gefasst haben, auch durchzusetzen.

Zweite Bemerkung. Bildung hat etwas mit Kultur zu tun und – der Parteitagspräsident möge mir das verzeihen – diese Bemerkung hat etwas mit Unkultur zu tun. Ich finde es immer schlimm, wenn ein Bundesminister etwas Unüberlegtes sagt. Wenn aber der für Kultur zuständige Staatsminister Naumann etwas Unüberlegtes sagt, dann ist das noch schlimmer. Er fordert, die Kulturhoheit der Länder abzuschaffen, und nennt sie „Verfassungsfolklore".

(Zurufe: Unerhört!)

Meine Damen und Herren, ich kann an die Bundesregierung nur appellieren: Finger weg von der flächendeckenden Kultur in Deutschland! Wir wollen keine Versteppung der Länder in Kulturfragen.

(Beifall)

Juristisch und kulturpolitisch ist das, was er dazu gesagt hat, ohnehin Blödsinn. Der Verfassungslästerer soll die Verfassung lesen, ehe er sich äußert. Wir wollen keine Schwächung der kulturellen Landschaften.

(Beifall)

Dritte Bemerkung. Ich möchte Herrn Schwarz, dem RCDS-Vorsitzenden, nicht nur, wie das vorhin schon zu Recht geschehen ist, dafür danken, dass es den RCDS gibt. Ich möchte mich auch ausdrücklich hinter das stellen, was er zum Thema Studiengebühren gesagt hat.

(Beifall)

Die Ziffer 78 des Leitantrages verstehen Sie erst, wenn Sie auf der reformierten Universität studiert haben. Gegenwärtig brauchen Sie dazu noch einen Kommentar, damit Sie nichts

falsch verstehen. Ich habe einmal gelernt, eine Rede beinhalte entweder ein Ja oder ein Nein. Ich bin dafür, dass wir uns einig sind, keine Studiengebühren während der Regelstudienzeit einzuführen, wohl aber Gebühren für die Langzeitstudenten.

(Beifall)

Aus diesem Grunde habe ich zwar nichts dagegen, dass neue Strukturen und neue Formen von Stipendien entwickelt werden. Ich schlage nur vor, dass wir sie zunächst aufbauen und dass wir erst dann davon ausgehen, dass wir sie haben, dass wir also nicht zunächst von Studiengebühren sprechen und dann später feststellen, dass es sehr schwierig ist, solche Strukturen aufzubauen.

(Beifall)

Ich sage das, weil ich zu den älteren Semestern hier gehöre. Ich habe für den Besuch des Gymnasiums noch Schulgeld zahlen müssen. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht, dass der Anteil der Sozialschwachen an den Studierenden noch kleiner wird, als er, wie Frau Schavan vorhin geschildert hat, jetzt ist.

(Beifall)

Ich denke auch an die Mittelklasseneltern. Da gibt es eine Schicht, die keine Vergünstigung erfährt und alle Lasten tragen muss. Das sind gerade diejenigen, die noch den Mut zu zwei oder drei Kindern haben. Aus diesem Grund stelle ich fest: Baut ruhig neue Strukturen auf; dann können wir wieder über Studiengebühren sprechen! Aber hier sollte gelten: Während der Regelstudienzeit keine Studiengebühren!

(Beifall)

Selbstverständlich füge ich hinzu: Weil die Bildungspolitik aus Wettbewerb besteht, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass sie in Baden-Württemberg besser ist, als sie bis zum Regierungswechsel in Hessen war oder in Nordrhein-Westfalen ist, deswegen brauchen wir Wettbewerb und keinen Staatsvertrag. Nein zum Staatsvertrag!

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bernhard Vogel. – Es spricht jetzt Sebastian Warken und danach Frau Ministerin Professor Schipanski.

Sebastian Warken (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir haben heute hier einen Leitantrag vorliegen, der ganz hervorragende Ansätze für die Bildungspolitik von morgen beinhaltet. Wir haben einen Antrag vorliegen, in dem wir uns zu Leistung und zu Qualität bekennen und den wir draußen verkaufen müssen.

Wir sprechen hier heute über die Inhalte dieses Leitantrages und werden diesen heute verabschieden. Dabei möchte ich Sie um eines bitten: Wir sollten mit diesem Leitantrag nach draußen gehen und unsere Kampagnenfähigkeit unter Beweis stellen. Ich denke, wir haben heute einen großen Anfang damit gemacht, dass wir Laurenz Meyer zum Generalsekretär gewählt haben, der die Kampagnenfähigkeit unserer Partei in den Vordergrund stellen will. Ich möchte Sie bitten, dass Sie sich mit dem Antrag, der sich mit dem Thema Bildung beschäftigt,

nach draußen begeben und gemeinsam mit der Schüler-Union und der Jungen Union dort, wo es zählt, nämlich an den Schulen in diesem Lande, dafür werben, dass unser Konzept, das Konzept der Leistung, das bessere Konzept ist. Ich denke, da müssen wir anfangen und unsere Kampagnenfähigkeit unter Beweis stellen. Lassen Sie uns das gemeinsam an den Schulen in Rheinland-Pfalz tun. Damit zeigen wir den Roten, was alles nicht stimmt, und helfen Christoph Böhr zum Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz gewählt zu werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sebastian Warken. – Frau Professor Schipanski und danach Hildegard Müller, Chefin der Jungen Union Deutschlands.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Liebe Freunde! Anlässlich der Diskussion von gestern Abend sagte Herr Harms, er wünsche sich Absolventen im Alter von 23 Jahren. Ich konnte anschließend zu ihm hingehen und ihm sagen, er möge einmal nach Thüringen kommen und sich diese Absolventen abholen. Ich glaube, dass das, was wir in dem vorliegenden Papier zusammengefasst haben, wirklich richtungsweisend für uns ist. Es sind viele Erfahrungen eingeflossen.

Nun muss ich doch noch einmal die neuen Bundesländer bzw. Thüringen loben. Bei uns kann man, wie es der Ministerpräsident vorhin schon ausführte, schon nach acht Jahren Abitur machen. Wir haben an den Fachhochschulen Regelstudienzeiten von vier Jahren, also von acht Semestern, und an den Universitäten von zehn Semestern. Bei uns wird die Regelstudienzeit von nur 5 Prozent der Studenten überschritten. Ich möchte das hier in den Raum stellen, um zu zeigen und nachzuweisen, dass die Strukturen, die wir an den Hochschulen haben, selbstverständlich verändert werden müssen.

Aber in erster Linie müssen die Inhalte verändert werden. Bei den Inhalten, die zu verändern sind, muss man die Studiengänge so strukturieren, dass man das, was man vermittelt, auch einmal mit seinem Kollegen abspricht und dass man eine durchgängig gute Studien- und Prüfungsordnung aufstellt. Die Thüringer Hochschulen haben bewiesen, dass das geht.

Ich glaube, dass wir im Rahmen unserer ganzen Diskussionen wesentlich mehr zum Inhalt kommen sollten, und zwar in der Richtung, dass wir erkennen, dass sich das Wissen selbst verändert. Dieses Sich-selbst-Verändern des Wissens bedeutet, dass an Schulen und Hochschulen die Didaktik verändert werden muss. Das ist ein Forschungsauftrag. Wir haben in dem Leitantrag, den wir heute hier behandeln, die Bildung sehr in den Vordergrund gestellt. Deshalb muss ich darauf hinweisen, dass an den Hochschulen die Einheit von Lehre und Forschung gilt und dass man nicht einseitig die Bildung herausgreifen kann. Deshalb haben Frau Schavan, Frau Merkel und ich ein ergänzendes Papier zur Wissenschaft erarbeitet, das diesen Teil noch besser beleuchtet. Man sollte unseren Antrag schon im Zusammenhang mit dem ergänzenden Papier sehen, das vorgelegt worden ist. Denn gerade an den Hochschulen spielt auch die Forschung eine entscheidende Rolle. Wenn wir im Hochschulbereich einseitig die Lehre betrachten, dann werden wir dem Gesamtsystem Hochschule nicht gerecht.

Mir kommt es darauf an, dass wir bei diesen Leitlinien, bei dem, was wir in Zukunft draußen vertreten, darauf hinweisen, dass an unseren Hochschulen eine ausgezeichnete Lehre angeboten werden muss und dass wir in unseren Bewertungen versuchen sollten, die Lehre mehr in den Vordergrund zu stellen. In dem vorliegenden Papier kommt noch nicht genügend zum Ausdruck, dass wir Evaluationen brauchen, in denen Lehre und Forschung gemeinsam betrachtet werden. Denn dass in Deutschland die Lehre an den Universitäten nicht gut ist, hängt in vielen Fällen damit zusammen, dass bei der Berufung nur die Forschungsleistung im Vordergrund steht.

Deshalb möchte ich auch hier meinen Vorschlag erneuern, zu versuchen, im Zusammenhang mit der Lehre eine Stiftung einzurichten. Im vorliegenden Papier ist dies für die Weiterbildung gefordert worden. Es sollte so wie bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft sein, dass die Lehre von innen heraus, von den Hochschullehrern, bewertet wird.

Ein letztes Wort. Weshalb ist bei uns in Thüringen meiner Meinung nach die Lehre an den Hochschulen besonders gut? – Weil wir dort ein besonderes Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden haben, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Zahl, sondern auch im Zugehen auf den Studenten und dem Sich-verantwortlich-Fühlen für den Studenten. Bei uns gibt es jetzt eine neuartige Mischung von Professoren aus den alten und den neuen Bundesländern. Wenn ich die Professoren aus den alten Bundesländern frage, was sie an den Hochschulen in den neuen Bundesländern am meisten beeindruckt hat, dann wird mir geantwortet, dass man dort die Aufgabe des Hochschullehrers als eine Berufung und nicht nur als einen Beruf ansieht.

Das sind Dinge, die kein Leitantrag und kein Papier zum Ausdruck bringen kann. Aber das sollten wir, wenn wir unsere Politik nach außen hin vertreten, klar und deutlich vertreten.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Schipanski. – Das Wort hat Hildegard Müller und danach als letzter Beitrag in der allgemeinen Aussprache die Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, Dr. Annette Schavan. – Bitte schön.

Hildegard Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Junge Union macht es sich als eines ihrer zentralsten Ziele des politischen Wirkens zum Auftrag, unsere Rohstoffe im Land zu fördern. Die Rohstoffe in der Bundesrepublik liegen in den Köpfen der Kinder. Deshalb sind wir auf der Suche danach, ein bestmögliches System zu entwickeln, den unterschiedlichen Begabungen der Kinder gerecht zu werden.

Ich glaube, dass wir in eine neue Kultur der Bildungspolitik eintreten. Wir hatten in der Vergangenheit, in den 70er- und 80er-Jahren, immer über ein System der Gleichbehandlung gesprochen. Jeder sollte die gleichen Bildungschancen haben. Ich halte es für einen Irrglauben, die Forderung nach Gleichheit als Maxime der Bildungspolitik anzusetzen. Ich will ein System mit Mut zur Unterschiedlichkeit, mit Mut, unterschiedliche Begabungen zu fördern.

Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass im Leitantrag sehr genau auf den Mix der verschiedenen Bildungsbereiche eingegangen wird. Es ist völlig richtig, dass das zentrale Fundament die Schule ist, die Schule, die die Kernkompetenzen vermittelt, in Zukunft mit den Veränderungen in der Welt klarzukommen, und die die jungen Menschen, die im Übrigen sehr lei-

stungsbewusst sind und die sehr konzentriert über ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und im internationalen Vergleich nachdenken, darauf vorbereitet. Diesen jungen Menschen sollte mit der Schule die bestmögliche Ausrüstung gegeben werden, um dann die Hürden des Lebens bewältigen zu können.

Die Jugend will also die beste Ausbildung. Deshalb müssen wir in allen Bereichen tabufrei prüfen, wie dies zu erreichen ist. In diesem Antrag fordert niemand die Einführung von Studiengebühren. Aber ich finde, es ist richtig, dass in diesem Antrag festgestellt wird: Wir denken über ein System der Hochschulfinanzierung nach, wobei diesem Denken keine Grenzen gesetzt werden.

(Beifall)

Ich sage das als Vorsitzende der Jugendorganisation, die die CDU hat, sehr bewusst, weil ich mich hier zwar nicht für Studiengebühren aussprechen will und auch nicht den Weg dafür freimachen will, dass wir jetzt Studiengebühren einführen und meinen, damit seien die Hochschulprobleme in Deutschland gelöst; aber bei dem Mix der unterschiedlichen Instrumente an den Hochschulen darf eben auch nicht von vornherein mit der Kompromiss-Schere im Kopf gearbeitet werden. Auch hier müssen wir tabufrei darüber nachdenken, wie wir das Ziel, die beste Bildungspolitik zu haben, verwirklichen können.

Jetzt schaue ich einmal ein wenig auf die Leistung in unserer Gesellschaft. Wir haben davon mehrfach gehört. Wenn nur 8 Prozent der Kinder aus sozial schwachen Familien wirklich studieren, zeigt uns das, dass wir mit dem System der Gleichheit die Gleichheit nicht erreicht haben. Deshalb glaube ich, dass wir nicht immer sagen sollten, dass dann, wenn wir jetzt Studiengebühren einführen – jedenfalls kenne ich keine Untersuchung, die das ausweist -, dieses Verhältnis noch schlechter werden wird. Im Gegenteil, ich glaube, dass wir dann endlich weiterkommen werden, auch im System von „public-private partnership", weiterkommen dabei – wie es in anderen Ländern längst selbstverständlich ist -, dass sich die Wirtschaft noch viel stärker an den Hochschulen aktiv zeigt und auch Studiengänge unterstützt und dass unsere jungen Menschen, unsere Elite, auf diese Weise unterstützt werden; und mit Elite meine ich jeden jungen Menschen, egal, mit welchen Begabungen er auf das Bildungssystem stößt.

Ich persönlich hatte nur die Möglichkeit, durch BAföG zu studieren. Wenn man das hinterher so sieht, muss ich sagen, ich habe das fast schon als Studiengebühr empfunden. Ich war auch bereit, diese BAföG-Mittel zurückzuzahlen, denn die Chance, die ich mit BAföG bekommen habe, sollte auch jemand nach mir bekommen. Deswegen finde ich es auch richtig, dass wir uns überlegen, ob wir diejenigen, die eine Ausbildung an einer Hochschule finanziert bekommen, nicht auch verpflichten, mit für die nachfolgenden Generationen zu sorgen, indem wir erst ihnen und dann den nachfolgenden Generationen die besten Bildungschancen geben.

Ich komme immer dann in Erklärungsnöte, wenn ich mich als Vorsitzende der Jugendorganisation zu den Jugendlichen begebe, die im System der beruflichen Ausbildung aktiv sind, die sich mit viel Engagement in ihrem Handwerk zu Meistern durchschlagen. Denen, die in unserer Gesellschaft kaum Solidarität erfahren, kann ich nicht klarmachen, warum wir immer einseitig sagen, an den Hochschulen gibt es das Recht auf freies Studium, aber den Meister, den müsst ihr schon selber aus eigenem Antrieb machen.

Deshalb möchte ich mich ganz bewusst noch einmal dafür aussprechen, dass wir uns jetzt für diesen Prüfauftrag im Leitantrag entscheiden, in dem es tabufrei um das System einer neuen Hochschulfinanzierung – mit vielen Prämissen, die ich davor setze – geht. Damit würden wir uns dafür einsetzen, in unserem Land in der Bildungspolitik ein besseres und damit vielleicht auch wirklich ein gerechtes System zu erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Volker Rühe, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hildegard Müller. – Als letzte Rednerin in der allgemeinen Aussprache hat Dr. Annette Schavan das Wort.

Dr. Annette Schavan: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige wenige Punkte eingehen, weil damit ja auch Fragen verbunden waren.

Erstens an die Adresse von Frau Kollegin Mosiek-Urbahn: Es ist wahr, dass wir in dem Leitantrag auf viele Themen verzichtet haben, weil es die Grundentscheidung gab, Schwerpunkte zu setzen. Vieles ist im bildungspolitischen Grundsatzprogramm der CDU formuliert. Wir haben gebündelt.

Ich gebe Ihnen vollkommen Recht: Uns wird in den nächsten Jahren die Frage beschäftigen – und das ist ein Gemeinschaftswerk der Sozial- und Familienministerien mit den Bildungs- und Kultusministerien -, wie wir die Zeit vor der Schule besser nutzen können, und zwar im Sinne der Neugierde, die die Kinder haben. Ich rate uns allerdings sehr, in einer Welt, die so ist, wie die unsere ist, in der nämlich die Kinder bereits mit immer mehr Informationen und Erfahrungen in die Schule kommen, den vorschulischen Bereich nicht verschulen zu wollen. Allerdings müssen wir ihn so attraktiv gestalten, dass sich die Kinder dort entfalten können.

Was die Fremdsprachen angeht, so sage ich Ihnen ganz offen: Ich wäre schon glücklich, wenn in allen Bundesländern die Fremdsprache ab Klasse 1 eingeführt würde. Wenn Hessen in dieser Hinsicht mit der Vorschule den Anfang macht, finde ich das wunderbar, aber wir sollten erst einmal versuchen, überall ab Klasse 1 die Fremdsprache einzuführen.

(Zustimmung)

Der dritte Punkt betrifft die Frage: Kinder als Subjekte oder als Objekte? Ich hoffe, wir sind uns darin einig, dass die Zeiten lange vorbei sind, in denen Kinder in der Pädagogik als Objekte gesehen wurden. Unsere Bildungspolitik zielt gerade darauf ab, ihnen eine Lernkultur zu ermöglichen, in der sie als Subjekte aktiv werden können. Das ist der rote Faden dieses Leitantrages, wenn es um Kinder und Jugendliche geht.

(Beifall)

Die Untersuchungen, die Jürgen Rüttgers genannt hat, kenne ich ja. Wir beide haben damals ein bisschen darüber gestritten, weil ich in der Tat der Meinung bin, wir müssen kein schlechtes Gewissen haben, wenn wir sagen: Lernen und Leisten in einer Gesellschaft, das ist für Entwicklung bedeutsam. Dafür entschuldige ich mich nicht; das ist nach meiner festen Überzeugung so, und das gehört zum Innovations-thema Bildung.

Wir sind auch der Meinung – und sagen das nicht nur, sondern es lässt sich nachweisen -: Benachteiligtenförderung und Elitenförderung sind zwei Seiten der einen Medaille. In der Praxis zeigt sich: Wer Elitenförderung nicht schafft, schafft auch keine Benachteiligtenförderung, und wer Benachteiligtenförderung nicht schafft, schafft auch keine Elitenförderung.

(Beifall)

Deshalb müssen wir mit Taten antworten, und zu den Taten gehört, dass wir in die Benachteiligtenförderung ein Mehrfaches von dem investieren, was wir bei der Elitenförderung tun, ein Mehrfaches! Aber wo gibt es denn Jugendberufshelfer, wo gibt es denn die niedrigsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten? In den unionsregierten Ländern! In Bayern und in Baden-Württemberg gibt es europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit, und das hat damit zu tun, dass wir wirkungsvoll Benachteiligtenförderung betreiben, wirkungsvoll, praktisch und tatsächlich, nicht theoretisch auf dem Papier mit schönen Sätzen über Chancengleichheit.

(Beifall)

Letztes Thema: Glauben Sie mir – das möchte ich Ihnen aus den Beratungen der Kommission und auch aus allen nachfolgenden Debatten sagen -, die Ziffer 78 ist ein Kompromiss. Wir haben bei der Landestagung der CDA am Samstag noch darüber gesprochen. Wir haben bei vielen Veranstaltungen darüber gesprochen, und ich sage Ihnen – da bin ich ein bisschen anderer Meinung als der thüringische Ministerpräsident -, diese Ziffer ist ein mühsam errungener Kompromiss, und was Mühe macht, ist dann in der Formulierung manchmal auch nicht gleich nachvollziehbar. Aber wir sollten diesen Kompromiss jetzt nicht so schnell wieder in zwei klare Positionen – so herum oder so herum – aufschnüren. Wir sprechen uns in einigen Jahren wieder, und dann wollen wir einmal sehen, ob es mehr als 8 Prozent Studierende gibt, die aus sozial schwachen Familien kommen. Diese Zahl geht seit Jahren herunter, und zwar trotz Gebührenfreiheit. Das gilt für die gesamte Breite der Studien- und Zusatzqualifikationen, und deshalb sollten sich die unionsregierten Länder nicht von der SPD in eine Position schubsen lassen, die von vornherein einen Teil der Debatte tabuisiert. Wir sollten die Formulierung dieses Kompromisses als Möglichkeit ansehen, etwas für unsere Hochschulen zu tun und etwas für unsere Studierenden zu tun. Das ist die Intention; das haben wir zigfach gesagt. Wir wollen, dass künftig mehr als 8 Prozent von denen studieren, deren Eltern mit einem kleinen Geldbeutel ausgestattet sind. Das ist die Intention, dafür soll dieser Kompromiss in der berühmten Ziffer 78 stehen, und dafür möchte ich einfach noch einmal werben.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Annette Schavan. – Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Wir hatten vorhin ohne Gegenstimmen beschlossen, dass wir die jetzt folgende Diskussion über den Leitantrag und über die Änderungsanträge folgendermaßen strukturieren: Ich werde die eben beschlossenen fünf Schwerpunkte der Reihe nach aufrufen, und zu diesen fünf Schwerpunkten wird dann jeweils eine Diskussion stattfinden, sofern das gewünscht wird.

Zu Ihrer Erinnerung möchte ich Ihnen diese fünf Schwerpunkte noch einmal ins Gedächtnis rufen. Da ist zunächst die Ziffer 3: Grundprinzipien unserer Bildungspolitik. Dann ist es die Zif-

fer 17: Religionsunterricht, sodann die Ziffer 23: Familienfreundliche Organisation des Bildungswesens, danach die Ziffer 60: Meisterausbildung, abschließend die Ziffer 78: Studienfinanzierung. Entlang diesen fünf Schwerpunkten wollen wir die Diskussion über den Leitantrag strukturieren.

Mir liegen bisher zwei Wortmeldungen vor, die sich auf Einzelanträge beziehen. Ich werde sie dann aufrufen, wenn sie im Fortgang der Behandlung dieser fünf Schwerpunkte anstehen.

Ich rufe nun zunächst die Ziffer 3 auf: Grundprinzipien unserer Bildungspolitik. Sie finden sie auf Seite 7 der Antragsbroschüre. Ich darf fragen, ob es dazu Wortmeldungen gibt. – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich nehme an, dass sich die allgemeine Aussprache ja nicht zuletzt auf diesen Fragen- und Themenkomplex bezogen hat.

Dann rufe ich den nächsten Schwerpunkt auf, nämlich die Ziffer 17: Religionsunterricht. Der Antrag des Bundesvorstandes steht auf Seite 48 der Antragsbroschüre; dazu gehören auch die Anträge auf Seite 1 der Initiativanträge.

Ich rufe beides zusammen auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich Ziffer 23 des Antrags des Bundesvorstandes auf: Familienfreundliche Organisation des Bildungswesens. Sie finden diese Ziffer auf Seite 75 der Antragsbroschüre. Ich darf fragen, ob es dazu Wortmeldungen gibt. – Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Jetzt liegt mir eine Wortmeldung zum Antrag A 746 von Angelika Volquartz vor. Bitte!

Angelika Volquartz: Herr Böhr, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist sicher nicht ganz unrichtig, wenn die Antragskommission hier systematische Bedenken anmeldet, aber ich möchte – auch nach dem Redebeitrag von Frau Schavan – dafür plädieren, dass wir das Sonderschulwesen in das Papier aufnehmen. Es fehlt gänzlich. Gerade das Sonderschulwesen, die Integration von Kindern mit Behinderungen, ihre Beschulung, die uns ja eigentlich ein besonderes Anliegen ist, gehört in diesen Bildungsantrag hinein.

Wir als schleswig-holsteinische Antragsteller wären auch damit einverstanden, nur den halben Antrag zu stellen, also nach dem ersten Absatz zu schließen. Ich bitte die anwesenden Delegierten, diesen Antrag mit aufzunehmen und damit dem wichtigen Bereich des Sonderschulwesens Rechnung zu tragen. – Danke schön.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Volquartz. Ich schlage vor, dass wir auf die Abstimmung über diesen Antrag vor der Schlussabstimmung zurückkommen. Der Antrag lautet: Aufnahme des Textes A 746, dann beenden wir jetzt die Diskussion und kommen zur Einzelabstimmung und anschließend zur Gesamtabstimmung. Vorher bitte ich dazu noch den Sprecher der Antragskommission ums Wort.

Herbert Reul, Antragskommission: Wir haben darüber heute Morgen im Rahmen der Sitzung der Antragskommission noch einmal beraten, weil es auch noch einen Antrag von Hessen gab.

Der gesamte Antrag versucht ja – vielleicht ist Ihnen das aufgefallen – im Gegensatz zu bisherigen Anträgen, jetzt nicht alle Schulformen noch einmal durchzudeklinieren. Dazu haben

wir ja schon bisherige Anträge. Hier wird der Versuch gemacht, ein paar grundsätzliche Fragen zu klären und neu zu definieren. Aus diesem Grunde wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir es wirklich bei dem Verfahren beließen, jetzt nicht eine Schulform besonders zu betonen oder überhaupt zu nennen. Wir haben das nur im Bereich des praktischen Lernens gemacht. Nur zur Hauptschule, die ja einen besonderen Bedarf hat, haben wir in dem Antrag ausgeführt, welche Anforderungen wir in Zukunft stellen, aber wir haben eben, wie gesagt, noch einmal in aller Ruhe beraten, Frau Volquartz, und ich fände es klug, wenn wir uns darauf verständigen würden, in dem Antrag die Sonderschulen nicht explizit zu nennen. Der Sachverhalt, der gemeint ist, ist in Ziffer 3, in den Grundsätzen, benannt. Da ist auch ausführlich beschrieben, was unser Ansatz der Bildungspolitik auch und gerade im Bereich der Förderung von Benachteiligten ist. Meine Bitte ist also, dass wir uns vielleicht darauf verständigen, über diesen Antrag an anderer Stelle noch einmal miteinander zu verhandeln, dass wir aber jetzt darauf verzichten, ihn an dieser Stelle einzufügen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herbert Reul, für das Votum der Antragskommission. – Jetzt noch einmal Frau Volquartz, und dann schlage ich vor, dass wir die Diskussion an diesem Punkt beenden und zur Abstimmung kommen.

Angelika Volquartz: Herr Reul, es ist ja klar, was der Antrag verfolgt, nämlich die große Linie, aber gerade weil es um die große Linie geht und weil eine besondere Betonung auf das Hauptschulwesen gelegt worden ist – und dazu gehört auch die Behandlung von Kindern mit Benachteiligungen, gerade im Sonderschulbereich -, halte ich es für äußerst kritisch, dass diese Kinder nicht erwähnt worden sind.

Ich stelle ganz bewusst nicht auf die Schulart, sondern auf die inhaltliche Frage und gerade diese Kinder ab. Ich bitte also darum, dass dieser Punkt – die systematische Ordnung würde dadurch nicht durcheinander gebracht – im Interesse der Kinder mit Behinderungen auf diesem wichtigen Parteitag in die Bildungsleitlinien aufgenommen wird.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angelika Volquartz.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Antrag A 746 bzw. im sachlichen Umfeld des Anliegens von Frau Volquartz? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission ab, die Herbert Reul hier vorgetragen hat. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! –

Da das Stimmenverhältnis nicht klar ist, frage ich noch einmal: Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, gebe bitte das Zeichen mit der Stimmkarte. – Wer ist für die Annahme des Antrags A 746? – Das Zweite ist die Mehrheit. Damit ist Antrag A 746 angenommen.

Ich rufe Ziffer 60 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dies ist der vierte Schwerpunkt – Thema „Meisterausbildung". Sie finden Ziffer 60 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 176 der Antragsbroschüre. Gibt es zu diesem Themenkomplex Wortmeldungen? – Keine Wortmeldungen.

Ich rufe dann Antrag A 1031 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Hartmut Schauerte, MdB, vor. – Er ist nicht anwesend. Dann gehen wir weiter.

Ich rufe nun den fünften Themenschwerpunkt – es geht um das Thema „Studienfinanzierung" – auf. Sie finden den Text von Ziffer 78 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 192 der Antragsbroschüre. Dazu liegt mir bisher eine Wortmeldung vor. Ich gebe Alexander Krauß aus dem Landesverband Sachsen das Wort.

Alexander Krauß: Liebe Freunde! Die CDA hat den Antrag 1110 gestellt, den letzten Satz des Textes von Ziffer 78 durch den folgenden Satz zu ersetzen:

> Das Erststudium soll für die Dauer der Regelstudienzeit gebührenfrei bleiben.

Ich glaube, dass diese Ergänzung, die auch Bernhard Vogel angesprochen hat, sehr wichtig ist.

Liebe Freunde, wir haben vor einem Jahr ein familienpolitisches Programm beschlossen. Darin haben wir einerseits gesagt: Familien sollen nicht weiter benachteiligt werden. – Andererseits haben wir gesagt: Es muss immer geprüft werden, welche Auswirkungen unsere Entscheidungen für Familien haben. – Wenn wir das bei dem jetzt zu behandelnden Thema prüfen, werden wir feststellen, dass Familien stärker belastet werden, wenn es Studiengebühren geben sollte. Deswegen halte ich es für eine sehr gute Ergänzung, wenn wir nicht den Weg der Studiengebühren einschlagen und auch nicht die Vermutung zulassen, dass so etwas irgendwann einmal kommen soll, sondern ganz klar sagen: Das Erststudium soll gebührenfrei bleiben.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Krauß. Für die Antragskommission hat nun Herbert Reul das Wort.

Herbert Reul, Antragskommission: Ich bitte sehr dringend darum, dass wir den Antrag in der vorliegenden Fassung annehmen, und zwar aus einem sehr einfachen Grund. Wenn der letzte Satz des Antragstextes gestrichen würde, wie es der Vorredner gerade beantragt hat, würden wir uns die Möglichkeit nehmen, überhaupt zu prüfen, ob es Alternativen gibt und ob diese Alternativen auch sozialverträglich zu organisieren sind. Das ist ein Satz, der uns eine Hausaufgabe mit auf den Weg gibt. Wer diese Hausaufgabe in dieser Zeit, in der die Diskussion wirklich sehr kontrovers geführt wird, nicht annimmt, ist, wie ich glaube, kein ernst zu nehmender politischer Partner in der Debatte, die jetzt stattfindet. Insofern bitte ich dringend darum, diesen Satz nicht zu streichen. Dieser Satz legt uns ja nicht auf ein bestimmtes Instrument fest. Es wird keine Festlegung hinsichtlich der Frage getroffen, ob wir Studiengebühren einführen. Er besagt lediglich: Wir wollen die Sachverhalte prüfen. Wir wollen prüfen, ob sinnvolle Kombinationen – BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen, Gebühren, Darlehensrückzahlung, Freiplätze für Begabte – zu organisieren sind. Ich finde, der Aufgabe einer solchen Prüfung muss sich eine große Volkspartei stellen. Deshalb bitte ich darum, dass wir den Antrag in der Form annehmen, wie er nach längeren Beratungen vom Bundesvorstand beschlossen worden ist und von der Antragskommission auch übernommen worden ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herbert Reul. Wird zu diesem Thema weiterhin das Wort gewünscht? – Herr Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich sehr für die Version der Antragskommission einsetzen. Die populäre Forderung, aus sozialpolitischen Gründen keine Studiengebühren einzuführen, ist bei näherem Hinsehen falsch. Es ist doch eine Tatsache, dass im Augenblick die 70 Prozent der Bevölkerung, die keine Chance haben, zu studieren, und die auch keine äquivalenten Leistungen bekommen, 30 Prozent der Bevölkerung das Studium finanzieren, wobei es sich um diejenigen handelt, die in aller Regel auch bessere Einkommens- und Lebenschancen haben. Das ist der Sachverhalt. Wir haben im Augenblick – das zeigen alle empirischen Daten – eine Umverteilung von unten nach oben und nicht, wie behauptet worden ist, von oben nach unten. Deshalb müssen wir uns, wie ich meine, diesem Thema einmal sehr dezidiert und sehr konkret zuwenden. Das bedeutet nicht, dass man für ein bestimmtes Modell ist. Ich fände es aber nicht richtig, dass man, bevor die Diskussion angefangen hat, sagt, die Diskussion sei zu Ende. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Milbradt. Als Nächster hat Jürgen Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers: Die Wortmeldung von Herrn Minister Milbradt hat mich veranlasst, noch ein Wort zu sagen. Jeder weiß, wie die Geschichte des jetzt zur Beschlussfassung vorliegenden Antrages ist. Er ist so formuliert worden, weil man die Frage in der Sache offen lassen wollte. Es hat dann eine Zwischenphase gegeben, in der Anträge vorgelegen haben, die nur so verstanden werden konnten, dass die CDU für die Einführung von Studiengebühren ist. Gestern haben das Präsidium und der Bundesvorstand diese Anträge nicht übernommen, sondern es wurde gesagt, es solle bei dem Ursprungsantrag bleiben. Lieber Herr Milbradt, damit muss auch klar sein, dass auf diesem Kleinen Parteitag nicht das Signal gegeben wird: Die CDU prüft jetzt irgendeine Lösung, bei der, auch wenn sie dies nicht direkt sagen will, am Schluss Studiengebühren herauskommen. – Die Aussage auf diesem Parteitag ist vielmehr, dass hier kein Beschluss gefasst wird, der beinhaltet, dass die CDU für die Einführung von Studiengebühren ist. – Das muss klar sein.

(Beifall)

Damit die Konditionen klar sind und wir auch wissen, worüber wir politisch reden, sage ich noch dies. Falls es uns gelingen sollte – wir werden im Bundesvorstand noch darüber zu diskutieren haben, wie wir das vielleicht anpacken -, ein Modell vorzulegen, das eine ungeheure Ausweitung des Stipendienwesens zur Folge hat, das zur Folge hat, dass das BAföG völlig anders gestaltet wird, als es heute ist, dass es in Zukunft kein reines Sozialhilfeersatzgesetz mehr ist, und wir gleichzeitig auch, wie Ministerpräsident Vogel gesagt hat, die Hochschulen so verändert haben, dass man so etwas von Studierenden auch verlangen kann, kann man darüber reden, zu anderen Finanzierungsmodellen für die Hochschulen zu kommen. Jeder weiß aber, dass, wenn wir jetzt Studiengebühren einführen würden, diese am Schluss nicht bei den Hochschulen, sondern vorher irgendwo beim Finanzminister landen würden. Das ist alles bekannt.

Deswegen liegt mir sehr daran, dass wir am Schluss, in der letzten Phase jetzt nicht noch irgendeine Unklarheit hineinbringen. Wenn uns so etwas gelingt, wie es die Grünen einmal mit BAFF gemacht haben, okay, dann können wir über so etwas reden. Solange uns dies nicht gelingt, ist aber auch klar, dass die CDU Deutschlands der Auffassung ist, dass jeder in Deutschland nach seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten studieren können muss, und zwar unabhängig davon, ob die Eltern arm oder reich sind.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jürgen Rüttgers. – Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission zu Ziffer 78. Herbert Reul hat dieses Votum noch einmal vorgetragen; ich muss es jetzt nicht wiederholen. Wer diesem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist bei Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich; damit haben wir auch diesen Schwerpunkt – Ziffer 78 – abgeschlossen.

Nach der Einzeldiskussion über die ausgewählten Themenbereiche kommen wir nun zur verbundenen Abstimmung. So haben wir es einmütig beschlossen. Es handelt sich um die Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes sowie über die im Einzelnen dazu gestellten Ergänzungs- und Änderungsanträge gemäß den Empfehlungen der Antragskommission, wie sie in der Sammlung der Anträge und in der Sammlung der Initiativanträge ausgedruckt sind. Gegenstand unserer Abstimmung sind also die Anträge A 1 bis A 1283 sowie der Initiativantrag CDU 1. Wer im Blick auf die genannten Anträge dem Votum der Antragskommission in der ausgedruckten Fassung – mit Ausnahme des eben einzeln abgestimmten Antrages A 746, dem wir mit Mehrheit die Zustimmung gegeben haben – folgen will, den bitte ich jetzt um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist bei einer Gegenstimme ohne Enthaltungen so beschlossen.

Damit sind unsere neuen bildungspolitischen Leitsätze heute vom Kleinen Parteitag mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden. Ich will bei dieser Gelegenheit noch einmal sehr, sehr herzlich Annette Schavan und der von ihr geleiteten Kommission für die sehr mühevolle Arbeit in den letzten Wochen und Monaten danken. Liebe Annette, vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedanke ich mich dafür, dass Sie bereit waren, diesem doch etwas verkürzten Verfahren zuzustimmen. Das hat uns in die Lage versetzt, diese doch sehr umfangreiche Materie heute zu bearbeiten. Ich denke, dass wir zu guten Ergebnissen gekommen sind.

Die Behandlung des Punktes 13 unserer Tagesordnung ist damit abgeschlossen. Bevor wir zu Punkt 14 kommen, übergebe ich das Wort an den Generalsekretär.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, ich möchte fragen, ob die jungen Leute da sind, die ich gerne vorstellen wollte. – Ja, dort stehen sie.

Ich habe nämlich für unseren Bundesparteiausschuss eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Heute sind wegen der Diskussion, wegen der Stimmung und wegen des Aufbruchs, der hier herrscht, fünf junge Leute zusätzlich in unsere Partei eingetreten, junge Leute zwischen 16 und 19 Jahren, die wir hier ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Bilder, die hier oben an der Wand hängen, hängen dort ja nicht ohne Grund. Sie zeigen diejenigen, für die wir Politik machen: die Kinder und die Jugendlichen in unserem Land. Wenn Jugendliche in unsere Partei eintreten, und zwar an einem solchen Tag wegen des bildungspolitischen Themas, dann ist das ein Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Deswegen möchte ich diese fünf jungen Leute gerne nach vorne bitten, damit sie sich kurz vorstellen. Ich finde, das ist eine tolle Geschichte: junge Leute, die sich bis jetzt in der Schüler-Union engagiert haben und jetzt in die CDU eingetreten sind. Ich begrüße Ibtisam Amara, 16 Jahre alt, Carmen Hartmann, 17 Jahre alt, Christian Laier, 18 Jahre alt, Matthias Schilling, 18 Jahre alt, und Tino Scrabach, 19 Jahre alt.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Zukunft der CDU, und wir sollten uns über einen solchen Parteitag mit solchen Ergebnissen freuen.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Ich denke, man kann den fünf jungen Leuten gratulieren, kann aber auch der Christlich Demokratischen Union zu diesem Nachwuchs gratulieren.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

WAHL DER DELEGIERTEN ZUM XIV. EVP-KONGRESS

Der Kongress findet vom 10. bis zum 13. Januar des kommenden Jahres statt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie finden die Kandidatenvorschläge in Ihren Tagungsunterlagen. Wir hatten die Landesverbände schriftlich gebeten, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Unser Statut lässt es zu, dass wir zur Vereinfachung des Verfahrens in offener Abstimmung über diese Vorschlagsliste entscheiden. Deswegen empfehle ich, dass wir jetzt erst über meinen Vorschlag, offen über die Kandidatenliste abzustimmen, entscheiden, und dass wir dann, wenn dieser Vorschlag eine Mehrheit bekommt, in der Sache über die Nominierungsvorschläge entscheiden. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann bitte ich Sie um das Zeichen mit der Stimmkarte, wenn Sie dem Vorschlag folgen, offen über die Kandidatenliste abzustimmen. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann stimmen wir jetzt über die Liste der Kandidaten ab. Ich sage noch einmal: Sie finden diese Liste in den Tagungsunterlagen. Deswegen verzichte ich jetzt darauf, Ihnen die Namen im

Einzelnen noch einmal vorzulesen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Ihnen vorliegende Kandidatenliste. Wer diesem Nominierungsvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich, gratuliere allen Gewählten und wünsche der EVP und uns allen eine erfolgreiche Arbeit auf dem Kongress im Januar des kommenden Jahres.

Wir kommen zum vorletzten Tagesordnungspunkt, zu TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER
SONSTIGE ANTRÄGE

Dieser Tagesordnungspunkt erübrigt sich, weil über den einzigen vorliegenden sonstigen Antrag, den Antrag CDU 1, im Rahmen unserer Gesamtabstimmung zum Leitantrag des Bundesvorstandes mit beraten und entschieden wurde.

Ich übergebe die Tagungsleitung damit an Erwin Teufel.

Erwin Teufel, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir kommen zu unserem letzten Tagesordnungspunkt, zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

SCHLUSSWORT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS
DR. ANGELA MERKEL, MdB

Ich übergebe ihr gerne das Wort.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Präsident! Liebe Delegierte und Freunde! Ein arbeitsreicher Tag liegt hinter uns, und wir haben einen weiteren Schritt auf dem Weg unserer programmatischen Erneuerung getan. 1998 haben wir gesagt, wir nehmen die Herausforderung an. 1999 haben wir dann gesagt, wir müssen wieder mitten im Leben stehen. Wir haben 1998 die Kontakte zu manchen Gruppen in der Gesellschaft verloren; viele haben uns nicht mehr ausreichend verstanden, und viele haben uns manches auch nicht mehr zugetraut. Wir müssen uns Schritt für Schritt Vertrauen wieder erarbeiten. Vertrauen erarbeiten, das gelingt nur, wenn wir uns mit den Themen beschäftigen, die die Menschen bewegen. Wir haben das auf unserem Kleinen Parteitag mit dem Thema „Familienpolitik" in Berlin im vergangenen Dezember getan, und wir sind uns darüber einig, dass das Thema „Familie" eines der entscheidenden Themen des 21. Jahrhunderts sein wird. Wir sind uns darüber einig, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Leben mit Kindern, die Frage der sozialen Sicherungssysteme und der Kinder eine wichtige Frage ist, die uns auch in den nächsten Monaten begleiten wird.

Folgerichtig haben wir nach der Arbeit am Thema „Familie" gefragt: Wie können wir den jungen Menschen den Zugang zum Wohlstand und die Teilhabe an einem guten Leben im 21. Jahrhundert ermöglichen? Deshalb haben wir uns heute unter der Leitung von Annette Schavan mit dem Thema „Bildung" befasst. Wir wissen, dass Bildung nicht endet, wenn

man aufhört, jung zu sein, sondern dass sich Bildung – deshalb haben wir auch von einer lernenden Gesellschaft gesprochen – in Zukunft durch das gesamte Leben ziehen wird.

Wir haben noch einige Schritte der Arbeit vor uns. Die Kommission von Christian Wulff, die sich mit dem Thema „Sozialstaat" befasst, hat Ergebnisse vorgelegt. Sie müssen in der Partei umfassend besprochen und auch kontrovers diskutiert werden.

Wir haben ein Papier der Kommission von Christa Thoben, das sich mit der Frage „Starker Bürger – starker Staat" befasst.

Ich empfehle allen, sich dieses Papier einmal anzuschauen. Insbesondere empfehle ich der Kommunalpolitischen Vereinigung, mit denen, die sich vor Ort mit der Verantwortlichkeit unserer Kommunalvertreter befassen, über dieses Papier kontrovers zu diskutieren.

Wir werden uns am Jahr der Freiwilligen beteiligen, das nächstes Jahr stattfindet. Starke Bürger gibt es nur, wenn wir ihnen ein Engagement im Ehrenamt ermöglichen. Ehrenamt, also eigenverantwortliche Betätigung vor Ort, ist ein Markenzeichen von CDU-Politik. Deshalb sollten wir ganz besonders im Jahr 2001 unsere Unterstützung für all diejenigen deutlich machen, die ehrenamtlich arbeiten. Wir sollten dies nicht nur in Sonntagsreden tun. Ich wünsche mir, dass CDU-geführte Kommunen, Städte und Länder in besonderer Weise, genauso wie bei der Bildungspolitik, dazu beitragen, sodass wir sagen können: Wir reden nicht nur; bei uns wird auch gehandelt. Die Menschen werden nämlich danach fragen.

Wir haben auf dem Weg zu einer Programmatik der neuen Sozialen Marktwirtschaft, bei der Arbeit der Zuwanderungskommission von Peter Müller und hinsichtlich der Frage, was unser christliches Menschenbild angesichts der Herausforderung von Gentechnologie und Biotechnologie eigentlich bedeutet, noch viel Arbeit vor uns.

Ich möchte mich bei Ihnen für das bisher Geleistete bedanken. Auch kontroverse Punkte wurden in einer Atmosphäre besprochen, die es uns ermöglichte, dass man zum Schluss lachen und sich darüber freuen konnte, eine gemeinsame Meinung gefunden zu haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden die inhaltliche Erneuerung nur schaffen, wenn wir unterschiedliche Meinungen untereinander respektieren und wenn wir zum Schluss in der Lage sind, die Mehrheitsmeinung zu akzeptieren.

(Beifall)

Das ist die notwendige Voraussetzung für Erneuerung. Deshalb gilt mein Dank all denen, die dazu ihren Beitrag geleistet haben.

Wir hatten häufig durchaus Themen, über die kontrovers diskutiert wurde. Wir haben über die 1 273 Anträge viel gestritten. Das Signal, das heute von diesem Kleinen Parteitag ausgeht, lautet: CDU-regierte Bundesländer haben einen Bildungsvorsprung. Aber ganz Deutschland muss einen Bildungsvorsprung bekommen. Deshalb müssen wir bei den anstehenden Landtagswahlkämpfen dafür sorgen, dass Erwin Teufel mit einer großen Mehrheit Ministerpräsident bleibt

(Beifall)

und dass wir auf dem nächsten Parteitag mit Christoph Böhr einen Ministerpräsidenten mehr unter uns haben. Sie können auf unsere Unterstützung zählen.

(Beifall)

Ich bin mir ganz sicher, dass vom heutigen Tag das Signal ausgeht: Die CDU ist wieder da. Die CDU diskutiert nicht nur, sondern sie handelt. Die CDU ist willens zu kämpfen und sie ist ein ernst zu nehmender Partner, wenn es ums Siegen geht. Wir wollen am 25. März zweimal siegen. Dafür sind wir gut gerüstet. Laurenz Meyer hat eine große Zustimmung bekommen. Friedrich Merz, Laurenz Meyer und ich sagen Ihnen: Wir werden in unseren jeweiligen Verantwortungsbereichen alles tun, damit die CDU noch stärker wird und noch weiter nach vorne kommt. Aber ohne Sie wird es nicht gehen. Deshalb müssen wir gemeinsam handeln, gemeinsam arbeiten und gemeinsam kämpfen.

(Beifall)

Ich möchte mich bei allen bedanken, die zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben: bei den vielen Helfern im Stuttgarter Messezentrum, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle, bei denjenigen, die für unsere Sicherheit gesorgt haben, und beim Landesverband Baden-Württemberg, der uns bei der Gestaltung des gestrigen Abends und bei dem Besuch von Schulen heute Morgen viel geholfen hat. Ich möchte mich auch bei denen bedanken, die über unseren Kleinen Parteitag berichten. Noch einmal: Herzlichen Dank all denen, die zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben.

(Beifall)

Wie es bei uns Tradition ist, beenden wir diesen Parteitag mit dem Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluss: 15.55 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll
des Bundesausschusses der CDU Deutschlands
(Kleiner Parteitag)
am 20. November 2000 in Stuttgart

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagespräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand bestellten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Wahl der Mandatsprüfungskommission des 14. Parteitages der CDU Deutschlands
8. Grußworte

8.1. Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart
Dr. Wolfgang Schuster

8.2. Grußwort des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg
Ministerpräsident Erwin Teufel MdL

9. Berichte

9.1. Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Dr. Angela Merkel MdB

9.2. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Friedrich Merz MdB

10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Aussprache zu den Berichten
12. Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands nach § 31 Abs. 3 Statut der CDU
13. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes
„Aufbruch in die lernende Gesellschaft"

13.1. Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes
Dr. Annette Schavan, Vorsitzende der Präsidiumskommission „Bildung 2000"

13.2. Aussprache zum Antrag des Bundesvorstandes

13.3. Antragsberatung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes

14. Wahl der Delegierten zum XIV. EVP-Kongress

15. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge

16. Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Bundesausschusses in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB	Vorsitzende der CDU Deutschlands
Vorsitzender des Tagungspräsidiums:	Ministerpräsident Erwin Teufel MdL
Weitere Mitglieder:	Volker Rühe MdB
	Dr. Jürgen Rüttgers MdB
	Dr. Annette Schavan
	Christian Wulff MdL
	Christoph Böhr MdL

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Dr. Willi Hausmann

Mitglieder:

Volker Kauder MdB
Helmut Rau MdL
Stefan Schlede MdA
Carola Hartfelder MdL
Bernd Neumann MdB
Birgit Schnieber-Jastram MdB
Karin Wolff MdL
Steffi Schnoor MdL
Rita Pawelski MdL
Bernhard Recker MdL
Herbert Reul MdL
Dr. Maria Böhmer MdB
Jürgen Schreier MdL
Dr. Matthias Rößler MdL
Dr. Christoph Bergner MdL
Jost de Jager MdL
Dieter Althaus MdL
Hildegard Müller
Peter Rauen MdB
Helmut Sauer
Rainer Eppelmann MdB
Peter Götz MdB
Dr. Bernhard Worms
Jochen Borchert MdB
Doris Pack MdEP
Prof. Dr. Rita Süssmuth MdB

Zu TOP 5: Die **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner Leiter der Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	Friedrich Claudius Schlumberger Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz
	Randolf Stamm Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen
	Susanne Verweyen-Emmrich Geschäftsführerin des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Jürgen Zander CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	Angelika Blessing
	Karin Mehler
	Simone Neugebauer CDU-Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg
	Heike Göttlicher Geschäftsführerin des CDU-Kreisverbandes Ludwigsburg
	Ansgar Kleiner Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Stuttgart

Zu TOP 7: Die **Mandatsprüfungskommission für den 14. Parteitag der CDU Deutschlands** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt gewählt:

	Vorsitzender:	Ulf Leisner Leiter der Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle
	Weitere Mitglieder:	Wulf Rüdiger Brocke Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Hamburg
		Silke Müller Geschäftsführerin des CDU-Landesverbandes Bremen
		Bernd Reisener Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt
		Matthias Wambach Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Berlin

Zu TOP 8: **Grußworte**

Zu TOP 8.1: Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart Dr. Wolfgang Schuster

Zu TOP 8.2: Grußwort des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg Ministerpräsident Erwin Teufel MdL

Zu TOP 9: **Berichte**

Zu TOP 9.1/11: Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel MdB,** nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9.2/11: Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz MdB,** nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: **Bericht der Mandatsprüfungskommission:**

Die Mandatsprüfungskommission erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 30 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Bundesausschuss aus 150 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12:30 Uhr von den 150 stimmberechtigten Delegierten des Bundesausschusses 116 anwesend. Das sind 77,33 %.

Der Bundesausschuss ist beschlussfähig."

(Vor Aufruf von TOP 12 – Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands nach § 31 Abs. 3 Statut der CDU – aktualisierte die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht dahingehend, dass um 13:00 Uhr 118 stimmberechtigte Delegierte anwesend waren.)

gez. Ulf Leisner

– Vorsitzender –

gez. Friedrich Claudius Schlumberger gez. Randolf Stamm

gez. Susanne Verweyen-Emmerich

Zu TOP 12: **Wahl des Generalsekretärs der CDU Deutschlands nach § 31 Abs. 3 Statut der CDU**

Es wurde gewählt:

Laurenz Meyer MdL

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	106
Ungültig:	keine
Enthaltungen:	6
Gültige Stimmen:	100

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	51
Ja:	99
Nein:	1

Zu TOP 13: **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Aufbruch in die lernende Gesellschaft"**

TOP 13.1: Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes durch die Vorsitzende der Präsidiumskommission „Bildung 2000", Frau Dr. Annette Schavan, zustimmend zur Kenntnis.

TOP 13.2/13.3: Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands fasste über den Antrag des Bundesvorstandes „Aufbruch in die lernende Gesellschaft" in offener Abstimmung nach Antragsberatung und Aussprache folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 1159 sowie des Antrags C 1 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission" abgedruckt. Die Anträge A 1260 bis A 1283 sind in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission abgedruckt.)

A 1	Ablehnung
A 2	Überweisung an den Generalsekretär
A 3	Überweisung an den Generalsekretär
A 4	Annahme idF der Antragskommission
A 5	Ablehnung
A 6	Ablehnung
A 7	Ablehnung
A 8	Ablehnung
A 9	Erledigung durch Ziff. 3, vorletzter Spiegel
A 10	Ablehnung
A 11	Ablehnung
A 12	Annahme idF der Antragskommission
A 13	Ablehnung

A 14	Ablehnung
A 15	Ablehnung
A 16	Annahme idF der Antragskommission
A 17	Ablehnung
A 18	Annahme idF der Antragskommission
A 19	Annahme idF der Antragskommission
A 20	Annahme idF der Antragskommission
A 21	Ablehnung
A 22	Annahme idF der Antragskommission
A 23	Annahme idF der Antragskommission
A 24	Ablehnung
A 25	Annahme idF der Antragskommission
A 26	Ablehnung
A 27	Annahme idF der Antragskommission
A 28	Annahme idF der Antragskommission
A 29	Annahme idF der Antragskommission
A 30	Annahme idF der Antragskommission
A 31	Annahme idF der Antragskommission
A 32	Annahme idF der Antragskommission
A 33	Ablehnung
A 34	Annahme idF der Antragskommission
A 35	Ablehnung
A 36	Ablehnung
A 37	Erledigung durch Ziffer 29
A 38	Ablehnung
A 39	Ablehnung
A 40	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 41	Annahme idF der Antragskommission
A 42	Annahme idF der Antragskommission

A 43	Annahme idF der Antragskommission
A 44	Annahme idF der Antragskommission
A 45	Annahme idF der Antragskommission
A 46	Annahme idF der Antragskommission
A 47	Annahme idF der Antragskommission
A 48	Annahme idF der Antragskommission
A 49	Erledigung
A 50	Erledigung
A 51	Annahme idF der Antragskommission
A 52	Annahme idF der Antragskommission
A 53	Annahme idF der Antragskommission
A 54	Annahme idF der Antragskommission
A 55	Annahme idF der Antragskommission
A 56	Ablehnung
A 57	Ablehnung
A 58	Ablehnung
A 59	Annahme idF der Antragskommission
A 60	Annahme idF der Antragskommission
A 61	Annahme idF der Antragskommission
A 62	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 63	Erledigung durch Ziffer 1
A 64	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 65	Ablehnung
A 66	Ablehnung
A 67	Annahme idF der Antragskommission
A 68	Annahme idF der Antragskommission
A 69	Ablehnung
A 70	Annahme idF der Antragskommission
A 71	Annahme idF der Antragskommission

A 72	Annahme idF der Antragskommission
A 73	Erledigung durch Ziffer 17
A 74	Annahme idF der Antragskommission
A 75	Ablehnung
A 76	Erledigung durch Ziffer 17
A 77	Annahme idF der Antragskommission
A 78	Ablehnung
A 79	Erledigung
A 80	Annahme idF der Antragskommission
A 81	Ablehnung
A 82	Ablehnung
A 83	Erledigung
A 84	Ablehnung
A 85	Annahme idF der Antragskommission
A 86	Erledigung
A 87	Ablehnung
A 88	Annahme idF der Antragskommission
A 89	Ablehnung
A 90	Annahme idF der Antragskommission
A 91	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 92	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 93	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 94	Annahme idF der Antragskommission
A 95	Annahme idF der Antragskommission
A 96	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 97	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 98	Annahme idF der Antragskommission
A 99	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 100	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 101	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 102	Annahme
A 103	Ablehnung
A 104	Ablehnung
A 105	Ablehnung
A 106	Ablehnung
A 107	Erledigung durch Ziffer 4
A 108	Ablehnung
A 109	Ablehnung
A 110	Annahme idF der Antragskommission
A 111	Ablehnung
A 112	Annahme idF der Antragskommission
A 113	Ablehnung
A 114	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 115	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 116	Annahme idF der Antragskommission
A 117	Annahme idF der Antragskommission
A 118	Annahme idF der Antragskommission
A 119	Ablehnung
A 120	Annahme idF der Antragskommission
A 121	Ablehnung
A 122	Ablehnung
A 123	Ablehnung
A 124	Annahme idF der Antragskommission
A 125	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 126	Annahme idF der Antragskommission
A 127	Ablehnung
A 128	Ablehnung
A 129	Ablehnung

A 130	Annahme idF der Antragskommission
A 131	Ablehnung
A 132	Ablehnung
A 133	Ablehnung
A 134	Ablehnung
A 135	Ablehnung
A 136	Ablehnung
A 137	Ablehnung
A 138	Ablehnung
A 139	Annahme idF der Antragskommission
A 140	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 141	Annahme idF der Antragskommission
A 142	Ablehnung
A 143	Annahme idF der Antragskommission
A 144	Ablehnung
A 145	Ablehnung
A 146	Ablehnung
A 147	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 148	Ablehnung
A 149	Annahme idF der Antragskommission
A 150	Ablehnung
A 151	Ablehnung
A 152	Ablehnung
A 153	Ablehnung
A 154	Ablehnung
A 155	Annahme idF der Antragskommission
A 156	Ablehnung
A 157	Ablehnung
A 158	Annahme idF der Antragskommission

A 159	Annahme idF der Antragskommission
A 160	Ablehnung
A 161	Annahme idF der Antragskommission
A 162	Annahme idF der Antragskommission
A 163	Annahme idF der Antragskommission
A 164	Annahme idF der Antragskommission
A 165	Erledigung
A 166	Erledigung
A 167	Ablehnung
A 168	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 169	Ablehnung
A 170	Erledigung
A 171	Erledigung
A 172	Ablehnung
A 173	Annahme idF der Antragskommission
A 174	Ablehnung
A 175	Annahme idF der Antragskommission
A 176	Ablehnung
A 177	Ablehnung
A 178	Annahme idF der Antragskommission
A 179	Ablehnung
A 180	Ablehnung
A 181	Ablehnung
A 182	Ablehnung
A 183	Annahme idF der Antragskommission
A 184	Ablehnung
A 185	Ablehnung
A 186	Ablehnung
A 187	Ablehnung

A 188	Annahme idF der Antragskommission
A 189	Annahme idF der Antragskommission
A 190	Ablehnung
A 191	Ablehnung
A 192	Ablehnung
A 193	Ablehnung
A 194	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 195	Ablehnung
A 196	Annahme
A 197	Ablehnung
A 198	Ablehnung
A 199	Ablehnung
A 200	Annahme idF der Antragskommission
A 201	Annahme idF der Antragskommission
A 202	Ablehnung
A 203	Ablehnung
A 204	Annahme idF der Antragskommission
A 205	Annahme idF der Antragskommission
A 206	Antrag wurde als gegenstandslos betrachtet
A 207	Ablehnung
A 208	Ablehnung
A 209	Annahme idF der Antragskommission
A 210	Ablehnung
A 211	Annahme idF der Antragskommission
A 212	Ablehnung
A 213	Annahme idF der Antragskommission
A 214	Annahme idF der Antragskommission
A 215	Annahme idF der Antragskommission
A 216	Ablehnung

A 217	Ablehnung
A 218	Ablehnung
A 219	Ablehnung
A 220	Ablehnung
A 221	Erledigung durch Ziffer 11
A 222	Ablehnung
A 223	Ablehnung
A 224	Erledigung durch Ziffer 6
A 225	Ablehnung
A 226	Ablehnung
A 227	Ablehnung
A 228	Ablehnung
A 229	Annahme idF der Antragskommission
A 230	Ablehnung
A 231	Ablehnung
A 232	Ablehnung
A 233	Ablehnung
A 234	Ablehnung
A 235	Annahme idF der Antragskommission
A 236	Ablehnung
A 237	Erledigung durch Ziffer 11
A 238	Ablehnung
A 239	Erledigung durch Ziffer 14
A 240	Ablehnung
A 241	Annahme idF der Antragskommission
A 242	Ablehnung
A 243	Ablehnung
A 244	Erledigung durch Ziffer 14
A 245	Ablehnung

A 246	Ablehnung
A 247	Ablehnung
A 248	Ablehnung
A 249	Annahme idF der Antragskommission
A 250	Erledigung durch Ziffer 14
A 251	Ablehnung
A 252	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 253	Annahme idF der Antragskommission
A 254	Ablehnung
A 255	Annahme idF der Antragskommission
A 256	Ablehnung
A 257	Ablehnung
A 258	Ablehnung
A 259	Erledigung durch Ziffer 25
A 260	Annahme idF der Antragskommission
A 261	Ablehnung
A 262	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 263	Ablehnung
A 264	Ablehnung
A 265	Ablehnung
A 266	Ablehnung
A 267	Annahme idF der Antragskommission
A 268	Ablehnung
A 269	Ablehnung
A 270	Ablehnung
A 271	Ablehnung
A 272	Ablehnung
A 273	Annahme idF der Antragskommission
A 274	Ablehnung

A 275	Ablehnung
A 276	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 277	Annahme
A 278	Ablehnung
A 279	Ablehnung
A 280	Ablehnung
A 281	Ablehnung
A 282	Ablehnung
A 283	Ablehnung
A 284	Ablehnung
A 285	Ablehnung
A 286	Ablehnung
A 287	Ablehnung
A 288	Ablehnung
A 289	Ablehnung
A 290	Ablehnung
A 291	Annahme idF der Antragskommission
A 292	Ablehnung
A 293	Ablehnung
A 294	Annahme idF der Antragskommission
A 295	Ablehnung
A 296	Annahme idF der Antragskommission
A 297	Annahme idF der Antragskommission
A 298	Annahme idF der Antragskommission
A 299	Ablehnung
A 300	Ablehnung
A 301	Annahme idF der Antragskommission
A 302	Annahme idF der Antragskommission
A 303	Ablehnung

A 304	Annahme idF der Antragskommission
A 305	Ablehnung
A 306	Ablehnung
A 307	Ablehnung
A 308	Annahme idF der Antragskommission
A 309	Annahme idF der Antragskommission
A 310	Ablehnung
A 311	Ablehnung
A 312	Annahme idF der Antragskommission
A 313	Ablehnung
A 314	Annahme idF der Antragskommission
A 315	Annahme idF der Antragskommission
A 316	Annahme idF der Antragskommission
A 317	Ablehnung
A 318	Annahme idF der Antragskommission
A 319	Ablehnung
A 320	Annahme idF der Antragskommission
A 321	Ablehnung
A 322	Ablehnung
A 323	Ablehnung
A 324	Ablehnung
A 325	Ablehnung
A 326	Annahme idF der Antragskommission
A 327	Ablehnung
A 328	Ablehnung
A 329	Annahme idF der Antragskommission
A 330	Annahme idF der Antragskommission
A 331	Ablehnung
A 332	Ablehnung

A 333	Annahme idF der Antragskommission
A 334	Ablehnung
A 335	Ablehnung
A 336	Annahme idF der Antragskommission
A 337	Annahme idF der Antragskommission
A 338	Annahme idF der Antragskommission
A 339	Ablehnung
A 340	Annahme idF der Antragskommission
A 341	Annahme idF der Antragskommission
A 342	Ablehnung
A 343	Ablehnung
A 344	Annahme idF der Antragskommission
A 345	Ablehnung
A 346	Ablehnung
A 347	Annahme idF der Antragskommission
A 348	Ablehnung
A 349	Ablehnung
A 350	Ablehnung
A 351	Erledigung durch Ziffer 3
A 352	Ablehnung
A 353	Ablehnung
A 354	Ablehnung
A 355	Ablehnung
A 356	Ablehnung
A 357	Ablehnung
A 358	Ablehnung
A 359	Annahme idF der Antragskommission
A 360	Ablehnung
A 361	Ablehnung

A 362	Annahme idF der Antragskommission
A 363	Ablehnung
A 364	Ablehnung
A 365	Erledigung durch Ziffer 3
A 366	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 367	Ablehnung
A 368	Ablehnung
A 369	Ablehnung
A 370	Ablehnung
A 371	Ablehnung
A 372	Ablehnung
A 373	Ablehnung
A 374	Ablehnung
A 375	Ablehnung
A 376	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 377	Ablehnung
A 378	Ablehnung
A 379	Ablehnung
A 380	Annahme idF der Antragskommission
A 381	Ablehnung
A 382	Ablehnung
A 383	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 384	Annahme idF der Antragskommission
A 385	Ablehnung
A 386	Ablehnung
A 387	Annahme idF der Antragskommission
A 388	Annahme idF der Antragskommission
A 389	Ablehnung
A 390	Ablehnung

A 391	Ablehnung
A 392	Ablehnung
A 393	Ablehnung
A 394	Annahme idF der Antragskommission
A 395	Ablehnung
A 396	Annahme idF der Antragskommission
A 397	Ablehnung
A 398	Ablehnung
A 399	Ablehnung
A 400	Annahme idF der Antragskommission
A 401	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 402	Ablehnung
A 403	Annahme idF der Antragskommission
A 404	Ablehnung
A 405	Annahme idF der Antragskommission
A 406	Ablehnung
A 407	Annahme idF der Antragskommission
A 408	Annahme idF der Antragskommission
A 409	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 410	Ablehnung
A 411	Ablehnung
A 412	Annahme idF der Antragskommission
A 413	Annahme idF der Antragskommission
A 414	Ablehnung
A 415	Ablehnung
A 416	Ablehnung
A 417	Ablehnung
A 418	Ablehnung
A 419	Ablehnung

A 420	Ablehnung
A 421	Ablehnung
A 422	Ablehnung
A 423	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 424	Ablehnung
A 425	Ablehnung
A 426	Ablehnung
A 427	Ablehnung
A 428	Annahme idF der Antragskommission
A 429	Ablehnung
A 430	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 431	Ablehnung
A 432	Ablehnung
A 433	Ablehnung
A 434	Ablehnung
A 435	Annahme idF der Antragskommission
A 436	Ablehnung
A 437	Annahme idF der Antragskommission
A 438	Ablehnung
A 439	Ablehnung
A 440	Annahme idF der Antragskommission
A 441	Annahme idF der Antragskommission
A 442	Ablehnung
A 443	Ablehnung
A 444	Ablehnung
A 445	Erledigung
A 446	Ablehnung
A 447	Ablehnung
A 448	Ablehnung

A 449	Ablehnung
A 450	Ablehnung
A 451	Annahme idF der Antragskommission
A 452	Ablehnung
A 453	Ablehnung
A 454	Ablehnung
A 455	Ablehnung
A 456	Ablehnung
A 457	Ablehnung
A 458	Ablehnung
A 459	Annahme idF der Antragskommission
A 460	Annahme idF der Antragskommission
A 461	Annahme idF der Antragskommission
A 462	Annahme idF der Antragskommission
A 463	Annahme idF der Antragskommission
A 464	Ablehnung
A 465	Ablehnung
A 466	Ablehnung
A 467	Annahme idF der Antragskommission
A 468	Ablehnung
A 469	Erledigung
A 470	Annahme idF der Antragskommission
A 471	Ablehnung
A 472	Ablehnung
A 473	Annahme idF der Antragskommission
A 474	Ablehnung
A 475	Ablehnung
A 476	Ablehnung
A 477	Annahme idF der Antragskommission

A 478	Erledigung durch Ziffer 21
A 479	Annahme idF der Antragskommission
A 480	Annahme idF der Antragskommission
A 481	Annahme idF der Antragskommission
A 482	Ablehnung
A 483	Annahme idF der Antragskommission
A 484	Ablehnung
A 485	Annahme idF der Antragskommission
A 486	Annahme idF der Antragskommission
A 487	Ablehnung
A 488	Ablehnung
A 489	Annahme idF der Antragskommission
A 490	Annahme idF der Antragskommission
A 491	Annahme idF der Antragskommission
A 492	Ablehnung
A 493	Ablehnung
A 494	Ablehnung
A 495	Ablehnung
A 496	Ablehnung
A 497	Ablehnung
A 498	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 499	Ablehnung
A 500	Ablehnung
A 501	Ablehnung
A 502	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 503	Ablehnung
A 504	Annahme idF der Antragskommission
A 505	Ablehnung
A 506	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 507	Annahme idF der Antragskommission
A 508	Annahme idF der Antragskommission
A 509	Ablehnung
A 510	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 511	Ablehnung
A 512	Annahme idF der Antragskommission
A 513	Ablehnung
A 514	Ablehnung
A 515	Ablehnung
A 516	Ablehnung
A 517	Annahme idF der Antragskommission
A 518	Ablehnung
A 519	Annahme idF der Antragskommission
A 520	Annahme idF der Antragskommission
A 521	Annahme idF der Antragskommission
A 522	Ablehnung
A 523	Ablehnung
A 524	Erledigung durch Ziffer 24
A 525	Annahme idF der Antragskommission
A 526	Ablehnung
A 527	Annahme idF der Antragskommission
A 528	Ablehnung
A 529	Annahme idF der Antragskommission
A 530	Ablehnung
A 531	Annahme idF der Antragskommission
A 532	Ablehnung
A 533	Annahme idF der Antragskommission
A 534	Ablehnung
A 535	Ablehnung

A 536	Annahme idF der Antragskommission
A 537	Ablehnung
A 538	Ablehnung
A 539	Annahme idF der Antragskommission
A 540	Erledigung durch Ziffer 24
A 541	Ablehnung
A 542	Ablehnung
A 543	Ablehnung
A 544	Ablehnung
A 545	Annahme idF der Antragskommission
A 546	Ablehnung
A 547	Ablehnung
A 548	Ablehnung
A 549	Ablehnung
A 550	Annahme idF der Antragskommission
A 551	Überweisung an CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 552	Annahme idF der Antragskommission
A 553	Ablehnung
A 554	Ablehnung
A 555	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 556	Ablehnung
A 557	Ablehnung
A 558	Ablehnung
A 559	Ablehnung
A 560	Annahme idF der Antragskommission
A 561	Annahme idF der Antragskommission
A 562	Ablehnung
A 563	Ablehnung
A 564	Annahme idF der Antragskommission

A 565	Ablehnung
A 566	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 567	Annahme idF der Antragskommission
A 568	Annahme idF der Antragskommission
A 569	Erledigung durch Ziffer 25
A 570	Annahme idF der Antragskommission
A 571	Erledigung durch Ziffer 23
A 572	Erledigung durch Ziffer 23
A 573	Ablehnung
A 574	Ablehnung
A 575	Erledigung durch Ziffer 29
A 576	Annahme idF der Antragskommission
A 577	Ablehnung
A 578	Erledigung durch Ziffer 29
A 579	Annahme idF der Antragskommission
A 580	Annahme idF der Antragskommission
A 581	Ablehnung
A 582	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 583	Ablehnung
A 584	Annahme idF der Antragskommission
A 585	Annahme idF der Antragskommission
A 586	Annahme idF der Antragskommission
A 587	Annahme idF der Antragskommission
A 588	Erledigung durch Ziffer 3
A 589	Annahme idF der Antragskommission
A 590	Annahme idF der Antragskommission
A 591	Annahme idF der Antragskommission
A 592	Ablehnung
A 593	Ablehnung

A 594	Ablehnung
A 595	Ablehnung
A 596	Ablehnung
A 597	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 598	Ablehnung
A 599	Annahme idF der Antragskommission
A 600	Annahme idF der Antragskommission
A 601	Annahme idF der Antragskommission
A 602	Annahme
A 603	Ablehnung
A 604	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 605	Ablehnung
A 606	Annahme idF der Antragskommission
A 607	Annahme idF der Antragskommission
A 608	Ablehnung
A 609	Annahme idF der Antragskommission
A 610	Annahme idF der Antragskommission
A 611	Annahme idF der Antragskommission
A 612	Annahme idF der Antragskommission
A 613	Ablehnung
A 614	Annahme idF der Antragskommission
A 615	Ablehnung
A 616	Annahme idF der Antragskommission
A 617	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 618	Ablehnung
A 619	Ablehnung
A 620	Annahme idF der Antragskommission
A 621	Annahme idF der Antragskommission
A 622	Ablehnung

A 623	Ablehnung
A 624	Ablehnung
A 625	Annahme idF der Antragskommission
A 626	Ablehnung
A 627	Erledigung durch Ziffer 24
A 628	Ablehnung
A 629	Erledigung durch Ziffer 24
A 630	Ablehnung
A 631	Erledigung durch Ziffer 24
A 632	Ablehnung
A 633	Ablehnung
A 634	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 635	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 636	Erledigung durch Ziffer 24
A 637	Ablehnung
A 638	Erledigung durch Ziffer 24
A 639	Annahme idF der Antragskommission
A 640	Annahme idF der Antragskommission
A 641	Annahme idF der Antragskommission
A 642	Annahme idF der Antragskommission
A 643	Annahme idF der Antragskommission
A 644	Ablehnung
A 645	Annahme idF der Antragskommission
A 646	Ablehnung
A 647	Ablehnung
A 648	Ablehnung
A 649	Annahme idF der Antragskommission
A 650	Annahme idF der Antragskommission
A 651	Annahme idF der Antragskommission

A 652	Ablehnung
A 653	Ablehnung
A 654	Annahme idF der Antragskommission
A 655	Ablehnung
A 656	Erledigung durch A 651
A 657	Annahme idF der Antragskommission
A 658	Annahme idF der Antragskommission
A 659	Ablehnung
A 660	Erledigung durch Ziffer 24
A 661	Annahme idF der Antragskommission
A 662	Annahme idF der Antragskommission
A 663	Ablehnung
A 664	Annahme idF der Antragskommission
A 665	Annahme idF der Antragskommission
A 666	Annahme idF der Antragskommission
A 667	Annahme idF der Antragskommission
A 668	Annahme idF der Antragskommission
A 669	Ablehnung
A 670	Annahme idF der Antragskommission
A 671	Erledigung
A 672	Ablehnung
A 673	Annahme idF der Antragskommission
A 674	Ablehnung
A 675	Annahme idF der Antragskommission
A 676	Annahme idF der Antragskommission
A 677	Erledigung durch Ziffer 24
A 678	Ablehnung
A 679	Annahme idF der Antragskommission
A 680	Annahme idF der Antragskommission

A 681	Ablehnung
A 682	Annahme idF der Antragskommission
A 683	Ablehnung
A 684	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 685	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 686	Erledigung durch Ziffer 38
A 687	Ablehnung
A 688	Ablehnung
A 689	Erledigung durch Ziffer 24
A 690	Annahme idF der Antragskommission
A 691	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 692	Ablehnung
A 693	Ablehnung
A 694	Ablehnung
A 695	Annahme idF der Antragskommission
A 696	Ablehnung
A 697	Annahme idF der Antragskommission
A 698	Ablehnung
A 699	Annahme idF der Antragskommission
A 700	Ablehnung
A 701	Annahme idF der Antragskommission
A 702	Ablehnung
A 703	Ablehnung
A 704	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 705	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 706	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 707	Ablehnung
A 708	Ablehnung
A 709	Ablehnung

A 710	Ablehnung
A 711	Ablehnung
A 712	Ablehnung
A 713	Ablehnung
A 714	Ablehnung
A 715	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 716	Ablehnung
A 717	Ablehnung
A 718	Annahme idF der Antragskommission
A 719	Ablehnung
A 720	Ablehnung
A 721	Ablehnung
A 722	Ablehnung
A 723	Ablehnung
A 724	Ablehnung
A 725	Ablehnung
A 726	Ablehnung
A 727	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 728	Ablehnung
A 729	Ablehnung
A 730	Ablehnung
A 731	Ablehnung
A 732	Ablehnung
A 733	Ablehnung
A 734	Ablehnung
A 735	Erledigung durch Ziffer 33
A 736	Ablehnung
A 737	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 738	Ablehnung

A 739	Ablehnung
A 740	Ablehnung
A 741	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 742	Annahme idF der Antragskommission
A 743	Ablehnung
A 744	Ablehnung
A 745	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 746	Annahme
A 747	Ablehnung
A 748	Ablehnung
A 749	Ablehnung
A 750	Ablehnung
A 751	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 752	Ablehnung
A 753	Ablehnung
A 754	Ablehnung
A 755	Ablehnung
A 756	Annahme idF der Antragskommission
A 757	Erledigung durch Ziffer 33
A 758	Ablehnung
A 759	Ablehnung
A 760	Ablehnung
A 761	Erledigung durch Ziffer 24
A 762	Annahme
A 763	Ablehnung
A 764	Ablehnung
A 765	Ablehnung
A 766	Ablehnung
A 767	Ablehnung

A 768	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 769	Erledigung durch Ziffer 29
A 770	Ablehnung
A 771	Erledigung durch Ziffer 29
A 772	Erledigung durch Ziffer 29
A 773	Ablehnung
A 774	Ablehnung
A 775	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 776	Ablehnung
A 777	Erledigung durch Ziffer 29
A 778	Annahme idF der Antragskommission
A 779	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 780	Ablehnung
A 781	Ablehnung
A 782	Ablehnung
A 783	Ablehnung
A 784	Ablehnung
A 785	Annahme idF der Antragskommission
A 786	Annahme idF der Antragskommission
A 787	Ablehnung
A 788	Annahme idF der Antragskommission
A 789	Annahme idF der Antragskommission
A 790	Annahme idF der Antragskommission
A 791	Annahme idF der Antragskommission
A 792	Ablehnung
A 793	Ablehnung
A 794	Ablehnung
A 795	Annahme idF der Antragskommission
A 796	Erledigung durch Ziffer 30

A 797	Ablehnung
A 798	Ablehnung
A 799	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 800	Ablehnung
A 801	Erledigung durch Ziffer 3
A 802	Erledigung durch Ziffer 30
A 803	Ablehnung
A 804	Annahme idF der Antragskommission
A 805	Annahme idF der Antragskommission
A 806	Ablehnung
A 807	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 808	Annahme idF der Antragskommission
A 809	Ablehnung
A 810	Annahme idF der Antragskommission
A 811	Annahme idF der Antragskommission
A 812	Ablehnung
A 813	Ablehnung
A 814	Ablehnung
A 815	Ablehnung
A 816	Annahme idF der Antragskommission
A 817	Ablehnung
A 818	Ablehnung
A 819	Ablehnung
A 820	Annahme idF der Antragskommission
A 821	Ablehnung
A 822	Ablehnung
A 823	Ablehnung
A 824	Annahme idF der Antragskommission
A 825	Ablehnung

A 826	Ablehnung
A 827	Annahme idF der Antragskommission
A 828	Annahme idF der Antragskommission
A 829	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 830	Annahme idF der Antragskommission
A 831	Annahme idF der Antragskommission
A 832	Ablehnung
A 833	Ablehnung
A 834	Annahme idF der Antragskommission
A 835	Ablehnung
A 836	Annahme idF der Antragskommission
A 837	Annahme idF der Antragskommission
A 838	Ablehnung
A 839	Annahme idF der Antragskommission
A 840	Annahme idF der Antragskommission
A 841	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 842	Ablehnung
A 843	Ablehnung
A 844	Ablehnung
A 845	Annahme idF der Antragskommission
A 846	Annahme
A 847	Ablehnung
A 848	Ablehnung
A 849	Annahme idF der Antragskommission
A 850	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 851	Ablehnung
A 852	Ablehnung
A 853	Annahme idF der Antragskommission
A 854	Annahme idF der Antragskommission

A 855	Annahme idF der Antragskommission
A 856	Ablehnung
A 857	Ablehnung
A 858	Annahme idF der Antragskommission
A 859	Ablehnung
A 860	Annahme idF der Antragskommission
A 861	Annahme
A 862	Ablehnung
A 863	Ablehnung
A 864	Ablehnung
A 865	Ablehnung
A 866	Ablehnung
A 867	Annahme
A 868	Ablehnung
A 869	Ablehnung
A 870	Ablehnung
A 871	Ablehnung
A 872	Annahme idF der Antragskommission
A 873	Annahme idF der Antragskommission
A 874	Ablehnung
A 875	Ablehnung
A 876	Ablehnung
A 877	Ablehnung
A 878	Ablehnung
A 879	Ablehnung
A 880	Annahme idF der Antragskommission
A 881	Ablehnung
A 882	Ablehnung
A 883	Ablehnung

A 884	Annahme
A 885	Ablehnung
A 886	Ablehnung
A 887	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 888	Ablehnung
A 889	Annahme
A 890	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 891	Ablehnung
A 892	Annahme
A 893	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 894	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 895	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 896	Annahme idF der Antragskommission
A 897	Annahme idF der Antragskommission
A 898	Annahme idF der Antragskommission
A 899	Ablehnung
A 900	Ablehnung
A 901	Ablehnung
A 902	Annahme idF der Antragskommission
A 903	Ablehnung
A 904	Ablehnung
A 905	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 906	Annahme idF der Antragskommission
A 907	Ablehnung
A 908	Ablehnung
A 909	Annahme idF der Antragskommission
A 910	Ablehnung
A 911	Annahme idF der Antragskommission
A 912	Ablehnung

A 913	Ablehnung
A 914	Ablehnung
A 915	Ablehnung
A 916	Ablehnung
A 917	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 918	Ablehnung
A 919	Annahme idF der Antragskommission
A 920	Ablehnung
A 921	Ablehnung
A 922	Ablehnung
A 923	Ablehnung
A 924	Ablehnung
A 925	Annahme idF der Antragskommission
A 926	Annahme idF der Antragskommission
A 927	Ablehnung
A 928	Annahme idF der Antragskommission
A 929	Annahme idF der Antragskommission
A 930	Annahme idF der Antragskommission
A 931	Annahme idF der Antragskommission
A 932	Annahme idF der Antragskommission
A 933	Annahme idF der Antragskommission
A 934	Annahme idF der Antragskommission
A 935	Ablehnung
A 936	Ablehnung
A 937	Ablehnung
A 938	Annahme idF der Antragskommission
A 939	Ablehnung
A 940	Ablehnung
A 941	Ablehnung

A 942	Ablehnung
A 943	Ablehnung
A 944	Erledigung durch Ziffer 39
A 945	Annahme
A 946	Erledigung durch Ziffer 53
A 947	Ablehnung
A 948	Ablehnung
A 949	Ablehnung
A 950	Ablehnung
A 951	Ablehnung
A 952	Annahme idF der Antragskommission
A 953	Annahme idF der Antragskommission
A 954	Ablehnung
A 955	Annahme idF der Antragskommission
A 956	Annahme idF der Antragskommission
A 957	Ablehnung
A 958	Ablehnung
A 959	Annahme idF der Antragskommission
A 960	Annahme idF der Antragskommission
A 961	Ablehnung
A 962	Ablehnung
A 963	Ablehnung
A 964	Annahme idF der Antragskommission
A 965	Annahme idF der Antragskommission
A 966	Annahme idF der Antragskommission
A 967	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 968	Annahme idF der Antragskommission
A 969	Ablehnung
A 970	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 971	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 972	Ablehnung
A 973	Ablehnung
A 974	Ablehnung
A 975	Annahme idF der Antragskommission
A 976	Ablehnung
A 977	Ablehnung
A 978	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 979	Annahme idF der Antragskommission
A 980	Annahme idF der Antragskommission
A 981	Annahme idF der Antragskommission
A 982	Annahme idF der Antragskommission
A 983	Annahme idF der Antragskommission
A 984	Annahme idF der Antragskommission
A 985	Ablehnung
A 986	Ablehnung
A 987	Annahme idF der Antragskommission
A 988	Annahme idF der Antragskommission
A 989	Annahme idF der Antragskommission
A 990	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 991	Ablehnung
A 992	Ablehnung
A 993	Ablehnung
A 994	Annahme
A 995	Ablehnung
A 996	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 997	Annahme
A 998	Ablehnung
A 999	Annahme idF der Antragskommission

A 1000	Annahme idF der Antragskommission
A 1001	Ablehnung
A 1002	Erledigung durch Ziffer 62
A 1003	Ablehnung
A 1004	Annahme idF der Antragskommission
A 1005	Annahme idF der Antragskommission
A 1006	Ablehnung
A 1007	Erledigung durch Ziffer 67
A 1008	Annahme idF der Antragskommission
A 1009	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1010	Ablehnung
A 1011	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1012	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1013	Ablehnung
A 1014	Annahme idF der Antragskommission
A 1015	Ablehnung
A 1016	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1017	Annahme idF der Antragskommission
A 1018	Annahme idF der Antragskommission
A 1019	Ablehnung
A 1020	Annahme idF der Antragskommission
A 1021	Ablehnung
A 1022	Erledigung durch Ziffer 64
A 1023	Erledigung durch Ziffer 64
A 1024	Annahme idF der Antragskommission
A 1025	Ablehnung
A 1026	Ablehnung
A 1027	Ablehnung
A 1028	Erledigung durch Ziffer 73

A 1029	Ablehnung
A 1030	Ablehnung
A 1031	Annahme idF der Antragskommission
A 1032	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1033	Annahme idF der Antragskommission
A 1034	Ablehnung
A 1035	Annahme idF der Antragskommission
A 1036	Ablehnung
A 1037	Ablehnung
A 1038	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1039	Ablehnung
A 1040	Ablehnung
A 1041	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1042	Ablehnung
A 1043	Annahme idF der Antragskommission
A 1044	Annahme idF der Antragskommission
A 1045	Annahme idF der Antragskommission
A 1046	Annahme idF der Antragskommission
A 1047	Ablehnung
A 1048	Ablehnung
A 1049	Ablehnung
A 1050	Ablehnung
A 1051	Ablehnung
A 1052	Ablehnung
A 1053	Annahme
A 1054	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1055	Ablehnung
A 1056	Ablehnung
A 1057	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 1058	Annahme idF der Antragskommission
A 1059	Annahme idF der Antragskommission
A 1060	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1061	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1062	Annahme idF der Antragskommission
A 1063	Annahme idF der Antragskommission
A 1064	Annahme idF der Antragskommission
A 1065	Ablehnung
A 1066	Annahme idF der Antragskommission
A 1067	Annahme idF der Antragskommission
A 1068	Annahme idF der Antragskommission
A 1069	Ablehnung
A 1070	Ablehnung
A 1071	Ablehnung
A 1072	Ablehnung
A 1073	Annahme idF der Antragskommission
A 1074	Annahme idF der Antragskommission
A 1075	Annahme idF der Antragskommission
A 1076	Ablehnung
A 1077	Annahme idF der Antragskommission
A 1078	Annahme idF der Antragskommission
A 1079	Annahme idF der Antragskommission
A 1080	Annahme idF der Antragskommission
A 1081	Ablehnung
A 1082	Ablehnung
A 1083	Erledigung durch Ziffer 67
A 1084	Annahme idF der Antragskommission
A 1085	Annahme
A 1086	Erledigung durch Ziffer 73

A 1087	Annahme idF der Antragskommission
A 1088	Annahme idF der Antragskommission
A 1089	Ablehnung
A 1090	Annahme idF der Antragskommission
A 1091	Annahme idF der Antragskommission
A 1092	Annahme idF der Antragskommission
A 1093	Annahme idF der Antragskommission
A 1094	Ablehnung
A 1095	Ablehnung
A 1096	Annahme idF der Antragskommission
A 1097	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1098	Ablehnung
A 1099	Ablehnung
A 1100	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1101	Ablehnung
A 1102	Annahme idF der Antragskommission
A 1103	Ablehnung
A 1104	Annahme idF der Antragskommission
A 1105	Ablehnung
A 1106	Ablehnung
A 1107	Ablehnung
A 1108	Annahme idF der Antragskommission
A 1109	Annahme
A 1110	Ablehnung
A 1111	Ablehnung
A 1112	Ablehnung
A 1113	Ablehnung
A 1114	Ablehnung
A 1115	Ablehnung

A 1116	Ablehnung
A 1117	Ablehnung
A 1118	Ablehnung
A 1119	Ablehnung
A 1120	Ablehnung
A 1121	Annahme idF der Antragskommission
A 1122	Annahme idF der Antragskommission
A 1123	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1124	Ablehnung
A 1125	Ablehnung
A 1126	Ablehnung
A 1127	Ablehnung
A 1128	Annahme idF der Antragskommission
A 1129	Ablehnung
A 1130	Ablehnung
A 1131	Annahme idF der Antragskommission
A 1132	Annahme idF der Antragskommission
A 1133	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1134	Ablehnung
A 1135	Erledigung durch Ziffern 53 und 79
A 1136	Ablehnung
A 1137	Ablehnung
A 1138	Annahme idF der Antragskommission
A 1139	Ablehnung
A 1140	Ablehnung
A 1141	Annahme idF der Antragskommission
A 1142	Ablehnung
A 1143	Annahme idF der Antragskommission
A 1144	Annahme idF der Antragskommission

A 1145	Annahme idF der Antragskommission
A 1146	Ablehnung
A 1147	Ablehnung
A 1148	Annahme idF der Antragskommission
A 1149	Ablehnung
A 1150	Ablehnung
A 1151	Ablehnung
A 1152	Ablehnung
A 1153	Ablehnung
A 1154	Ablehnung
A 1155	Annahme
A 1156	Ablehnung
A 1157	Ablehnung
A 1158	Ablehnung
A 1159	Ablehnung
A 1260	Annahme idF der Antragskommission
A 1261	Annahme idF der Antragskommission
A 1262	Annahme idF der Antragskommission
A 1263	Erledigung durch Ziffer 3, 3. Spiegel
A 1264	Ablehnung
A 1265	Ablehnung
A 1266	Erledigung durch Ziffer 40
A 1267	Annahme idF der Antragskommission
A 1268	Annahme idF der Antragskommission
A 1269	Ablehnung
A 1270	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1271	Erledigung durch Ziffer 21
A 1272	Erledigung durch Ziffern 22 und 23
A 1273	Überweisung an BFA Bildungspolitik

A 1274	Überweisung an Internet-Kommission und BFA Bildungspolitik
A 1275	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 1276	Ablehnung
A 1277	Ablehnung
A 1278	Überweisung an BFA Bildungspolitik
A 1279	Annahme idF der Antragskommission
A 1280	Annahme
A 1281	Annahme idF der Antragskommission
A 1282	Annahme idF der Antragskommission
A 1283	Annahme idF der Antragskommission
C 1	Ablehnung

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung des angenommenen Antrags ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des Bundesausschusses der CDU Deutschlands.

Zu TOP 14: Es wurden zu Delegierten und Stellvertretenden Delegierten der CDU Deutschlands für den **XIV. EVP-Kongress** vom 11. bis 13. Januar 2001 in Berlin in offener Abstimmung einstimmig und ohne Gegenstimmen gewählt:

Landesverband	**Delegierte**	**Ersatzdelegierte**
Baden-Württemberg	Dr. Renate Heinisch	Susanne Verweyen-Emmrich
	Andreas Zwickl	Marion Gentges
	Heribert Rech MdL	Frieder Fundis
Berlin	Andreas Apelt MdA	–

Brandenburg	Martin Habermann MdL	Martin Stock
Bremen	Michael Teiser MdBB	Bernd Neumann MdB
Hamburg	Bettina Machaczek MdHB	–
Hessen	Aloys Lenz MdL	Dr. Albrecht Magen
	Prof. Dr. Daniela Birkenfeld-Pfeiffer	Antonio Costanzo
	Dr. Peter Lennert MdL	Dorothee Diehl
Mecklenburg-Vorpommern	Herbert Helmrich MdL	Christine Frank
Niedersachsen	Dr. Martina Krogmann MdB	Stephanie Lösche
	Friedrich-Otto Ripke	Enak Ferlemann
	Bernd-Josef Scheerer	Friedhelm Biestmann MdL
Nordrhein-Westfalen	Ilka Keller MdL	–
	Prof. Dr. Horst Posdorf MdL	
	Lothar Hegemann MdL	
	Dr. Ralf Brauksiepe MdB	
Rheinland-Pfalz	Dr. E. Klepsch und	–
	H. Langes als Mitglieder	
	des EVP-Vorstandes	
Saarland	Monika Beck	Karl Rauber
	Helma Kuhn-Theis MdL	Hanno Thewes

Sachsen	Frank Wetzel	Dirk Assmus
	Prof. Thomas Thomaschke	Raimund J. Köhnen
Sachsen-Anhalt	Dr. Werner Sobetzko MdL	–
Schleswig-Holstein	Peter Lehnert MdL	Bärbel Schulz
	Dr. Johann Wadephul	Manfred Ritzek MdL
Thüringen	Gustav Bergemann	Volker Pöhler MdL
	Fritz Schröter MdL	Siegrid Jaschke MdL

Es wurden weiterhin zu Delegierten der CDU Deutschlands für den **XIV. EVP-Kongress** vom 11. bis 13. Januar 2001 in Berlin in offener Abstimmung einstimmig und ohne Gegenstimmen gewählt:

Dr. Peter Bendixen
Andreas von Gehlen
Ursula Heinen MdB
Dr. Guido Herz
Peter Hintze MdB
Peter Kittelmann MdA
Dr. Egon A. Klepsch
Horst Langes
Prof. Dr. Gerd Langguth
Friedrich Merz MdB
Hildegard Müller
Markus Pösentrup
Franz-Josef Reuter
Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Peter Scheib

Dr. Andreas Schockenhoff MdB

Reinhard Stuth

Annette Widmann-Mauz MdB

Zu TOP 15: Der Antrag C1 wurde bei Ziffer 78 des Antrags des Bundesvorstandes beraten und dort abgelehnt.

Zu TOP 16: **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Dr. Angela Merkel MdB

Aufbruch in eine lernende Gesellschaft
Bildungspolitische Leitsätze

Beschluss des

Bundesausschusses der CDU Deutschlands

Stuttgart, 20. November 2000

Inhaltsverzeichnis

	Ziffern
I. Grundlagen unserer Bildungspolitik	2 – 5
II. Leitbild lernende Gesellschaft	6 – 12
III. Kopf, Herz und Hand: Bildung für den ganzen Menschen	13 – 26
IV. Schulqualität ist eine gesellschaftliche Aufgabe	27 – 41
V. Die lernende Gesellschaft bauen, die Weiterbildung ausbauen	42 – 52
VI. Innovationen in der beruflichen Bildung machen Deutschland zukunftsfähig	53 – 64
VII. Forschung und Lehre brauchen mehr Freiheit und mehr Effizienz	65 – 80
VIII. Nachhaltige Politik für die lernende Gesellschaft	81 – 83

1. Nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bildung ist Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche Entwicklung. Bildung begründet Wohlstand. Kulturelle Teilhabe, politische Mündigkeit und eine berufliche Perspektive durch Bildung für alle zu ermöglichen, ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe.

   Bildungspolitik muss im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stehen. Sie muss insbesondere bei der Finanzplanung Priorität haben. Bildungsausgaben sind keine Konsumausgaben, sondern Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

I. Grundlagen unserer Bildungspolitik

2. Die CDU Deutschlands verfügt über ein bildungspolitisches Grundsatzprogramm („Erziehung und Bildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem", Beschluss des 4. Parteitags der CDU Deutschlands, 1993). Darauf bauen die vorliegenden Leitsätze auf.

   Der Übergang zur Wissensgesellschaft, die Globalisierung der Wirtschaft, sozialer und ökologischer Wandel sowie tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt, nicht zuletzt durch die neuen Technologien – das sind die großen Herausforderungen, denen wir uns mit diesen Leitsätzen stellen.

   Das Bildungswesen leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit, zum Aufbau eines vereinten Europas und zur Integration von Aussiedlern und Ausländern in die deutsche Gesellschaft.

3. Unsere Grundprinzipien haben auch in Zukunft Geltung:

   – Das Erziehungsrecht der Eltern hat Vorrang. Es nimmt sie zugleich in die Pflicht.

   – Wir bekennen uns zum Erziehungsauftrag der öffentlichen Schulen in staatlicher und privater Trägerschaft, der über die Vermittlung von Wissen hinausgeht. Die Schule muss auf der Grundlage unserer christlich-abendländischen Kultur in enger Zusammenarbeit mit den Eltern ethische Orientierung geben, Werthaltungen einüben und soziale Kompetenzen vermitteln. Dazu gehört auch der verantwortliche Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen.

   – Wichtigstes Ziel eines begabungsgerechten, gegliederten Schulwesens ist es, Kinder und Jugendliche zu stärken und nach ihren Talenten zu fördern. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Behinderten.

   – Wir setzen auf Förderung aller unter besonderer Berücksichtigung sowohl der Lernschwachen als auch der Begabten. Elitebildung und -förderung sind notwendig zur Entwicklung unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft und unseres Staates.

   – Wir wollen gerechte Chancen für alle im Bildungswesen und durch das Bildungswesen verwirklichen.

- Wir bekennen uns zur öffentlichen Verantwortung für Bildung und Erziehung und unterstützen zugleich Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft.
- Wir bejahen das Leistungsprinzip und setzen uns für Chancengerechtigkeit ein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder nach seinen individuellen Begabungen und Talenten optimal entfalten kann. Wir müssen das Leistungsprinzip an unseren Schulen wieder überzeugend in den Mittelpunkt stellen.
- Wir wollen den Föderalismus im Bildungswesen zu einem Wettbewerbsföderalismus ausbauen.
- Wir halten Bildung auch im Alter für unverzichtbar.

4. Unser Leitbild von der lernenden Gesellschaft entspricht der Wertgrundlage, die wir 1993 formuliert haben: „Jeder hat einen Anspruch auf Erziehung und Ausbildung. Nur Bildung versetzt den Menschen in die Lage, seine Würde und Freiheit zu erkennen, Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Rechte zu gebrauchen. Bildung ist Voraussetzung für die Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Bildung ist zugleich die Bereitschaft zu lebenslanger Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Sinn des Lebens sowie die Auseinandersetzung mit Beruf, Lebenskreis und Welt. Ziel der Erziehung ist somit auch die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen" (Beschluss des 4. Parteitages).

5. Die vorliegenden Leitsätze benennen Stärken und Schwächen unseres Bildungswesens, sie beschreiben Ziele und konkrete Umsetzungsperspektiven. Auch im Bildungswesen stellen wir uns dem hohen Anspruch unseres Zukunftsprogramms, die modernste Gesellschaft Europas zu schaffen.

II. Leitbild lernende Gesellschaft

6. Es gibt in Deutschland und Europa einen weitgehenden gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber, dass die gegenwärtigen Herausforderungen des globalen Wandels neue Anstrengungen im Bildungsbereich nötig machen.

   Das Wissen der Menschheit nimmt immer rascher zu und gewinnt eine immer größere Bedeutung als Produktionsfaktor. Außerdem bietet eine neue Qualität des Wissenszugangs durch die Informations- und Kommunikationstechnologien neue Chancen. Dadurch wird der Lernbedarf der gesamten Gesellschaft wachsen. Zugleich wird die Bevölkerung aufgrund steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen insgesamt älter. Wie lässt sich also die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit mit einem steigenden Anteil älterer Menschen sichern? Die lernende Gesellschaft muss die Konsequenzen aus dem demographischen Wandel ziehen.

   Es geht darum, Wissen, Können und Problemlösefähigkeiten möglichst aller Menschen zu fördern und ihre Talente zur Entfaltung kommen zu lassen. Es geht um eine verantwortungsbewusste Zukunftsgestaltung, die Wohlstand und humane Lebensqualität fördert und sichert. Es geht schließlich um die Frage: „Wie wollen wir leben?"

7. Lernkultur heißt nicht „Belehrungskultur". Wichtige Lernprozesse ergeben sich auch aus Praxissituationen im Alltag. Bildung wird auch außerhalb von formalisierten Bildungsgängen erworben.

   „Informelles Lernen" und „selbstgesteuertes Lernen" gewinnen an Bedeutung. Dabei geht es um freies und selbstverantwortetes Lernen, das in die Fähigkeit zur Anwendung von Wissen und Können mündet. Nur die Praxis kann die Kunst des Handelns lehren.

   Lebenslanges Lernen gehört für die CDU zu ihrem Verständnis vom Menschen. Es bedeutet Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit. Wir wollen keine pädagogische Betreuung von der Wiege bis zur Bahre.

   Die lernende Gesellschaft fordert vom Menschen, sich aus eigener Kraft weiterzubilden, sie unterstützt Lernende und schafft durch neue Anreize ein lernfreundliches Klima für alle Altersgruppen.

8. Bildung und Erziehung tragen zur Chancengerechtigkeit und somit zum sozialen Ausgleich bei. Niemand darf durch fehlende Bildungsangebote von der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen werden.

   Lebenslanges Lernen sichert die Grundlagen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft und erhöht ihre Leistungsfähigkeit. Lebenslanges Lernen schafft mehr Wohlstand für alle.

9. Die Schule muss Schlüsselqualifikationen als Grundlagen für lebenslanges Lernen vermitteln. Wer einen Schulabschluss erworben hat, muss das Lernen gelernt haben. Er muss aber noch nicht alles wissen und können, was er auf die Dauer für Ausbildung, Leben und Beruf braucht.

   Schule, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung sollen zum lebenslangen Weiterlernen motivieren sowie die dazu notwendigen Kenntnisse vermitteln und Kompetenzen entwickeln.

   Das setzt voraus, dass sich die Einrichtungen des Bildungswesens selbst als lernende Organisationen verstehen.

10. Die lernende Gesellschaft eröffnet Freiräume für informelles Lernen und honoriert Kompetenz und Leistung unabhängig davon, wo die Voraussetzungen dafür erworben wurden.

11. Bund, Länder und Kommunen sind Partner in der lernenden Gesellschaft. Ohne das Engagement der Kirchen, der Verbände und Vereine, der Sozialpartner, privater Stiftungen und freier Unternehmen bleibt das notwendige staatliche Engagement unvollständig.

    Die CDU bekennt sich im Rahmen der Werteordnung des Grundgesetzes und der Länderverfassungen zur weltanschaulichen Pluralität in Bildung und Weiterbildung.

12. Der Anfang aller guten Politik ist die Betrachtung der Wirklichkeit und das Lernen an der Wirklichkeit. Die Bildungspolitik der CDU orientiert sich deshalb auch daran, wie die Menschen in Deutschland heute tatsächlich leben und wie sie morgen leben wollen.

Wir werden das deutsche Bildungswesen so weiterentwickeln, dass seine Absolventen national und international bestehen können.

III. Kopf, Herz und Hand: Bildung für den ganzen Menschen

13. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Wir brauchen Mut zur Erziehung.

    Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung gehören auch in die Schule, weil Kopf, Herz und Hand zusammengehören. Qualifikation und Wissen erhalten ihren Sinn durch Mitmenschlichkeit, Urteilskraft und Handlungsfähigkeit.

14. Schulische Bildung braucht die Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus. Erziehung und Bildung dürfen nicht allein an die Schule delegiert werden. Erziehung ist vorrangig Aufgabe der Eltern.

    Es gibt eine Tendenz zur Erziehungsverweigerung in der Gesellschaft. Die Schule darf sich davon nicht anstecken lassen. Sie kann aber auch nicht alles leisten. Beide – Elternhaus und Schule – haben nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht zu erziehen.

15. Musische Bildung ist grundlegend für weiteres Lernen, und sie ist persönlichkeitsbildend. Kunst, Musik und die Förderung der Bewegungsfreude – nicht nur im Sportunterricht – setzen Lernfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen frei und eröffnen spielerische Zugänge zum Wissenserwerb.

16. Sicherheit in der Muttersprache – für Ausländerinnen und Ausländer: Beherrschung der deutschen Sprache – und Erwerb mindestens einer Fremdsprache werden ergänzt durch Mathematik als universaler „Sprache" der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

17. Der christliche Religionsunterricht – und damit die Frage nach Gott – muss im Fächerkanon verankert sein. Dabei geht es nicht nur um ein historisches Bildungsgut des Abendlandes, sondern auch um Hilfe zur Lebensorientierung und sinnvollen Lebensgestaltung.

    Auf der Basis des Grundgesetzes soll islamischer Religionsunterricht eingerichtet werden in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht.

    Die Einrichtung eines Faches Ethik als Wahlpflichtfach neben dem Religionsunterricht verstehen wir als ein Bekenntnis zum ethischen Auftrag der öffentlichen Schule.

    Werteerziehung darf nicht auf den Religions- und Ethikunterricht begrenzt bleiben. Alle Fächer und auch die außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule können und sollen Wissen und Werte verbinden.

18. Wir brauchen eine umfassende Neubewertung des praktischen Lernens in allen Schularten. Lerninhalte und Lernformen sollen nicht einseitig auf wissenschaftliche Abstraktion ausgerichtet sein, sondern auch die Handlungs- und Sozialkompetenz der Lernenden fördern und entwickeln.

Die Hauptschule ist dabei besonders herausgefordert, ihr eigenständiges pädagogisches Profil zu stärken, das die praktischen Fähigkeiten der Schüler in den Mittelpunkt stellt. Die Hauptschule muss in der gesellschaftlichen Wahrnehmung aufgewertet werden.

19. Innovative pädagogische Konzepte, die neue Lernkulturen entwickeln helfen und das nachhaltige und selbstgesteuerte Lernen fördern, gehören zur ständigen Weiterentwicklung der Schule und werden bereits vielerorts umgesetzt.

    Wer Schulreform will, darf sich nicht am Schlechtreden der Schule beteiligen. Die Leistungen unserer Schulen anzuerkennen heißt, ihre Erziehungskraft zu stärken.

    Die lernende Gesellschaft muss geprägt sein von der Wertschätzung pädagogischer Arbeit. Lehrerinnen und Lehrer leisten eine unverzichtbare und herausragende kulturelle Grundlagenarbeit.

20. Die Schule soll Kinder und Jugendliche durch Wissen, Bildung und Erziehung zu wertgebundener Freiheit hinführen und zu staatsbürgerlicher Mündigkeit befähigen. Der Sinn für Selbständigkeit und Eigenverantwortung muss auch in der Schule gefördert werden. Das schließt den Unterricht über wirtschaftliche Zusammenhänge sowie eine positive Grundeinstellung zu unternehmerischer Selbständigkeit in der freien Wirtschaft ein.

    Nur mit der erzieherischen Verbindung von Kopf, Herz und Hand kann es gelingen, Mut, Kreativität und Unternehmergeist in jungen Menschen zu wecken.

    Die Schule muss vorbereiten auf die zunehmende Globalisierung, indem sie hilft, einen Standpunkt und eine Heimat zu finden. In der Erziehung zu Weltoffenheit und Heimatverbundenheit sieht die CDU einen Schlüssel für eine gelungene Persönlichkeitsbildung.

Dafür setzen wir uns ein:

21. Wir brauchen neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule. Dazu gehört, dass Eltern Mitverantwortung für Schulprogramme übernehmen, ihre besonderen Fähigkeiten in das Schulleben einbringen und so zur Öffnung der Schule nach außen zur qualitativen Entwicklung nach innen beitragen.

    Durch Elternseminare über Erziehungsfragen soll der Austausch zwischen Schule und Elternhaus gefördert und inhaltlich ausgestaltet werden. Eltern und Lehrer müssen sich in ihrer Erziehungsarbeit gegenseitig unterstützen.

    Kopfnoten zur Beurteilung des Lern- und Sozialverhaltens sind ein bewährtes Element der erziehenden Schule. Sie sind nicht das Ziel, sondern der Ausgangspunkt für den Dialog zwischen Lehrern, Eltern und Schülern über Erziehung.

22. Fördervereine an Schulen und Vereine von ehemaligen Schülerinnen und Schülern können Orte des Dialogs über Erziehung und Bildung werden. Die Gründung von Fördervereinen – gerade auch an Hauptschulen – soll unterstützt werden.

    Schulen sollen verstärkt eingebunden werden in Netzwerke lokaler Institutionen, Vereine und Unternehmen, die eine Mitverantwortung für die Schulentwicklung übernehmen, indem sie z.B. Einblicke in die Berufs- und Lebenswelt anbieten.

23. Ganztagesangebote, Ganztagsschulen, Schulsozialarbeit, Schuljugendarbeit und Kooperation mit der Jugendhilfe sollen schrittweise und bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Erziehung ist Aufgabe der ganzen Schulgemeinschaft.

    Die verlässliche Erteilung der im Stundenplan vorgesehenen Unterrichtsstunden sowie die bedarfsgerechte Ausweitung ergänzender Betreuungsangebote – insbesondere an der Grundschule – verstehen wir als Chance für pädagogische Erneuerung und mehr Familienfreundlichkeit.

24. Die Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erzieherische Qualität der Schule. Ein ethisch-philosophisches Grundlagenstudium muss Teil jeder Lehrerausbildung sein.

    Praktika müssen ein Kernbestandteil des Lehrerstudiums sein. Der pädagogische „Ernstfall" muss im Mittelpunkt der Lehrerbildung stehen. Lehrerinnen und Lehrer müssen in Aus- und Fortbildung über das fachliche und fachdidaktische Studium hinaus zur Erziehung in der Schule befähigt werden.

    Medienkompetenz gehört unabdingbar zu einer modernen Lehrerbildung. Die Medienkompetenz des Lehrers muss im Studium grundgelegt und durch regelmäßige Fortbildung aktualisiert werden.

    Schulleiter müssen in der Pädagogik, der Administration und der Personalführung für ihre besonderen Aufgaben ausgebildet werden.

25. Das Thema „Gewalt und Drogen in der Schule" darf nicht tabuisiert werden; es muss als pädagogische Herausforderung begriffen werden. Strategien der Prävention sollen im Dialog der gesamten Schulgemeinschaft entwickelt und umgesetzt werden.

    Die Schülerinnen und Schüler sind an der Ursachenerforschung und an der aktiven Vermeidung von Gewalt unmittelbar zu beteiligen.

    Lokale Bemühungen zur Gewaltprävention sollen durch kommunale, regionale und länderbezogene Arbeitsgruppen unter Einbeziehung von Polizei und Justiz fachlich unterstützt werden.

    Fehlverhalten und Rücksichtslosigkeit gegenüber Mitschülerinnen und Mitschülern sowie Lehrkräften dürfen nicht länger Bestandteil des Schulalltags sein. Lehrerinnen und Lehrer müssen einschreiten, wo dies nötig ist. Schulleitung und Schulverwaltung dürfen sie mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Neue Formen pädagogisch sinnvoller Sanktionen müssen diskutiert und eingeführt werden.

26. Erziehung und Bildung außerhalb der Familie beginnen im Kindergarten. Spielen und Lernen gehören zusammen. Bessere Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen führt zu einem intensiveren Dialog über den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Kindergarten und Schule.

    Kindergärten und Grundschulen sollen verstärkt kooperieren, um den Einstieg in das schulische Lernen fließend zu gestalten. Vorschulen oder Schulkindergärten können bei dieser Aufgabe einen sinnvollen Beitrag leisten.

IV. Schulqualität ist eine gesellschaftliche Aufgabe

27. Schulqualität ist im Kern Unterrichtsqualität. Guter Unterricht lebt davon, dass die Schülerinnen und Schüler ernst genommen werden und durch Angemessenheit und Vielfalt der Methoden individuelle Lernprozesse ermöglicht werden.

    Schulqualität setzt eine ausreichende Zahl von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern voraus.

28. Schulqualität zeigt sich in der lernenden Gesellschaft daran, wie gut es gelingt, die Grundlagen für lebenslanges Lernen zu legen. Deshalb müssen die Vermittlung der Kulturtechniken und die Lernmotivation noch mehr im Zentrum der Schule stehen.

    Grundlegende mathematische Fähigkeiten und naturwissenschaftliche Kenntnisse, Sprachkompetenz in Wort und Schrift, eine aktive Lesefähigkeit, die Selbstorganisation von Lernprozessen, die das Beschaffen, Befragen und Bewerten von Informationen ebenso einschließt wie den Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechniken, gehören zum Kernbereich des schulischen Auftrages. Der Erwerb solcher Grundkompetenzen lässt sich nicht auf spätere Lebens- und Lernphasen vertagen.

29. Die Debatte über die Ergebnisse von internationalen Vergleichsuntersuchungen zur Leistungsfähigkeit von Schulen (TIMSS u.a.) hat der schulischen Qualitätsentwicklung genutzt.

    Deshalb plädiert die CDU für regelmäßige Vergleichstests – auch zwischen den Ländern der Bundesrepublik – und fordert deren Einbindung in umfassende Entwicklungsprozesse, die sowohl Lehrerbildung und Bildungspläne als auch Innovation bei Unterrichts- und Prüfungsformen mit umfassen.

30. Gute Schulqualität lässt sich nicht allein durch Zuweisung finanzieller Mittel bewirken. Schulqualität braucht ein lernförderndes und leistungsfreundliches Klima auch außerhalb der Schule. Sie ist deshalb eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

    Die Gesamtschule hat sich nicht bewährt. Trotz eines überdurchschnittlichen Ressourcenverbrauchs an Lehrkräften und Finanzmitteln fördert sie die Schülerinnen und Schüler – lernschwache wie lernstarke – nachweislich in der Regel schlechter als andere Schularten.

    Deshalb wird die CDU keine neuen integrierten Gesamtschulen einrichten.

31. Eine gute fach- und erziehungswissenschaftliche Lehrerbildung ist die wichtigste Voraussetzung für Schulqualität. Sie muss den ihr gebührenden Stellenwert an den Hochschulen bekommen.

    Frühe umfassende Praxiserfahrungen in der Lehrerbildung sollen dazu beitragen, dass diejenigen den Lehrberuf anstreben, die ihm in der Praxis gewachsen sind und die erforderlichen Talente im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mitbringen.

    Fachdidaktik und praktische Pädagogik müssen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärker gewichtet werden.

32. Schulqualität braucht eine funktionsfähige Schulaufsicht. Sie muss Qualitätskontrolle mit Beratung bei der Qualitätsentwicklung verbinden.

    Mehr Gestaltungsräume für die einzelne Schule und zentrale Prüfungen, die die Gleichwertigkeit der Abschlüsse innerhalb des Landes und in der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen, gehören zusammen, um Qualitätsentwicklung nachhaltig und Qualitätsstandards transparent zu machen.

    Mehr Eigenverantwortung der einzelnen Schule im Blick auf Budget, Schulprogramm und Lernmethoden sollen mit regelmäßiger Evaluation verbunden werden.

    Erweiterte Handlungsspielräume und größere Eigenverantwortung der Schulen lassen sich nur mit entsprechend ausgestatteten Schulverwaltungen und qualifiziertem Schulmanagement umsetzen.

33. Die Neuen Medien sind eine Herausforderung für Schule und lebenslanges Lernen. Wer den Zug ins Informationszeitalter verpasst, wird auch den Anschluss an die gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in der Welt verlieren. Der Umgang mit den Neuen Medien ist ein gutes Beispiel für die Innovationsfähigkeit einzelner Schulen und ganzer Schulsysteme; er sollte in allen Schulformen eine Grundlage neuen Lernens werden.

    Beim Einsatz Neuer Medien in der Schule gilt es nun, die vielfältigen Anstrengungen besser zu vernetzen, die pädagogische Ausrichtung zu klären und langfristige Perspektiven zu definieren. Die Schule ist hierbei auf die Unterstützung der Wirtschaft angewiesen, um mit dem technologischen Fortschritt mithalten zu können.

    Das Lernen mit Neuen Medien wird wichtige Impulse für die Lernkultur der Zukunft geben und die Rolle der Lehrkräfte verändern. Computer und Internet fordern die Lehrenden heraus, stärker mit den Lernenden zu arbeiten, sie zu motivieren und ihnen angesichts der Informationsfülle Orientierung zu geben – als Navigator und Moderator.

Dafür setzen wir uns ein:

34. Wir brauchen mehr eigenständige fachliche, fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Lehrerbildung an den Hochschulen.

    Die Hauptschulpädagogik muss im Hinblick auf die besonderen pädagogischen Herausforderungen in dieser Schulart aufgewertet werden.

    Der Praxisanteil in der Lehrerbildung muss stärker gewichtet werden und früher einsetzen.

    Die einzelne Schule muss größeren Einfluss auf die Anstellung von Lehrern bekommen, um ihr pädagogisches Profil entwickeln zu können.

    Zusatzqualifikationen, die z.B. in Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, im musischen Bereich erworben worden sind, müssen bei der Entscheidung über die Einstellung in den Schuldienst stärkere Berücksichtigung finden.

35. Die Bildungspläne sind konsequent auf die Leitidee des lebenslangen Lernens auszurichten.

Leseverständnis ist eine Grundlage für lebenslanges Lernen. Die Leseförderung für benachteiligte Jugendliche muss intensiviert und methodisch verbessert werden, um Ausbildungsfähigkeit zu sichern.

Die Kernfächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache, Naturwissenschaften und Geschichte müssen in allen Schulformen aufgewertet werden.

Die CDU plädiert für die Einführung einer Fremdsprache ab Klasse 1 mit dem Ziel eines anwendungsorientierten Spracherwerbs in der Grundschule, auf dem die weiterführenden Schulen aufbauen können.

Für ein Zusammenwachsen Europas müssen bilinguale Angebote in allen Schularten ausgebaut werden.

Im allgemein bildenden Gymnasium sollen mindestens zwei Fremdsprachen bis zum Abitur gelernt werden.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erfordert eine Stärkung der naturwissenschaftlichen und technischen Bildung. Die Kenntnis von Grundlagen wirtschaftlicher Zusammenhänge ist wichtig, um sich im beruflichen Leben erfolgreich zurechtfinden zu können.

Das pädagogische Profil der Hauptschule soll durch regelmäßige Praxistage in Betrieben bzw. Betriebspraktika und durch praxisorientierte Projektprüfungen ergänzt werden.

36. Die CDU befürwortet integrative Maßnahmen, wenn die personellen, sächlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, sie der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung entsprechen und die Beteiligten (Förderzentrum, Regelschule, Eltern) sich auf ihre Durchführung geeinigt haben. Da die Regelschulen den Bedürfnissen von Kindern mit Behinderung häufig nicht gerecht wird, müssen die zuständigen Sonderschulen erhalten bleiben und gestärkt werden.

    Den Bedürfnissen von lern- und geistigbehinderten Kindern kann in den entsprechenden Sonderschulen in effektiver Weise entsprochen werden. Diese Sonderschulen müssen deshalb weiter entwickelt und ausgebaut werden. Das Ziel der Kooperation mit Regelschulen muss stärker verfolgt werden. Damit Ein-/Umschulungen in Sonderschulen so gering wie möglich gehalten werden können, bedarf es einer massiven Ausweitung von präventiven Maßnahmen im vorschulischen Bereich und in der Grundschule.

37. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind längst in der Schule angekommen. Es reicht aber nicht, Schulen mit Computern auszustatten und ans Internet anzuschließen. Gefragt sind jetzt neue Lehr- und Lernkonzepte, die Computer und Internet in den Unterricht verschiedener Fächer systematisch einbinden. Dazu müssen Bildungspläne überarbeitet, schultaugliche Software entwickelt und neue Akzente in der Lehrerbildung gesetzt werden.

38. Neue Kompetenzbeschreibungen und neue Lernformen verlangen in allen Schularten neue Formen der Leistungsbewertung, bei denen das praktische Lernen und Teamarbeit stärker gewichtet werden.

Kinder und Jugendliche haben am Ende einer Bildungsphase Anspruch auf transparente und vergleichbare Abschlüsse. Die CDU fordert deshalb zentrale Prüfungen an allen weiterführenden Schulen.

Vergleichsuntersuchungen zwischen einzelnen Schulen, Schularten und Schulsystemen sind für die Sicherung von Schulqualität unverzichtbar. Ideologische Verhärtungen müssen aufgebrochen werden, damit Vergleichstests ein alltägliches Element in umfassenden Prozessen der Qualitätsentwicklung werden können.

39. Auch für Lehrerinnen und Lehrer muss sich Leistung lohnen. Die CDU fordert eine offene Diskussion über unterschiedliche Leistungen im Lehrberuf. Aus der Debatte müssen klare Konsequenzen im Dienstrecht und bei der Besoldung folgen. Für die Gewinnung und Förderung leistungsbereiter Lehrkräfte muss das jetzige Dienstrecht modernisiert werden.

40. Die CDU tritt für ein flächendeckendes Angebot eines achtjährigen gymnasialen Bildungsganges in allen Bundesländern ein. Unser Ziel ist eine Verkürzung der Ausbildungszeiten insgesamt.

Bestehende Gesamtschulen müssen bei der Vergabe von Schulabschlüssen die Leistungsanforderungen des gegliederten Systems erfüllen. Dies ist durch qualitätssichernde Leistungsvergleiche mit dem differenzierten System sicherzustellen. Eine Annäherung der Gesamtschule an differenzierte Lernwege ist erforderlich, damit in Zukunft in ihnen eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler besser gelingen kann und die Chancengerechtigkeit verbessert wird.

Bei der Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln dürfen Gesamtschulen nicht bevorzugt werden.

41. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die Bereitschaft haben, die deutsche Sprache zu erlernen. Die CDU fordert mehr Mittel für eine möglichst frühzeitige Förderung der Deutschkenntnisse bei Kindern und Jugendlichen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Eltern, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, können zugunsten eines nachhaltigen Erfolgs in die Sprachförderung einbezogen werden. Wir plädieren für Modellversuche zum gemeinsamen Deutschunterricht für ausländische Mütter und ihre Kinder. Notwendig sind obligatorische Sprachtests vor dem Eintritt in die Grundschule und in die weiterführenden Schulen, um die Sprachfähigkeit verbindlich festzustellen und bei erkennbaren Defiziten eine intensive Förderung möglichst früh beginnen zu lassen.

V. Die lernende Gesellschaft bauen, die Weiterbildung ausbauen

42. Weiterbildung ist eine Wachstumsbranche. In den letzten fünfzehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die Weiterbildungsangebote wahrnehmen, verdoppelt. Nahezu die Hälfte aller erwachsenen Deutschen bildet sich aktiv weiter.

Verstärkte private und öffentliche Investitionen in die Weiterbildung – auch auf dem Land – sind für die lernende Gesellschaft der Zukunft unverzichtbar.

Wir wollen keine zusätzliche staatliche Reglementierung, sondern mehr Anreize und bessere Rahmenbedingungen für den Weiterbildungsmarkt.

Die Innovationsfähigkeit von Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen wird wesentlich durch das interne Weiterbildungsklima bestimmt. Weiterbildung entscheidet über Wettbewerbsfähigkeit. Betriebliche Weiterbildung darf kein Privileg für Führungskräfte oder die jungen und hochqualifizierten Beschäftigten sein.

Deutschland verfügt vor allem durch das Engagement der Länder, der Kommunen, der Kirchen, der freien Träger und der Sozialpartner über ein flächendeckendes Netz der Weiterbildung. Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität in der Weiterbildung.

43. Lebenslanges Lernen wird für die individuellen Lebenschancen immer wichtiger. Es besteht dabei die Gefahr, dass sozial Schwache und sogenannte „Lernschwache" von der Weiterbildung ausgeschlossen bleiben.

    Allgemeine Teilhabe am lebenslangen Lernen wird deshalb zunehmend zu einer Frage des sozialen Ausgleichs. Wir wollen keine staatlich verordnete Weiterbildungspflicht, sondern Motivation und Chancen zum lebenslangen Lernen für alle.

44. Weiterbildung muss planbar und verlässlich sein. Wir brauchen eine klare Aufgabenteilung und kooperative Abstimmung zwischen den verschiedenen Lernphasen und Lerninstitutionen. Nur so können sich Schulen, Hochschulen und Erstausbilder auf ihren grundlegenden Part beim lebenslangen Lernen sinnvoll konzentrieren.

45. Der Weiterbildungsmarkt braucht Transparenz und Qualitätsstandards. Öffentliche Förderung und Anreizsysteme zur vermehrten Nutzung von Weiterbildungsangeboten müssen mit Verbraucherschutz verbunden werden.

    Die CDU ist für eine Organisation der Weiterbildung im Ordnungsrahmen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb wollen wir nicht vorrangig in Institutionen investieren, sondern die Bürgerinnen und Bürger so unterstützen, dass sie Lern- und Beratungsmöglichkeiten ihrer Wahl nachfragen und damit die Institutionen zu mehr Flexibilität und Innovation herausfordern.

    Die Bildungsinstitutionen müssen konsequent auf das Leitbild der lernenden Gesellschaft ausgerichtet werden. Sie müssen Brücken bauen zum lebenslangen Lernen.

Dafür setzen wir uns ein:

46. Schule und Hochschule sollen sich für die Weiterbildung öffnen und selbst Angebote zum lebenslangen Lernen machen.

    Im Sinne einer engeren Verknüpfung zwischen Schule und Weiterbildung plädieren wir für mehr Durchlässigkeit beim Einsatz von Lehrkräften in Schule und Erwachsenenbildung. Denn wer Erfahrungen aus der Erwachsenenbildung mitbringt, kann in der Schule besser an das lebenslange Lernen heranführen.

47. Allgemein bildende und berufliche Schulen sollen Kinder und Jugendliche durch ständige enge Kooperation mit örtlichen Bibliotheken und Mediotheken an das Lesen, den Me-

diengebrauch und an das lebenslange Lernen heranführen. Die Schule muss Brücken zu anderen Lernorten bauen.

Öffentliche Bibliotheken und Mediotheken sollen zu offenen Beratungszentren, Stützpunkten und Ateliers für das lebenslange Lernen ausgebaut werden.

48. Mit jedem Abschlusszeugnis einer anerkannten Bildungseinrichtung sollen alle Absolventinnen und Absolventen in Zukunft ein auf die Region abgestimmtes Weiterbildungshandbuch und einen Beratungsgutschein ausgehändigt bekommen. Dieser personengebundene Gutschein ist nach freier Wahl in einer zertifizierten Beratungseinrichtung einlösbar. Zeugnisse und Zertifikate sollen damit in Zukunft nicht nur den Abschluss einer Lehrphase dokumentieren, sondern deutlicher auch zum Auftakt für eine neue Lernphase werden.

Lernagenturen in öffentlicher und privater Verantwortung sollen als Zentren für die Weiterbildungsberatung und die Vermittlung von Kursen, Materialien, Hilfen und Partnern für das lebenslange Lernen aufgebaut und gefördert werden.

Die CDU fordert die Gründung einer unabhängigen „Stiftung Bildungstest" für Transparenz, Offenheit, Qualität und Verbraucherschutz in der Weiterbildung. Sie soll anerkannte Standards in der Weiterbildung durchsetzen.

49. Wir rufen Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Vereine auf, ihren Beitrag zur lernenden Gesellschaft zu formulieren und öffentlich zu diskutieren.

Wir rufen Städte und Gemeinden auf, gemeinsam mit öffentlichen Bildungseinrichtungen, freien Trägern, privaten Partnern und Unternehmen ein regionales Leitbild für das lebenslange Lernen zu entwerfen und ein „Regionales Netzwerk Weiterbildung" zu knüpfen.

50. Seniorinnen und Senioren werden die Weiterbildung der Zukunft wesentlich prägen und gestalten. Ihre Kompetenzen und Erfahrungen können besonders in der Weiterbildung genutzt werden.

Über klassische Angebote hinaus soll in neue Formen und in die Qualitätsentwicklung der Weiterbildung für Seniorinnen und Senioren investiert werden.

Die Neuen Medien werden für ältere Menschen und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zunehmend interessant, weil sie Bildungs- und Informationsangebote zu Hause verfügbar machen. Hier ist das Engagement der Weiterbildungseinrichtungen gefragt.

51. Weiterbildung ist auch eine Chance für Männer und Frauen, die sich vorwiegend ihrer Familie widmen. Weiterbildungsangebote sollen familienfreundlich gestaltet werden und auf den möglichen Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienzeit vorbereiten.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien bieten neue Chancen für das lebenslange Lernen. Durch Telelearning und Internet-Angebote kann die Weiterbildung der konkreten Lebenssituation der Lernenden besser angepasst werden.

52. Das bestehende Prüfungswesen soll so weiterentwickelt werden, dass auch die durch Lebenserfahrung, Berufspraxis und Mediennutzung erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen angemessen zertifiziert und anerkannt werden können.

VI. Innovationen in der beruflichen Bildung machen Deutschland zukunftsfähig

53. Das duale System der beruflichen Bildung ist erwiesenermaßen die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die CDU sieht deshalb in der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des dualen Systems eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe.

    Die Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes müssen so gestaltet sein, dass die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und der öffentlichen Institutionen nachhaltig gesteigert wird. In den neuen Ländern bedarf das System der dualen Ausbildung intensiver Förderung.

    Vollzeitschulische Angebote sind in Branchen notwendig, in denen keine duale Ausbildung existiert bzw. nicht hinreichend Ausbildungsplätze angeboten werden. Der allgemeine Trend zu immer mehr vollzeitschulischen Angeboten muss gestoppt werden. Neu entstehende Branchen und Berufsfelder – insbesondere in den Bereichen Informationstechnik und Dienstleistungen – müssen durch flexible Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung gewonnen werden, um einen Weg zur Verringerung der vollzeitschulischen Angebote zu finden.

    Der schulische Anteil an der dualen Ausbildung dient nicht zuletzt der Stärkung der Weiterbildungsfähigkeit. Er ist ein unverzichtbares Element der lernenden Gesellschaft und trägt entscheidend zum international hervorragenden Ruf deutscher Fachkräfte bei. Technischer und wirtschaftlicher Wandel fordern uns heraus, die Spitzenposition mit neuen Reformanstrengungen zu verteidigen.

54. Das System der beruflichen Bildung braucht mehr Vernetzung zwischen allen öffentlichen und privaten Akteuren im Bildungswesen:

    - Die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und -abgänger ist von zentraler Bedeutung. Über den Erfolg des dualen Systems wird somit auch in den allgemein bildenden Schulen entschieden.

    - Ein verlässliches System der Weiterbildung muss die duale Erstausbildung ergänzen, vertiefen und erweitern. Der gesicherte Zugang zu hochwertiger Weiterbildung ist Voraussetzung für die Straffung von Erstausbildungen.

    - Die Hochschulen müssen stärker in Modelle dualer Ausbildung einbezogen werden. Fachhochschulen und Berufsakademien sind dabei erfolgreiche Vorreiter.

    - Der Zusammenschluss mehrerer Betriebe zu Ausbildungsverbünden steigert die Zahl der Ausbildungsplätze und stärkt das Fachkräftepotential der beteiligten Unternehmen.

    - Die Organisation des schulischen Teils der dualen Ausbildung muss auf die jeweils aktuellen Anforderungen der Betriebe noch besser abgestimmt werden. Gemeinsame Ausbildungsordnungen und Prüfungen erhöhen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

55. Die Beschreibung klarer Berufsbilder ist das Grundprinzip der beruflichen Bildung. Das Berufskonzept muss so weiterentwickelt werden,

- dass flexibel auf die Anforderungen der Betriebe und die Begabungen der Auszubildenden eingegangen werden kann,
- dass eine Ausbildung dauerhafte Grundlage für Beschäftigung ist,
- dass überbetriebliche und überregionale Anerkennung gesichert bleiben und Europafähigkeit hergestellt wird.

56. Ein kritischer Faktor für den Erfolg der Berufsbilder wird die Geschwindigkeit sein, mit der sie kontinuierlich an wirtschaftliche Wandlungsprozesse angeglichen werden können. Es geht nicht darum, ein starres System angesichts neuer Herausforderungen immer mehr zu erweitern. Das ganze System der Berufe und Ausbildungen muss flexibler werden.

57. Wir brauchen innerhalb einzelner dualer Ausbildungen mehr Differenzierungsmöglichkeiten je nach der Leistungsstärke der Auszubildenden. Hierzu gehört auch ein erster berufsqualifizierender Abschluss nach der Zwischenprüfung.

Dafür setzen wir uns ein:

58. Die CDU setzt sich dafür ein, allen Jugendlichen dauerhafte Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Kurzfristige Programme, die den staatlich geförderten Arbeitsmarkt aufblähen, lehnen wir ab. Benachteiligte Jugendliche brauchen Weiterqualifizierung statt Warteschleifen, sie brauchen neue Spielräume in bewährten Berufen und neue Berufe, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen und am Markt erfolgreich sind.

59. Das Berufsbildungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Es darf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht behindern und muss die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

    Im Dialog mit den Sozialpartnern muss eine flexiblere Grundordnung der Ausbildungsberufe entwickelt werden, in deren Rahmen auf künftige Anpassungserfordernisse schnell reagiert werden kann.

    Erstausbildungen sollen grundsätzlich in einen Pflicht-, einen Wahlpflicht- und einen Wahlbereich gegliedert sein. Diese sind auf anerkannte Weiterbildungsmodule abzustimmen.

    Je nach Vorbildung und Leistung der Auszubildenden muss die Ausbildungsdauer weiter flexibilisiert werden.

    Die duale Berufsausbildung muss zu einer attraktiven Alternative zum Studium entwickelt werden. Um die Gleichberechtigung von Ausbildungsbetrieb und Berufsschule zu erreichen, müssen schulische Leistungen angemessen berücksichtigt werden.

60. Die CDU ist gegen neue gesetzliche Abgaben zu Lasten der Wirtschaft. Eine Verminderung der Abgabenlast im Rahmen einer umfassenden Unternehmenssteuerreform muss zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft genutzt werden.

    Eine Zwangsabgabe für nicht ausbildende Betriebe lehnen wir ab. Diese würde die Kostenbelastung der Unternehmen erhöhen, zu mehr Bürokratie führen und Arbeits- und Ausbildungsplätze abbauen.

61. Die CDU plädiert dafür, die Meisterausbildung im Handwerk nachhaltig zu reformieren.

    Im Rahmen des „Großen Befähigungsnachweises" müssen diejenigen Anteile gestärkt werden, die zur Existenzgründung befähigen, zum Erfolg am Markt führen und die Ausbildungskultur in den Betrieben stärken. Der Erwerb des „Großen Befähigungsnachweises" dient der Qualitätssicherung der handwerklichen Ausbildung. Er steht auch im europäischen Wettbewerb für die CDU nicht zur Disposition.

    Das „Meister-BAföG" muss weiter ausgebaut werden.

    Die Meisterfortbildung der Zukunft muss noch schneller als in der Vergangenheit auf Veränderungen reagieren und diese in die Fortbildung integrieren.

62. Leistungsbezogene Differenzierung innerhalb bestehender Berufe trägt zum sozialen Ausgleich und zur kulturellen Teilhabe durch Beschäftigung bei. Die Forschung zum beruflichen Lernen von „Lernschwachen" muss nachhaltig gefördert werden.

    Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit sollen ausgebaut werden, um die menschlichen und sozialen Voraussetzungen für Bildung und Beschäftigung bei besonders Benachteiligten zu schaffen.

63. Allgemein bildende Schulen sollen mit beruflichen Schulen und Betrieben enger kooperieren. Praktika für Schülerinnen und Schüler fördern die Lernmotivation und helfen bei der Berufswahl.

64. Berufsorientierung und Berufsberatung müssen in den allgemein bildenden Schulen verstärkt werden. Sie müssen differenziert über die jeweilige Ausbildung, die Berufspraxis und die in der Praxis bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten informieren.

VII. Forschung und Lehre brauchen mehr Freiheit und mehr Effizienz

65. Die Einheit von Forschung und Lehre war die Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der deutschen Hochschule seit Wilhelm von Humboldt. Die Verbindung von Qualität und Effizienz ist Bedingung für ihren Erfolg in der Zukunft.

    Hochschulen sind Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektive. Sie sollen historisches Bewusstsein und Zukunftsverantwortung miteinander verbinden und in die Gesellschaft vermitteln.

    Kurz- und mittelfristige Zweckorientierung in Forschung und Lehre darf die nachhaltige Pflege kultureller Traditionen und die naturwissenschaftliche wie auch geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung nicht einschränken.

66. Der internationale Ruf der deutschen Hochschule nimmt dauerhaft Schaden, wenn notwendige Reformen jetzt nicht entschlossen umgesetzt werden und es den Hochschulen nicht gelingt, ihre Leistungsschwerpunkte im Sinn einer Profilbildung herauszuarbeiten.

    Mehr Qualität der Hochschulen braucht mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb braucht mehr Freiheit. Gute Forschung und Lehre sowie ein effizientes Management der Hochschulen lässt sich nicht durch Verbote, Anordnungen und zentrale Vorgaben steigern.

Einen effizienten Umbau der Hochschulen wird es nicht geben, wenn die politische Steuerung sich nicht ändert. Strategische Hochschulpolitik wird zunehmend an die Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht der entsprechenden Ministerien treten.

Notwendig ist ein „Durchforsten" der Lehrpläne und Studienordnungen. Ziel ist es hierbei, unnötigen Ballast abzuwerfen und zu international wettbewerbsfähigen Studieninhalten und -zeiten zu kommen, die auch den Anforderungen des modernen Berufslebens entsprechen.

67. Das differenzierte System von Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen sowie Berufsakademien fördert den Wettbewerb. Kein Hochschultyp darf in seiner Entwicklung behindert werden. Die CDU begrüßt Initiativen zur Gründung privater Hochschulen.

Zum Wettbewerb zwischen den Hochschulen und in den Hochschulen gehört auch der Wettbewerb um die Studierenden. Als „Kundinnen" und „Kunden" der Hochschule haben die Studierenden ein Recht auf Qualität und Leistung. Umgekehrt müssen die Hochschulen aber auch auf einer gesicherten Studierfähigkeit der Abiturienten aufbauen können.

68. Deutsche Hochschulen müssen für ausländische Studentinnen und Studenten attraktiver werden. Dazu müssen deutsche Abschlüsse international vergleichbar sein. Zugleich soll der Erwerb von internationalen Abschlüssen in Deutschland ermöglicht werden. Die deutschen Hochschulen müssen verstärkt ihre Leistungen weltweit kommunizieren und für sich werben.

Unter ungünstigen Rahmenbedingungen erbringen deutsche Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien hervorragende Leistungen. Aber nirgendwo im Bildungsbereich ist der internationale Wettbewerb so ausgeprägt wie bei den Hochschulen. Deshalb kann sich Deutschland als Wirtschafts- und als Wissenschaftsstandort schlechte Arbeitsbedingungen für seine besten Köpfe nicht länger leisten.

Das Dienstrecht und die Besoldungsstrukturen müssen für alle Bereiche reformiert werden, damit besondere Leistungen sich auszahlen und die Besten in Lehre, Forschung und Entwicklung sich für die deutschen Hochschulen engagieren.

69. Die Reform der Hochschulen und deren Qualitätsentwicklung sind wesentliche Voraussetzungen, um große und mittlere Unternehmen an den Standort Deutschland zu binden.

Gerade die Unternehmen mittlerer Größe, die Deutschlands Wirtschaftskraft wesentlich ausmachen, aber nicht über eigene Forschungsabteilungen verfügen, brauchen die Nähe zu innovativen Hochschulen.

70. Die Studienförderung ist ein wichtiges Mittel des sozialen Ausgleichs. Sie ist notwendig, um allen, die dazu befähigt sind, ein Studium zu ermöglichen.

Begabtenförderung ist im internationalen Wettbewerb unerlässlich. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Faktor der Elitenbildung und Elitenerneuerung in der Demokratie.

Die Lösung der technischen, wirtschaftlichen und politischen Zukunftsprobleme erfordert öffentliche und private Begabtenförderung. Sie trägt entscheidend zum kulturellen Reichtum und zur humanen Lebensqualität bei.

71. Engere Kooperationen der Hochschulen mit der Wirtschaft fördern die Praxisnähe ihrer Ausbildungen. Sie sind für deren Qualitätsentwicklung und Finanzierung von zunehmender Bedeutung.

    Die Trennung zwischen dem Hochschulsektor und den Klein- und Mittelbetrieben muss beseitigt werden. Das beträchtliche Interesse des Handwerks an Kontakten und Zusammenarbeit mit Hochschulen muss genutzt werden, um den Transfer von Wissen, Technologie und Personal in das Handwerk zu ermöglichen.

72. Studium und Beruf werden nicht mehr nur getrennt aufeinander folgen. Nach Berufs- oder Familienphasen werden sich mehr weiterqualifizierende Phasen des Studiums anschließen. Dafür müssen die Hochschulen ihre Strukturen öffnen. Auch auf diesem neuen Bildungsmarkt sollen sie miteinander konkurrieren.

    Die Hochschulen sollen auch Angebote für Fern- und Abendstudium mit anerkannten akademischen Abschlüssen schaffen und erweitern.

Dafür setzen wir uns ein:

73. Die Studienbewerberinnen und -bewerber sollen ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selber auswählen können. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) muss deshalb abgeschafft werden. Das bestehende System zur Festlegung der Zahl der Studienplätze, insbesondere die Kapazitätsverordnungen, soll durch Hochschulverträge ersetzt werden.

74. Die Abschlüsse deutscher Hochschulen müssen zum internationalen System kompatibel sein. Die Modularisierung von Studiengängen kommt vielen Studierenden entgegen, ermöglicht einen früheren Berufseintritt und eine spätere Rückkehr an die Hochschule.

    Das Angebot internationaler Studiengänge an deutschen Hochschulen muss ausgeweitet werden. Internationale Hochschulpartnerschaften sollen Auslandssemester und integrierte Auslandsaufenthalte ermöglichen. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen muss erleichtert werden.

75. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung, Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten muss erhöht werden.

76. Rechtliche und administrative Hindernisse für ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler in Deutschland müssen abgebaut werden.

    Wir müssen den Frauenanteil in Wissenschaft, Forschung und Technik erhöhen und die bestehenden Hindernisse und Barrieren, die die wissenschaftliche Laufbahn von Frauen verhindern, abbauen.

77. Die Leitung der Hochschule muss gegenüber der Ministerialverwaltung mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit bekommen. Dabei muss es klare persönliche Verantwort-

lichkeiten und unabhängige interne wie externe Kontrollen geben. Die staatlichen Finanzzuweisungen sollen in Form von Globalhaushalten erfolgen. Hochschulen sollen ihre Gremienstrukturen zugunsten von mehr Selbstverantwortung und mehr Effizienz reformieren. Die Länder müssen dafür die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

Dienstrecht und Besoldung der Hochschullehrerinnen und -lehrer sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen Leistungskriterien stärker berücksichtigen und flexibler gestaltet werden. Im Wettbewerb um die besten Köpfe dürfen die deutschen Hochschulen gegenüber ihrer globalen Konkurrenz in Wissenschaft und Wirtschaft nicht durch ein starres Dienst- und Besoldungsrecht behindert werden. Die Anstellung von Hochschullehrern außerhalb des Beamtenverhältnisses sollte möglich sein.

78. Die CDU spricht sich für ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept der Hochschulfinanzierung aus. Dabei muss die Mittelzuweisung an die Hochschulen auch die tatsächliche Nachfrage der Studierenden, die Quote der innerhalb der Regelstudienzeit erworbenen Abschlüsse sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses berücksichtigen.

    Hochschulen sollen ihr Budget für Forschung und Lehre durch Nutzungsentgelte, Abgaben für Nebentätigkeiten, Drittmittel-Overheads, Forschungsaufträge, Technologietransfer, Weiterqualifizierung von Berufstätigen und neue Formen von Public-Private-Partnership aufbessern können. Stifter und Sponsoren müssen bessere Möglichkeiten zur Förderung der Wissenschaften haben.

    Interne und externe, international geprägte Evaluation ist als Element kontinuierlicher Qualitätsentwicklung von Hochschulen und als Voraussetzung für die Zuweisung öffentlicher Mittel flächendeckend einzuführen.

    Die Hochschulhaushalte sind verstärkt nach Leistungs- und Belastungskriterien und durch Hochschulverträge zu gestalten.

79. Die Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts der Studierenden muss so gestaltet werden, dass Studienwillige nicht vom Studium abgeschreckt und Studierende nicht zum Erwerb durch Nebentätigkeiten gezwungen werden. Eine angemessene Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Fördersätze und eine Ausweitung des Stipendienwesens sind dafür Voraussetzung. Das Kindergeld soll dabei nicht angerechnet werden.

    Die Sozialverträglichkeit des Studienfinanzierungssystems muss gewahrt und die Qualität von Studium und Lehre muss verbessert werden. Es ist zu prüfen, ob beide Ziele durch die sinnvolle Kombination von BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen und Gebühren bei einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätzen für Begabte und Bedürftige miteinander vereinbart werden können.

80. Berufsbezogene Elemente im Hochschulstudium erhöhen die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

    Das System der Berufsakademien ist ein bewährter Weg des dualen Studiums. Fachhochschulen müssen einen größeren Anteil von Studienberechtigten als bisher aufneh-

men können. Dazu ist auch ihr Fächerspektrum auszudehnen. Die verschiedenen Hochschultypen sollen enger kooperieren.

Hochschulen sollen ihre Studierenden systematisch bei der Existenzgründung unterstützen.

VIII. Nachhaltige Politik für die lernende Gesellschaft

81. Das Grundprinzip nachhaltiger Politik ist die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Generation, die jetzt in Verantwortung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft steht, soll so handeln, dass den nachfolgenden Generationen mindestens dieselben Handlungsspielräume zur Verfügung stehen. Dieses Grundprinzip muss Bildung und Erziehung mit einschließen.

- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, das Bildungswesen zu erhalten und zu verbessern.

- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, ihnen das Recht einzugestehen, für sich und ihre Zukunft selbst Verantwortung zu übernehmen.

- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, dass sie das Richtige richtig lernen können. Orientierungswissen ist nachhaltiges Wissen. Das Lernen zu lernen heißt, nachhaltig zu lernen.

Es gibt Wissensbestände und Kulturgüter, die nicht veralten. Es gibt Kompetenzen und Qualifikationen, die ein ganzes Leben lang wichtig sind. Sie müssen im Mittelpunkt des nachhaltigen Lernens in den Einrichtungen des Bildungswesens stehen.

82. Bildungspolitik gehört in den Gesamtzusammenhang nachhaltiger Politik. Sie muss auf die Situation der öffentlichen Haushalte Rücksicht nehmen. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft und nicht Konsumausgaben. Sie haben deshalb hohe Priorität im Gesamtzusammenhang der Politik.

Die erforderliche Qualitätsentwicklung in Schule und Hochschule, in Ausbildung und Weiterbildung ist nur mit zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen möglich.

Wer Ressourcen für das Bildungswesen fordert, muss sparsam und effizient damit umgehen.

83. Bildung und Erziehung sind die Grundlage für Wohlstand und Freiheit, für Frieden und Gerechtigkeit. Veränderte globale Bedingungen und tiefgreifender Wandel der konkreten Lebenswelten verlangen immer neue individuelle und gesellschaftliche Anpassungs- und Lernprozesse. Deshalb gilt: Unsere Werte in der Welt von morgen zu verwirklichen – das erfordert den Aufbruch in die lernende Gesellschaft.

Namensverzeichnis

Blank 57,66
Böhr 63 ff, 72 ff

Krauß 84

Liese 36

Merkel 5, 16 ff, 37, 88 ff
Merz 28 ff
Meyer 39 ff, 44, 87
Milbradt 85
Mosiek-Urbahn 55 ff
Müller 78 ff

Rachel 58 ff, 68 ff
Reul 84 ff
Rühe 44, 53 ff
Rüttgers 36 ff, 61 ff, 70 ff, 85

Schavan 44 ff, 80 ff
Schipanski 77
Schuster 8 ff
Schwarz 54

Teufel 6, 10 ff, 88 ff

Vogel 74 ff
Volquartz 54, 82, 83

Warken 76
Wolff 57, 67
Wulff 7 ff